

**164/KOMM XXIII. GP**

---

# Kommuniqué

**des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten (129/GO XXIII. GP)**

**Untersuchungsausschussprotokoll (129/GO) 13. Sitzung, 11. Juni 2008 - öffentlicher Teil**

Der Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten hat am 7. März 2008 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

**PROTOKOLL**

**Untersuchungsausschuss  
hinsichtlich**

**der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht  
insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für  
Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten**

**13. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**Mittwoch , 11. Juni 2008**

**Gesamtdauer der Sitzung:**

**10:10 Uhr – 17:58 Uhr**

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2008-06-11

**Mag. Johann Maier**

Schriftführer

**Dr. Peter Fichtenbauer**

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

hinsichtlich

**der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten**



## PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

### 13. Sitzung

#### (öffentlicher Teil)

**Mittwoch, 11. Juni 2008**

Gesamtdauer der 13. Sitzung:  
10.10 Uhr – 17.58 Uhr

**Lokal VI**

## **Auskunftspersonen**

(13. Sitzung; Mittwoch, 11. Juni 2008)

|                                     |    |
|-------------------------------------|----|
| <b><i>Mag. Matthias KLINGER</i></b> | 3  |
|                                     |    |
| <b><i>Hans-Georg KRAMER</i></b>     | 52 |
|                                     |    |

## Beginn der Sitzung: 10.10 Uhr

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** eröffnet die Sitzung des Untersuchungsausschusses, begrüßt alle Anwesenden und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Matthias Klinger** sowie seine Vertrauensperson, ebenso die Medienvertreter, in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Mag. Matthias Klinger** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Mag. Alexander Lotschak** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** berichtet, dass in der Parlamentsdirektion ein Schreiben des BMI eingelangt sei, in dem für die Einvernahme des in der heutigen Sitzung als letzte Auskunftsperson zu befragenden Sektionschefs Einzinger die Wahrung der Vertraulichkeit eingefordert werde.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)**: Kann man das bezüglich des Herrn Einzinger einmal erklären: Warum?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer**: Das Schreiben liegt vor. Wir werden ein bisschen später darüber debattieren – nicht jetzt in der Öffentlichkeit. (*Der Obmann lässt das gegenständliche Schreiben in Kopie an die Klubs verteilen. – Schreiben unter Verschluss.*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)**: Kollege Fichtenbauer! Ich habe dieses Schreiben gerade erhalten, und ich halte das wirklich für schwerwiegend, weil uns das Innenministerium mitteilt, dass Befragungen, die Personalentscheidungen betreffen, nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt werden können – und das ist völlig inakzeptabel!

Deshalb ersuche ich um eine kurze Sitzungsunterbrechung. Das sollten wir wirklich auf Fraktionsführerebene sofort durchbesprechen und sofort mit dem Rechts- und Legislativdienst des Hauses in dieser Frage zu einer klaren Rechtsposition kommen, damit wir gut vorbereitet und nach der Verfahrensordnung hier einen Beschluss fassen und rechtzeitig das Innenministerium davon verständigen können.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer**: Die Sitzung ist jetzt öffentlich! Ich würde bitten, diese Ausführungen jetzt nicht zu machen.

Ich **unterbreche** daher die Sitzung für einige Minuten, wobei ich alle Damen und Herren ersuche, im Saal zu bleiben – mit Ausnahme der Fraktionsführer, die ich zu einer Fraktionsführerbesprechung außerhalb des Saals bitte.

\*\*\*\*\*

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 10.14 Uhr **unterbrochen** und um 10.42 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer nimmt** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, begrüßt Herrn **Mag. Matthias Klinger** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem

Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt dessen Personalien wieder, die von der Auskunftsperson als korrekt bestätigt werden:

**Auskunftsperson Mag. Matthias Klinger;** geboren am 7. April 1978; Beruf: Angestellter.

Der Obmann weist Herrn Mag. Klinger darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe.

Sodann verweist der Obmann auf die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und ersucht die Auskunftsperson, bei Vorliegen einer dieser Gründe darauf hinzuweisen, macht aber klar, dass eine generelle Aussageverweigerungsberechtigung nicht bestehe.

Schließlich fragt der Obmann die Auskunftsperson, ob sie von der Möglichkeit gemäß § 11 der Verfahrensordnung Gebrauch machen möchte, vorweg eine zusammenhängende Darstellung zu geben. (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann ersucht nun die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personalien.

**Vertrauensperson Mag. Alexander Lotschak:** Mag. Alexander Lotschak; Geburtsdatum: 19. Februar 1969, Anschrift: 1010 Wien; Beruf: Rechtsanwalt.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** fragt die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass die Vertrauensperson Mag. Lotschak auszuschließen sei, weil er entweder selbst voraussichtlich als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, was **nicht** der Fall ist.

Der Obmann erinnert Herrn Mag. Lotschak an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter – hinsichtlich des Inhalts der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage auf die Belehrung der Auskunftsperson Bezug nehmend – und weist darauf hin, dass zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage strafrechtliche Folgen haben könnte.

Der Obmann weist Herrn Mag. Lotschak ferner darauf hin, dass seine Aufgabe die **Beratung** der Auskunftsperson sei, er aber nicht das Recht habe, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, und dass er, wenn er sich nicht daran halte, als Auskunftsperson ausgeschlossen werden könne. Er könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei.

Sollte Herr Mag. Lotschak der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe er die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, der dann, wenn er es für erforderlich halte, ihn, den Obmann, informieren werde.

Der Obmann erteilt sodann Abg. Kogler zu einer Frage zur Geschäftsbehandlung das Wort.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich habe nur eine kurze Frage geschäftsbehandlungsmässiger Art, aber die Beantwortung würde für alle in Zukunft eine Erleichterung bringen.

Dr. Pribil hat das letzte Mal in Aussicht gestellt, zu dem Fragenkomplex, der heute hier bei den zu befragenden Auskunftspersonen von Relevanz sein dürfte, erstens die Attachements zu dem bekannten Mailverkehr, die noch immer noch vorständig in den Akten sind, zweitens persönliche Notizen zu diesen Vorgängen und drittens eine

hausinterne Interpretation, wie mit dem § 16 Abs. 2 FMABG sozusagen kanzleiordnungsmäßig verfahren wird, zur Verfügung zu stellen.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Diese Unterlagen sind noch nicht gekommen. Wir mahnen das ein.

Der Obmann erteilt nunmehr Abg. Neubauer als erstem Fragesteller das Wort.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ich darf Sie eingangs fragen, wo Sie derzeit beschäftigt sind und wie Ihr Status dort ist.

**Auskunftsperson Mag. Matthias Klinger:** Ich bin derzeit Rechtsabteilungsleiter, Compliance-Officer und WAK-Beauftragter bei der Bank Austria Finanz Service GmbH.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wo waren sind von August 2006 bis März 2007 beschäftigt?

**Mag. Matthias Klinger:** Zu diesem Zeitpunkt war ich Angestellter der **Finanzmarktaufsicht**, Mitglied der Stabsabteilung 1 und Vorstandsassistent.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Hatte die Finanzmarktaufsicht davon Kenntnis, dass im Zeitraum zwischen 22. und 23. August SPÖ-Kredite abgefragt wurden?

**Mag. Matthias Klinger:** Aus eigener Wahrnehmung kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten, weil ich zu diesem Zeitpunkt auf Urlaub war. Es ist mir aber bekannt, dass so genannte GKE-Abfragen im Haus der Finanzmarktaufsicht durchgeführt wurden und somit auch in der Finanzmarktaufsicht eine Information über diese Abfragen bestanden hat.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ist Ihnen zur Kenntnis gelangt, dass die Staatsanwaltschaft am 24. August das BIA mit den Ermittlungen BAWAG/SPÖ beauftragt hat?

**Mag. Matthias Klinger:** Welche Ermittlungen meinen Sie jetzt genau?

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Hinsichtlich der vermutlichen Geldflüsse in Sachen BAWAG und SPÖ-Finanzierung.

**Mag. Matthias Klinger:** Zum Zeitpunkt der Aufnahme der Ermittlungen war mir das nicht bekannt; im Nachhinein ist es mir dann aber bekannt geworden.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Können Sie ungefähr zeitlich eingrenzen, wann Ihnen diese Tatsache zum ersten Mal zu Gehör gebracht wurde?

**Mag. Matthias Klinger:** Leider nein.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Weitere Frage: Im „profil“ vom 5. März 2007 wird getitelt: „Grassers Watergate“

„Affäre. Ein geheimes Dossier aus dem Finanzministerium belegt: Karl-Heinz Grasser hat Nationalbank und Finanzmarktaufsicht im Frühjahr 2006 angewiesen, belastendes BAWAG-Material gegen die SPÖ zu sammeln und so die Untersuchungen zu manipulieren.“ – Zitatende.

Wurden Sie jemals vom ehemaligen Bundesminister Grasser in dieser Form angewiesen, belastendes BAWAG-Material gegen die SPÖ zu sammeln? (**Mag. Klinger: Nein!**) – Wurden Sie angewiesen, entsprechende Untersuchungen zu manipulieren? (**Mag. Klinger: Nein!**) – Von irgendeiner anderen Person, von der Finanzmarktaufsicht?

**Mag. Matthias Klinger:** Untersuchungen zu manipulieren? – Nein!

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Sie haben in Ihrer Einvernahme beim BIA mitgeteilt, dass im Fragebogen Ziele vorangestellt seien und Sie politische Hintergründe eigentlich nicht erkennen könnten. – Bleiben Sie bei dieser Aussage?

**Mag. Matthias Klinger:** Ja! Ich möchte erklärend hinzufügen: dass für mich politische Hintergründe oder Ziele nicht erkennbar beziehungsweise nicht nachvollziehbar waren.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ich frage Sie deshalb, weil in diesem Bericht unter Punkt 1 steht:

keine Verfehlungen der Behörden. Zweitens: Netzwerk der SPÖ verantwortlich für den Schaden in der BAWAG und im ÖGB. Keine Wirtschaftskompetenz. Drittens: ÖVP/BZÖ-Regierung rettet die BAWAG und 1,3 Millionen Menschen vor der Pleite.

Das heißt mit anderen Worten: Am 31. Mai 2006, also nur wenige Tage, nachdem die schwarz-orange-Regierung BAWAG und ÖGB mittels einer Haftungsübernahme vor dem Aus bewahrt hatte, ließ der Finanzminister Nationalbank und Finanzmarktaufsicht Fragen übermitteln, die offensichtlich nur darauf abzielten, eigene Versäumnisse zu vertuschen.

Bemerkenswert bei Ihrer Aussage, die Sie getätigt haben, ist, dass genau das Gegenteil darin enthalten ist. Hier in diesem Bericht steht offenbar das, was ich jetzt zitiert habe. In Ihrer Aussage auf die Frage des erhebenden Beamten steht auf die Frage, wie das denn mit der BAWAG gewesen sei – ich zitiere –:

Bezieht sich auf Angaben, die seitens des BAWAG-Vorstandes gegenüber der Finanzmarktaufsicht gemacht wurden. Daraus ergab sich nämlich, dass die BAWAG selbst sich wirtschaftlich in einer sehr guten Lage befindet und die wirtschaftlichen Pläne übertroffen werden. – Zitatende.

Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

**Mag. Matthias Klinger:** Zuallererst darf ich betreffend die Ziele, die Sie jetzt genannt haben, klarstellen: Naturgemäß kann man diese Ziele – im Verständnis aller, glaube ich – als politische Ziele bezeichnen. Für mich persönlich waren sie irrelevant und daher politisch auch nicht nachvollziehbar beziehungsweise nicht auszuüben.

Das habe ich, glaube ich, auch in meiner letzten Aussage vor dem Banken-Untersuchungsausschuss klar dargelegt und auch vor dem BIA klar dargelegt.

Das Zweite, worauf Sie referenzieren, ist, glaube ich, eine E-Mail, sofern ich es richtig im Kopf habe, vom Herrn Kramer, die an mich gerichtet worden ist, mit dem Wortlaut – ich glaube, es war sogar ein Tippfehler dabei –:

Wie werden den Plan übertreffen! – Zitatende.

Das soll im Großen und Ganzen aussagen, dass seitens des BAWAG-Managements, des Vorstandes der BAWAG gegenüber der Finanzmarktaufsicht und sonstigen Aufsichtsbehörden die BAWAG immer als stabile und erfolgreiche Bank dargelegt worden ist, die sogar die für die jeweiligen Jahre in Aussicht genommenen Ziele übertreffen wird.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Aber wie erklären Sie sich dann trotzdem den Widerspruch in diesem Fragebogen? Warum ist das dann nicht entsprechend Ihrer Aussage auch eingefügt worden? Warum sind das eigentlich Punkte, die hier offenkundig gewollt oder ungewollt fehlen?

**Mag. Matthias Klinger:** Das sind Punkte, wie ich vorhin schon erwähnt habe, die von Herrn Kramer an mich übermittelt worden sind und die für die Beantwortung der Finanzmarktaufsicht vollkommen irrelevant waren und nicht zu beachten sind.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Das haben Sie als solches auch gewertet: dass die für die bestehenden Fragen irrelevant sind ?

**Mag. Matthias Klinger:** Das habe ich so gewertet – und **muss** ich auch so werten. Ja!

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wie sind Sie die Aufarbeitung dieses Fragebogens angegangen: Sind alle Punkte, die da angeführt waren, von Ihnen vorgefasst worden – oder hat es da andere Teilbereiche gegeben, die andere Personen verfertigt haben?

**Mag. Matthias Klinger:** Zuallererst: Die Finanzmarktaufsicht selbst hat nur den ersten Fragenteil beantwortet oder mit ausgearbeitet.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Von welchem Punkt zu welchem Punkt ungefähr war das?

**Mag. Matthias Klinger:** Alles, was sich unter 1 a), b), c) – das, glaube ich, war es damals – subsumieren lässt. Das heißt: im Großen und Ganzen. Welche Aufsichtsschritte wurden gesetzt? Wie hat sich die Bankenaufsicht weiterentwickelt? Wie steht die Bankenaufsicht heute da? – Ich glaube, das waren im Wesentlichen, sofern ich es noch richtig im Kopf habe, die drei Unterpunkte. Zu diesen hat die Finanzmarktaufsicht Stellung genommen.

Zur Beantwortung derselben habe teilweise ich Fragen beantwortet oder Teile eingeliefert. Teilweise sind aus dem Bereich Bankenaufsicht direkt – natürlich das, was die Aufsichtsschritte betrifft – Antworten mit eingeflossen. Teilweise wurden, was die Entwicklung der Aufsicht betrifft, aus dem Bereich 4 Informationen beziehungsweise Ausarbeitungen eingeholt, da schon in der Schublade fertig war die Darstellung der Finanzmarktaufsicht „Entwicklung der Bankenaufsicht in Österreich“.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Können Sie den Mitgliedern des Ausschusses mitteilen, wer den Punkt 2 bearbeitet hat?

**Mag. Matthias Klinger:** Direkt wahrgenommen habe ich es nicht, wer die Fragen beantwortet hat. Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass gemäß der Besprechung im Finanzministerium – ich weiß es nicht, es war, glaube ich, Ende Mai 2006 – der zweite Teil, sofern ich mich richtig erinnere, von der Oesterreichischen Nationalbank zu beantworten war.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Das leitet uns gleich zur nächsten Frage über: Ist die von Ihnen angesprochene Besprechung im Bundesministerium für Finanzen am 30. Mai 2006 laut Protokoll gewesen? Wer war da anwesend, und worum ging es in dieser Besprechung?

**Mag. Matthias Klinger:** Anwesend bei der Besprechung am 30. Mai – das entnehme ich jetzt Ihrer Aussage – waren seitens des Finanzministerium Mag. Lejsek, Mag. Maerschalk, Mag. Wallner sowie Hans-Georg Kramer, sofern ich mich richtig erinnere.

Seitens der Finanzmarktaufsicht anwesend waren Dr. Pribil, Dr. Traumüller, Abteilungsleiter Dr. Schütz,, Behördliche Abteilung der Bankenaufsicht, sowie meine Wenigkeit.

Seitens der Oesterreichischen Nationalbank anwesend war, sofern ich mich richtig erinnere, nur Direktor Christl.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** War das eine so genannte Routinesitzung oder war das eine außerordentliche Sitzung in dieser Causa?

**Mag. Matthias Klinger:** Das ist sicherlich als außerordentliche Sitzung zu bezeichnen. Hintergrund des Ganzen war, dass am selben Tag, glaube ich, am Vormittag, Hans-Georg Kramer uns diesen Fragenkatalog hat zukommen lassen, dass entsprechender Zeitdruck dahintergesetzt wurde, was die Beantwortung der Fragen betrifft, und dass man in einem Koordinationsgespräch abklären oder festlegen wollte, welche Behörde für die Beantwortung welcher Fragen zuständig sei.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wer hat diesen Zeitdruck ausgeübt, und was war das Ergebnis dieser Besprechung?

**Mag. Matthias Klinger:** Der Zeitdruck selbst wurde natürlich vom Finanzministerium ausgeübt, da hier unter anderem ein Informationsersuchen des damaligen Finanzministers zu bedienen gewesen war und diese Information, glaube ich, bis zum Rechnungshofunterausschuss aufbereitet werden musste.

Die Zuteilung der Fragen wurde gemeinsam festgelegt, wobei die Finanzmarktaufsicht von Anbeginn an klar gemacht hat, dass natürlich hier nur eigene Aufsichtsschritte beantwortet werden können beziehungsweise die Entwicklung der Bankenaufsicht zu beantworten wäre.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Mag. Klinger! Ist es korrekt, dass Sie zur Zeit des Banken-Untersuchungsausschusses in der Finanzmarktaufsicht für die Aktenübermittlung an das Parlament zuständig waren? (**Mag. Klinger:** Jawohl!) – Wir sind gerade bei dem Fragebogen stehen geblieben, der auch Ihnen zur Beantwortung zugegangen ist. Ich glaube, Sie waren für die Koordinierung der Beantwortung dieser Fragen zuständig. – Stimmt das?

**Mag. Matthias Klinger:** Für die Koordinierung der Übermittlung der Unterlagen und für die Beantwortung des Fragenkataloges.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Wissen Sie, warum gerade Sie für die Koordinierung der Beantwortung zuständig waren? Oder ist es generell so gewesen, dass, wenn solche Beantwortungen von der Finanzmarktaufsicht gefordert wurden, immer Sie die Ansprechperson vom Finanzministerium waren?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich war deswegen Ansprechperson, weil ich als Vorstandsassistent für die Kommunikation mit dem Finanzministerium zuständig war.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Das heißt, das war nicht nur in diesem einen Fall so, sondern regelmäßig, wenn ...

**Mag. Matthias Klinger:** Es gab regelmäßig eine Kommunikation in das Finanzministerium, vor allem zu den Legistikgruppen, da zu Mag. Lejsek einerseits und zu Frau Dr. Beate Schaffer andererseits, und auch zum Kabinett, weil es – wie Sie, glaube ich, aus dem letzten Ausschuss wissen – im Finanzministerium laufend mit dem Vorstand Sitzungen gab, die sogenannten Aufsichtsrat-Jours fixes mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Mag. Lejsek.

Bei diesen Sitzungen war teilweise auch das Kabinettsmitglied Hans-Georg Kramer anwesend. Diese Sitzungen wurden von mir koordiniert und waren eigentlich immer ausschlaggebend oder Startpunkt weiterer Entwicklungen, was Legistikvorhaben betrifft oder Sonstiges.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Sie haben bereits in der ersten Beantwortung der Fragen des Kollegen Neubauer festgehalten, dass für Sie persönlich keine politische Tendenz in den Zielvorgaben dieses Fragenkatalogs erkennbar war. Uns liegt eine Stellungnahme des Herrn Mag. Grasser zu einer Sachverhaltsdarstellung der SPÖ vor, wo er auf diesen Inhalt, diese Zielvorgaben angesprochen wurde. Da hat Mag. Grasser festgehalten – ich zitiere –:

Der Inhalt orientierte sich am bereits dem Parlament vorliegenden Erhebungsbericht und hielt unter „Ziele“ fest, was ich –

also Grasser –

zuvor mehrmals öffentlich als Reaktion auf öffentliche Vorwürfe des damaligen Finanzsprechers –

nämlich Matznetter –

der Anzeigerin gesagt hatte.

In meinen Presseerklärungen habe ich auf die politischen Angriffe des Finanzsprechers der SPÖ damit repliziert: Es stehe aufgrund sämtlicher Überprüfungen fest, dass keine Verfehlungen der Behörden vorgekommen seien, das Netzwerk der SPÖ für den Schaden in der BAWAG und dem ÖGB verantwortlich sei und dieser daher keine Wirtschaftskompetenz habe, sowie die ÖVP-BZÖ-Regierung die BAWAG und damit 1,3 Millionen Menschen vor der Pleite gerettet habe. – Zitatende.

Das war die Aussage von Mag. Grasser zu diesen Zielen.

Meinen Sie, dass das die Grundlage war, die Herrn Kramer dazu veranlasst hat, diese Ziele so kurz gefasst vorzugeben – oder glauben Sie, dass da andere Gründe dahinter waren?

**Mag. Matthias Klinger:** Hintergründe von Herrn Kramer, warum Ziele vorangestellt wurden, kann ich nicht beantworten. Bitte diese Frage direkt an Herrn Kramer zu richten!

Zur Wiederholung: Die Ziele selbst sind natürlich als politisch strategische Ziele zu sehen. Das ist, glaube ich, ganz klar; so naiv ist niemand hier im Raum. Die waren aber für mich beziehungsweise für die ganze Finanzmarktaufsicht irrelevant und nicht zu beachten.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Es ist in den Unterlagen auch aufgefallen, dass Sie auch die beantwortete Endfassung übermittelt bekommen haben, Herr Mag. Klinger, die ja eigentlich für den Rechnungshof-Unterausschuss vorgesehen war.

Warum haben Sie diese Endfassung ebenfalls erhalten? Ist das ein normales Vorgehen? Bekommen Sie immer die Gesamtfassungen noch einmal retour?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie meinen jetzt die Endfassung des Fragebogens? (*Abg. Mag. Darmann: Ja! Die komplett beantwortete Endfassung!*) – Mir liegt die E-Mail selber jetzt nicht vor. Ich weiß es auch nicht mehr direkt, wann ich oder ob ich sie bekommen habe. Aber ich würde es jetzt als nicht unüblichen Vorgang bezeichnen, dass man, wenn man etwas einliefert, dann auch das Produkt erhält.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** In der E-Mail vom 1. Juni 2006 an Hans-Georg Kramer haben Sie kurz und bündig geschrieben: „Adelheid, es ist so weit.“ – War das ein Scherz oder als Anspielung auf irgendetwas Besonderes zu verstehen?

**Mag. Matthias Klinger:** Die Aussage ist ja, glaube ich, mittlerweile schon berühmt. Hintergrund der Aussage ist genau keine. Es ist auch kein Deckname, kein Plan oder sonstiges, wie auch schon vermutet worden ist. Hintergrund ist ein ganz einfacher Bezug: Das war ein beliebter Spruch meiner leider schon verstorbenen Großmutter, den ich hier eingeflochten habe.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Haben Sie im Zusammenhang mit diesem erwähnten Fragebogen auch mit Dr. Josef Christl oder anderen Personen in der Nationalbank gesprochen?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, also bis auf die Sitzung im Finanzministerium, aber danach in der Beantwortung selber nicht.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** In der Beantwortung niemals? (Mag. Klinger: Nein!)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich darf zunächst etwas vorlegen. Für das Protokoll: Das ist das Protokoll der Sitzung des Jour-fixe-Bereichs 1 vom 17. August 2006, 14.30 Uhr, von der Finanzmarktaufsicht.

Herr Mag. Klinger! Es war eigentlich Ihre Aufgabe, diese Protokolle zu schreiben, nehme ich einmal an.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

**Mag. Matthias Klinger:** Grundsätzlich sind die Protokolle von mir geführt worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Am 17. August waren Sie auf Urlaub, haben Sie selbst gesagt.

**Mag. Matthias Klinger:** Soweit ich mich erinnere.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wer hat dieses Protokoll dann geführt?

**Mag. Matthias Klinger:** Also leider hier aus den Unterlagen ist es nicht ersichtlich. Ich selbst kann mich auch nicht mehr erinnern. Ich kann Ihnen nur allgemein sagen, dass in Abwesenheit des Vorstandsassistenten, der, wie Sie richtig gesagt haben, die Protokolle zu führen hat, entweder die Abteilungsleiterin der Stabsabteilung 1 selbst die Protokolle geführt hat, Frau Mag. Nösslinger, oder es kann auch sein, dass ein Protokoll ausnahmsweise von einem Bereichsmitarbeiter selbst geführt worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das würde in diesem Fall bedeuten? (Mag. Klinger: Ein Mitarbeiter!) – Laut allen Aussagen, die wir aus dem Finanzmarkt-Untersuchungsausschuss hier gehört haben, wurde in dieser Sitzung ... – Da gibt es den Bereich BAWAG P.S.K., Einschau in Bratislava am 16. August 2006. Das ist TOP 3, wo Dr. Träßler anscheinend berichtet. Das, was hier nicht steht, ist aber das, was er und auch die Vorstandsmitglieder und Herr Bauer hier vor dem Ausschuss ausgesagt haben, dass nämlich über die Frage diskutiert wurde, ob die SPÖ einen Kredit hat, ob man sich das anschauen kann und der Beschluss gefasst wurde, eine GKE-Abfrage durchzuführen.

Haben Sie eine Ahnung, wieso so etwas nicht protokolliert wird?

**Mag. Matthias Klinger:** Da ich, wie gesagt, im Jour fixe selber leider nicht anwesend war – ich glaube, im letzten Ausschuss war das auch länger ein Thema; das Thema selbst GKE-Abfragen zusammen mit der SPÖ habe ich auch erst viel später im Nachhinein erfahren –, kann ich Ihnen jetzt leider hier nicht beantworten, ob das a) besprochen worden ist und b) nicht protokolliert, absichtlich nicht protokolliert oder falsch protokolliert worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber wäre das an und für sich etwas gewesen, wenn Sie dort gewesen wären, was Sie protokolliert hätten?

**Mag. Matthias Klinger:** Grundsätzlich sind Protokolle vom Banken-Jour-fixe Ergebnisprotokolle, keine Wortprotokolle. Es sind natürlich hier sämtliche Aufträge beziehungsweise Beschlüsse oder wesentliche weitere Schritte dann auch festzuhalten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ein Auftrag in diesem Fall an die Abteilung, die Mag. Bauer in Abwesenheit des Abteilungsleiters bekommen hat, nämlich die GKE-Abfrage durchzuführen, wäre an und für sich zu protokollieren gewesen, weil es ein klarer Auftrag war?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann es leider wirklich jetzt nicht beurteilen, weil ich nicht anwesend war. Es ist grundsätzlich nicht so, dass jeder, sage ich einmal, logische oder selbstverständliche Schritt im Rahmen der Bankenaufsicht auch wirklich zu protokollieren ist, weil GKE-Abfragen an sich zu den Standardtätigkeiten einer Bankenaufsicht gehören.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Laut den Aussagen vor allem auch vor dem BIA dürfte es eine längere Diskussion darüber gegeben haben. – Gut, Sie waren nicht dort. Wie dem auch sei, es ist nicht protokolliert.

Wann haben Sie von diesen GKE-Abfragen erfahren?

**Mag. Matthias Klinger:** Grundsätzlich, aber das auch nur allgemein, habe ich davon erfahren, wie die Diskussion rund um den Bericht, glaube ich, in der Zeitung „ÖSTERREICH“ ausgebrochen ist, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe. Sie haben die Unterlagen vor sich. Bitte verbessern Sie mich, wenn ich ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der Bericht war vom 1. September.

**Mag. Matthias Klinger:** Genau. Also ich glaube, da wurden in „ÖSTERREICH“ abgedruckt Informationen im Zusammenhang SPÖ – GKE-Abfrage. Da hat es natürlich im Haus Diskussionen darüber gegeben, a) ob diese Informationen von uns stammen können und b) woher sie noch stammen können, welche Maßnahmen zu ergreifen wären. Im Zuge dieser Diskussionen habe ich dann davon erfahren. Ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was wurde da veranlasst? Haben Sie da herausgefunden, dass die Daten, die in der Zeitung „ÖSTERREICH“ am 1. September veröffentlicht wurden, deckungsgleich mit der Datenqualität, die der FMA vorlag, sind?

**Mag. Matthias Klinger:** Soweit ich das richtig im Kopf habe, wurde relativ rasch festgestellt, dass der Abdruck in „ÖSTERREICH“ und die damit verbundenen Informationen nicht 1 : 1 deckungsgleich mit den Ergebnisprotokollen der Finanzmarktaufsicht sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was waren die Unterschiede?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann ich das leider nicht mehr beantworten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich meine, das eine waren Schilling-, das andere waren Euro-Beträge. Es ist schon klar, dass das nicht deckungsgleich sein kann, weil die GKE-Abfragen ja großteils noch Schilling-Beträge waren. In der Zeitung waren Euro-Beträge abgedruckt, was auch kein Wunder ist, weil man die umrechnet.

Gab es darüber hinaus noch Unterschiede?

**Mag. Matthias Klinger:** Leider, wie gesagt, kann ich Ihnen das jetzt nicht im Detail beantworten. Das ist mir nicht mehr erinnerlich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gibt es dazu einen Aktenvermerk oder dergleichen, in dem das festgestellt wurde?

**Mag. Matthias Klinger:** Wie gesagt, diesbezüglich bin ich am Rande nur mit dem Thema beschäftigt gewesen. Ich darf diesbezüglich an den Vorstand der Finanzmarktaufsicht verweisen beziehungsweise gibt es sicherlich eine Notiz dazu von der zuständigen Innenrevision. Ich gehe davon aus, dass hiezu die Innenrevision eine Meinung abgegeben hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der Vorstand hat hier ausgesagt, dass die Innenrevision **nicht** beauftragt wurde – und Sie als Assistent des Vorstandes müssten das ja eigentlich wissen, oder?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich würde gerne alles wissen, nur im Detail, wie gesagt, kann ich mich leider nicht mehr an alles aus dem Jahr 2006 erinnern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich darf Ihnen nun das Protokoll der 20. Sitzung des Jour-fixe-Bereichs 1 am 24. August 2006 vorhalten. Das ist quasi eine Woche später. Das war eine regelmäßige Sitzung. Hier steht, dass Sie anwesend waren und das Protokoll geführt haben. (**Mag. Klinger:** Ja!)

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*) Bei dieser Sitzung wurde berichtet. Herr Mag. Bauer hat hier ausgesagt und auch alle anderen Teilnehmer, die wir dazu befragt haben. Pribil hat gesagt, er war auf Urlaub, das geht auch aus der Teilnehmerliste, die hier steht, im Gegensatz zum anderen Protokoll, hervor. Aber auch Dr. Traumüller und Mag. Bauer haben hier beide gemeint, das wurde berichtet. Das heißt, diese GKE-Abfrage muss Ihnen ja schon vor dem 1. September bekannt geworden sein, wenn Sie das Protokoll der Sitzung führen, in dem über die GKE-Abfrage berichtet wurde.

**Mag. Matthias Klinger:** Sie werden noch einmal verzeihen, dass ich wortwörtlich das Jour fixe nicht mehr in Erinnerung habe, aber sofern hier vom zuständigen Abteilungsleiter oder Abteilungsleiter-Stellvertreter Mag. Bauer berichtet worden ist, wäre das meines Erachtens auch im Protokoll vermerkt gewesen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Es sagen alle aus, dass sie bei dieser Sitzung berichtet haben. Es findet sich im Protokoll wieder nichts. Und es sagen auch beide aus, dass auch schriftlich zumindest ein Excel-Worksheet mit den Ergebnissen vorgelegt wurde und dass diese zu Protokoll genommen wurden.

**Mag. Matthias Klinger:** Noch einmal: Wortwörtlich habe ich das Jour fixe nicht mehr in Erinnerung. Ich gehe aber davon aus, sollte darüber wirklich berichtet worden sein und hier auch Unterlagen eingebracht worden sein, die ja dann auch in einer vorbereiteten Jour-fixe-Mappe aufzufinden wären, dann wäre dies sicherlich auch protokolliert gewesen – zumal man gerade im Zusammenhang mit der BAWAG-Prüfung darauf geachtet hat, möglichst alle Prozess- und Überprüfungsschritte lückenlos zu dokumentieren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wenn im Laufe der Sitzung – also jetzt nicht in einer vorbereiteten Jour-fixe-Mappe, sondern im Laufe einer Sitzung – eine Unterlage eingebracht wird, ist es dann üblich, dass diese einfach zum Protokoll dazugeheftet wird?

**Mag. Matthias Klinger:** Grundsätzlich habe ich persönlich darauf geachtet, dass Tagesordnungspunkte beziehungsweise Unterlagen einen Tag **vor** dem Jour fixe bei mir eingemeldet werden, um auch noch die Chance zu haben, gewisse Fragen, die sofort auftauchen, mit dem Bereich zu beantworten und dann ein zügigeres Jour fixe zu gewährleisten. Es kann natürlich sein, dass im Anlassfall, wenn etwas dringend war, auch im Jour fixe selber erst Unterlagen vorgelegt wurden beziehungsweise Berichte abgegeben worden sind. Wäre dies hier der Fall gewesen – noch einmal –, gehe ich eigentlich davon aus, dass das natürlich auch im Protokoll vermerkt gewesen wäre.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, es ist nicht im Protokoll vermerkt. Vorstand Traumüller und Herr Mag. Bauer haben hier gesagt, es wurde dort besprochen und berichtet. Und auch Herr, ich glaube, Dr. Grubelnik, hat in seiner Aussage gegenüber dem BIA gesagt, dass in dieser Sitzung berichtet wurde und

Unterlagen verteilt wurden. Alle drei sagen, sie gehen davon aus, dass diese Unterlagen dem Protokoll beigelegt wurden.

Sie können das jetzt nicht bestätigen?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann nur meine vorige Antwort wiederholen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay, ist in Ordnung. – Weiters sagen Sie, dass Sie im Zuge der Veröffentlichung am 1. September darauf aufmerksam geworden sind, das es GKE-Abfragen gegeben hat, weil das Thema im Haus war. Das entspricht auch dem, was Ihre Abteilungsleiterin, Frau Nösslinger, vor dem Banken-Untersuchungsausschuss ausgesagt hat. Sie hat nämlich auch gesagt, dass es natürlich Thema war und allen klar war, dass hier ein Zusammenhang bestehen könnte. Jetzt hat aber Herr Dr. Pribil in der Sitzung hier vor zirka einer Woche gemeint: Der Bericht am 1. September ist uns „durch die Lappen gegangen“. Das ist der Finanzmarktaufsicht gar nicht aufgefallen.

Ist er nur ihm „durch die Lappen gegangen“ und allen anderen nicht – oder wie soll ich das jetzt verstehen?

**Mag. Matthias Klinger:** Na ja, ich glaube, ich war ja im Gegensatz zu Ihnen bei der Befragung nicht anwesend (*Abg. Krainer: Ich war auch nicht anwesend! Ich habe es nur gelesen*) – auch nicht; gut, dann sind wir in der gleichen Situation –, aber wenn ich das Protokoll richtig gelesen und verstanden habe, dann meint Dr. Pribil, dass „durch die Lappen gehen“ dahin gehend zu verstehen ist, dass beim automatisierten Pressespiel, der täglich für die Finanzmarktaufsicht durch die APA erstellt wird, dieser Bericht nicht vorhanden war, weil, so scheint es, irgendein Wort, das die Verknüpfung auslöst, nicht gefallen ist. Natürlich gehe ich davon aus, zumal Herr Grubelnik – er ist übrigens kein Akademiker – laufend die Presse auch beobachtet, dass diese Information auch relativ schnell dann trotz dem Manko im automatisierten APA-Bericht auch in der Finanzmarktaufsicht bekannt wurde und natürlich auch dem Vorstand bekannt wurde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Er hat gemeint, Sie sind erst durch den Brief von Herrn Rechtsanwalt Lansky darauf aufmerksam geworden. – Ist Ihnen dieser Brief bekannt?

**Mag. Matthias Klinger:** Der Brief ist mir bekannt, weil ich ihn beantwortet habe. Dass der Bericht in „ÖSTERREICH“ erst durch das Schreiben des Rechtsanwalts Lansky bekannt wurde, kann ich für mich persönlich ausschließen oder nicht nachvollziehen. Für den Dr. Pribil, wie gesagt, kann ich das hundertprozentig nicht bestätigen, aber ich gehe eigentlich nicht davon aus, dass er das erst durch den Brief erfahren hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt, dass sowohl die OeNB als auch die SOKO BAWAG Aktenvermerke nach diesem Bericht in der Zeitung „ÖSTERREICH“ angelegt haben, um zu schauen, ob diese Informationen aus den eigenen Reihen kommen? Da gibt es jeweils Schriftstücke, wo untersucht wurde, ob die Informationen, die in der Zeitung „ÖSTERREICH“ standen, aus der jeweiligen Behörde gekommen sein können und wo das ausgeschlossen werden konnte, weil Datenquantität und -qualität nicht übereingestimmt haben. Dazu gibt es in der FMA nichts dergleichen, kein schriftliches Dokument. – Ist Ihnen das erklärlich?

**Mag. Matthias Klinger:** Erstens: Es ist mir bekannt, dass in der OeNB eine Prüfung angesetzt worden ist, aber es ist mir nur aus Ihren Aussagen im Rahmen des Banken-Untersuchungsausschusses bekannt. Zweitens: Gerade bei der Weitergabe von Informationen hatten wir immer wieder das Problem, dass der letzte Beweis nur sehr schwierig zu erbringen ist, wer, wann und wo diese Informationen weitergegeben hat.

Ich muss persönlich auch anmerken, ich gehe eigentlich davon aus, dass eine hundertprozentige Garantie hier seitens des BIA und der OeNB auch nicht abgegeben werden kann. In unserem Haus selbst hat es ähnlich wie in der OeNB durch den Herrn Grubelnik, wenn ich mich richtig erinnere, einen Abgleich der Informationen im Tagesblatt „ÖSTERREICH“ gegeben und man ist daraufgekommen, wie ich vorhin schon gesagt habe, dass diese Informationen nicht mit dem Ergebnis übereinstimmen, das die FMA abgefragt hat und hat daraus dann wahrscheinlich abgeleitet, hier keine weiteren Überprüfungsschritte für notwendig zu erachten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Schriftlich festgehalten wurde das nie. Und Sie können uns auch jetzt nicht sagen, worin der Unterschied bestand, außer in der Frage Schilling und Euro?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein. Wie vorhin schon ausgeführt, kann ich das im Detail nicht mehr sagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Unseren Informationen zufolge sind die Daten identisch und stimmen zu 100 Prozent mit der Datenqualität und -quantität überein, die der Finanzmarktaufsicht vorlagen. Es geht auch vor allem daraus hervor, dass teilweise monatliche Abfragen stattgefunden haben und teilweise nur Jahresendstände abgefragt wurden. Zufälligerweise standen in der Zeitung „ÖSTERREICH“ bei genau jenen Daten, wo monatlich abgefragt wurde, auch die Monatsangabe dort und dort, wo nur Jahresdaten abgefragt wurden, sind auch nur Jahresdaten ersichtlich – ohne Monatsangaben. Das ist zum Beispiel ein Hinweis auf die **Datenqualität**, der sehr deutlich ist.

Zur Frage der Vorstandprotokolle ist auch ausreichend klar, dass der Finanzmarktaufsicht Auszüge vorlagen, die genau auf die Daten, die hier veröffentlicht wurden, zugreifen. Auch wenn jetzt seitens der Vorstände versucht wird, zu sagen, das seien ja nur Informationen oder Auszüge und nicht die vollständigen Protokolle, ist der Punkt für mich zumindest relativ klar.

Ich würde gerne zum nächsten Bereich kommen, zu diesem Fragebogen. Ich darf da wieder einige Vorhaltungen machen. – Ich muss mich noch entschuldigen: Beim Protokoll vorher haben Sie nur die ersten zwei Seiten bekommen. Ich habe jetzt gesehen, dass Ihnen die dritte Seite nicht vorgelegt wurde, aber das ist jetzt nicht so rasend spannend. Mir ist nur gerade aufgefallen, dass das nicht vorgelegt wurde. Das war mein Fehler.

Sie haben ein E-Mail (**Mag. Klinger: Ja!**) am 30. Mai um 8 Uhr in der Früh bekommen von Hans-Georg Kramer mit den „Fragen-1.doc“. Es ging an Sie, an Pribil, Boigenfürst – das ist, glaube ich, eine Mitarbeiterin von Josef Christl – und an Josef Christl selbst. Da heißt es – obwohl eine Frau dabei ist, steht hier nur „Kollegen“ –:

Liebe Kollegen! Anbei ein erster Entwurf von Fragen, der gestellt werden könnte. Bitte diese durchsehen und heute besprechen ... Liebe Grüße, H.G. – Zitatende.

Dazu die erste Frage: Das ist so formuliert, als ob das keine Überraschung für Sie gewesen wäre, dieses E-Mail zu erhalten?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann mich jetzt dezidiert nicht mehr daran erinnern, ob es davor schon Gespräche gegeben hat, aber ich gehe einmal davon aus, nachdem das ein umfassender Fragenkatalog war, dass hier Hans-Georg Kramer persönlich oder Mag. Lejsek mit dem Vorstand vorher im Kontakt getreten ist und das angekündigt hat. Also entweder am gleichen Tag in der Früh oder am Vortag.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** (*das Glockenzeichen gebend*): Die Zeit ist überschritten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, aber dann hätte ich mir jetzt die erste Frage erspart. Das hätten Sie vorher auch sagen können.

**Abgeordneter Hermann Gahr (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Klinger! Ich habe zwei kleine Zusatzfragen. Es hat den Vorwurf gegeben, dass die Abfragen im August 2006 bei der GKE relativ umfassend waren.

Welche Praxis gibt es eigentlich bei diesen Abfragen: Wird das nach Risiko bewertet – oder gibt es da Kriterien in der Finanzmarktaufsicht?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie müssen verzeihen: Inhaltlich oder selbst habe ich noch nie eine solche Abfrage durchgeführt und dementsprechend auch nicht das Wissen, wie das System selber aufgebaut ist und was die Ergebnisse sind. Was ich Ihnen beantworten kann, ist, dass üblicherweise in einer GKE-Abfrage der Kunde selbst natürlich abgefragt wird, dass über einen gewissen Zeitraum abgefragt wird, dass man die Möglichkeit hat, über Jahre abzufragen, mit Jahresstichtag Ultimo 31.12., beziehungsweise über Monate, und dass als weitere Funktion natürlich auch eine Gruppe verbundener Kunden, um ein gewisses Kumulativ-Risiko auszuschließen, abgefragt werden kann.

**Abgeordneter Hermann Gahr (ÖVP):** War Ihnen oder Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ja auch Fragen eingebracht haben, bekannt, wo dieser Fragenkatalog angewendet wird, für welchen Einsatzzweck dieser Fragebogen verwendet wird?

**Mag. Matthias Klinger:** Uns war bekannt, dass es sich hiebei um ein Informationsbegehren des damaligen Finanzministers Mag. Karl-Heinz Grasser zur Vorbereitung seiner Ladung vor dem – ich glaube – Rechnungshof-Unterausschuss handelt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Mag. Klinger, wie oft sind Sie jetzt eigentlich schon zu den heute wieder behandelten Sachverhalten befragt worden?

**Mag. Matthias Klinger:** Inklusive heute zum dritten Mal.

**Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP):** Gibt es irgendetwas Neues von Ihrer Seite zu berichten? Hat sich da Ihres Wissens irgendetwas geändert?

**Mag. Matthias Klinger:** Da es sich ja noch immer um den gleichen Fragebogen handelt und kein neuer übermittelt worden ist, ich zudem ja auch nicht mehr Mitarbeiter der Finanzmarktaufsicht bin, gibt es nichts Neues.

**Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP):** Es ist nämlich interessant, dass Sie sich hier so oft zur Verfügung stellen müssen. Anscheinend wird das von der SPÖ noch immer nicht verdaut und als „Majestätsbeleidigung“ gesehen, dass bezüglich der Vorwürfe der Vergabe von Krediten der BAWAG an die SPÖ und den diesbezüglich vermuteten Unregelmäßigkeiten von Ihnen auch Erhebungen aufgenommen wurden.

Nun komme ich zu dem, was von Kollegem Krainer bereits angesprochen wurde, nämlich zum Banken-Jour-fixe. Aber bevor ich näher darauf zu sprechen komme, möchte ich, weil das anscheinend viele der hier Anwesenden nicht wissen oder einfach nicht wahrhaben wollen, ganz kurz auf die rechtliche Grundlage für die Aufsichtstätigkeit der FMA hinweisen, nämlich auf § 79 Bankwesengesetz. Dort heißt es, dass die FMA die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Regelungen durch Kreditinstitute zu überwachen und dabei auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität Bedacht zu nehmen hat. – Das gilt auch für die BAWAG, oder?

**Mag. Matthias Klinger:** Auf jeden Fall, ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP):** Also auch die BAWAG unterliegt der Kontrolle. Wenn nun der FMA Gerüchte über angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Krediten der BAWAG an die SPÖ zu Ohren kommen und diese Gerüchte immer massiver diskutiert werden, wie hat die FMA darauf zu reagieren?

**Mag. Matthias Klinger:** Dazu möchte ich voranstellen: Der Finanzmarktaufsicht muss es in erster Linie einmal egal sein, ob es sich hiebei um eine politische Partei handelt oder nicht, um welche Partei es sich handelt oder ob es sich um eine Tischlerei handelt. Sie hat aber auf jeden Fall, nicht aus dem Gesichtspunkt einer Parteienfinanzierung, sondern einer Kreditvergabe ohne entsprechende Sicherheiten, bei Bestehen gewisser Marktgerüchte – und das ist eine wesentliche Informationsquelle für die laufende Bankenaufsicht – entsprechend zu reagieren und auch Großkreditabfragen durchzuführen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP):** Ich glaube vor allem, man muss auch den Gesamtkomplex sehen. Wenn man nämlich auch berücksichtigt, dass 1 Milliarde € noch immer unauffindbar ist und die Republik Österreich eine Haftung von 900 Millionen € übernommen hat, 450 Millionen € an Liquiditätsunterstützung durch die Banken zur Verfügung gestellt wurden und dadurch eigentlich die BAWAG und der ÖGB gerettet worden sind, nämlich vom Konkurs gerettet worden sind, unterstreicht das, glaube ich, noch mehr den Handlungsbedarf und den Umstand, dass es wirklich wichtig war, dass die FMA auch gehandelt hat.

Ich möchte noch eine abschließende Frage stellen – Sie haben bereits angesprochen, dass es keine parteipolitische Einflussnahme auf Sie gegeben hat –: Sind Ihnen irgendwelche anderen parteipolitischen Einflussnahmen auf Kollegen oder andere Mitarbeiter der FMA bekannt geworden? (**Mag. Klinger:** Nein!)

**Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP):** Herr Mag. Klinger, für die ÖVP ist natürlich generell die Fragestellung im Wesentlichen absurd, denn was hier versucht wird, ist, die Dinge tatsächlich auf den Kopf zu stellen. Mich wundert, dass insbesondere auch bei der FPÖ, beim BZÖ oder auch bei den Grünen nicht auf die wahren Gründe und auf den wahren Hintergrund abgestellt wird. Es handelt sich um die größte Bankenpleite der Zweiten Republik mit irrsinnig hoher – über 1 Milliarde € – Schadenssumme, und hier wird jetzt auf einmal versucht, der Finanzmarktaufsicht, der Nationalbank, dem Finanzministerium sozusagen die Schuld zuzuschieben. (**Abg. Neubauer:** Eigentlich ungeheuerlich, was Sie alles unterstellen! Ich weise das zurück!) – Sie brauchen gar nichts zurückzuweisen, sondern Sie sollen warten, bis Sie zu Wort kommen, dann können Sie ja Ihre Position dazu sagen! (**Abg. Neubauer:** Das ist ungeheuerlich!)

Ich darf jetzt zur Frage kommen. Ich weiß, dass das natürlich unangenehm ist, aber man muss einfach sozusagen auf die Hauptursachen zurückkommen, und das ist eben dieser BAWAG-Skandal. Dieser BAWAG-Skandal hat sich auch für die Finanzmarktaufsicht in einer gewissen Weise abgezeichnet. Es hat ja im Zusammenhang damit – und darauf ist in diesem Ausschuss von Kollegem Ikrath schon einmal hingewiesen worden – auch schon in der Financial Community seit Jahr und Tag das Gerücht gegeben, dass insbesondere die SPÖ durch die BAWAG über unbesicherte Kredite finanziert wurde. Es ist klar, dass die Finanzmarktaufsicht da auch tätig werden musste.

Ich verweise darauf, was Herr Oberstaatsanwalt Krakow hier bestätigt hat: dass die Ermittlungen der SOKO BAWAG ergeben haben, dass es 60, 70 Millionen unbesicherte Kredite gegeben hat. Ich erinnere daran, dass es eine Hausdurchsuchung – das war alles vor der Abfrage durch die FMA! – beim Aufsichtsratspräsidenten Weninger gegeben hat, aus der hervorgegangen ist, dass es

Parteispenden an die Bundes-SPÖ und die Wiener SPÖ gegeben hat. Von da her war es nur selbstverständlich, dass die Bankenaufsicht tätig wurde.

Ich stelle ganz konkret auch an Sie die Frage, Herr Mag. Klinger: Haben Sie das oder würden Sie das als pflichtgemäß ansehen, dass eben die Finanzmarktaufsicht – wie in allen anderen Fällen auch, bei denen es bei Banken zu Problemsituationen gekommen ist und diese Situationen auch schon öffentlich diskutiert worden und in den Zeitungen gestanden sind, was auch dazu geführt hat, dass sich die Regierung damit befassen musste – solchen **möglicherweise** – sage ich – rechtswidrigen Geldflüssen, jedenfalls allfälligen unbesicherten Kreditgewährungen nachgehen muss? Ist es Ihrer Ansicht nach ganz selbstverständlich das Geschäft der Finanzmarktaufsicht, genau das zu tun – und auch aller anderen Institutionen in Österreich, die sich mit der Sicherheit des Bankensystems befassen müssen?

**Mag. Matthias Klinger:** Gerade im Zusammenhang mit den Überprüfungsmaßnahmen BAWAG ist anzumerken, dass uns, wie Sie auch richtig ausgeführt haben, bis zum Schluss noch nicht ganz klar war, wie hoch im Endeffekt, gesamthaft, die Verluste ausgefallen sind, wann wir den Boden erreicht haben beziehungsweise wann und wo diese Verluste auch wirklich eingetreten sind.

Im Zusammenhang mit den von Ihnen erwähnten Gerüchten in der berühmten Financial Community ist es natürlich auch Pflicht der Finanzmarktaufsicht, diesen Gerüchten nachzugehen, wobei ich nochmals betone: Ob das nun eine Tischlerei ist oder eine andere politische Partei oder die SPÖ, ist vollkommen irrelevant. Auch damit zusammenhängende, mögliche strafrechtliche oder sonstige Rechtswidrigkeiten sind in erster Linie irrelevant.

Es geht einzig und allein darum: Wurden Kredite unberechtigt, unbesichert vergeben oder nicht? Wurden die Sorgfaltspflichten des Vorstandes gemäß § 39 BWG eingehalten oder nicht?

**Abgeordnete Dr. Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP):** Herr Magister, Sie haben uns heute schon sehr viel Interessantes berichtet, und wie mir meine Kollegin gesagt hat, haben Sie das schon öfters im Ausschuss erzählt.

Ich hätte noch zwei ganz konkrete Fragen: Wie sehen Sie das, wenn sich ein Minister gerade in dieser heiklen Situation, in der es ja auch um Arbeitsplätze bei der BAWAG gegangen ist, entsprechend informiert? Wie beurteilen Sie diese Situation? Es ging ja darum, zu schauen, wie die Situation in der BAWAG tatsächlich war.

Zu Ihrer Person: Hatten Sie irgendein Strafverfahren anhängig? Ist in irgendeine Richtung gegen Sie ermittelt worden? Wie schaut die aktuelle Situation aus?

Das würde mich noch interessieren.

**Mag. Matthias Klinger:** Zu Ihrem ersten Teil: Grundsätzlich hat – wie vorhin ja schon ausgeführt wurde – die Finanzmarktaufsicht nur die Stabilität des Finanzmarktes zu überwachen, dahin gehend auch einzelner Kreditinstitute, und, abgeleitet davon, auf etwaige volkswirtschaftliche Einflüsse zu achten. Im Speziellen hat es naturgemäß eine laufende Berichterstattung zum Finanzministerium ohne Anfragen nicht gegeben.

Im Rahmen der BAWAG-Prüfung haben wir die Besonderheit, dass diese Vor-Ort-Prüfung gemäß § 16 FMABG vom Bundesminister für Finanzen direkt beauftragt worden ist, der gemäß Abs. 4 – wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe – jederzeit das Recht hat, alle Informationen über Prüfungsfortschritte und Prüfungsergebnisse bei der Finanzmarktaufsicht einzufordern. Allein unter diesem Titel wurden die Informationen an das Kabinett des Ministers weitergeleitet.

Zu Ihrer zweiten Frage: Eine Anzeige direkt gegen mich wurde nicht eingebracht. Es wurden Anzeigen gegen unbekannt wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses und Amtsmissbrauches, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, eingebracht. Ich wurde auch – wie hier schon zitiert – von der BIA einvernommen, war auch bei einer zweiten Einvernahme von Dr. Traumüller anwesend. Über Ergebnisse, glaube ich, erfährt man nichts, wenn nichts rauskommt, dementsprechend gehe ich davon aus, es ist alles eingestellt und zurückgelegt worden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zurück zum Untersuchungsgegenstand. – Herr Mag. Klinger, wie haben Sie in diesem Mailverkehr, Bezug habend auf den bekannten Fragebogen, als Sie das erste Mal dieses Mail von Kabinettsmitarbeiter Kramer bekommen haben, reagiert?

**Mag. Matthias Klinger:** Da muss ich kurz in meiner Erinnerung kramen. – Direkt, denke ich, habe ich mit Dr. Pribil, der ja ebenfalls Adressat dieser E-Mail war, Kontakt aufgenommen, habe mit ihm vorbesprochen, wie die Beantwortung erfolgen soll, und auch Vorschläge gemacht, welche Bereiche, welche Mitarbeiter in die Beantwortung miteinbezogen werden sollen. Es wurde dann über das Vorstandssekretariat direkt, denke ich, der Besprechungsstermin am Abend desselben Tages koordiniert beziehungsweise vereinbart, wo man schlussendlich festgelegt hat, wer welche Fragen zu beantworten hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und für die FMA? Haben Sie die dann allein beantwortet, oder welcher Mitarbeiter haben Sie sich gegebenenfalls bedient, innerhalb Ihres Hauses?

**Mag. Matthias Klinger:** Für die FMA habe ich nicht allein beantwortet. Es wurden vor allem zur Abdeckung deraufsichtsrechtlichen Schritte in der Vergangenheit meiner Erinnerung nach miteingebunden: Dr. Schütz, Abteilungsleiter behördliche Abteilung, sowie Mag. Palkovitsch, Abteilungsleiter Offset-Analyse; die war ja damals, glaube ich, noch nicht gesplittet, also gesamthaft zuständig. Ebenso habe ich mich an Unterlagen und Informationen des Bereiches IV zur Darstellung der allgemeinen Entwicklung der Bankenaufsicht in Österreich bedient.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Mit Palkovitsch und Schütz haben Sie wie kommuniziert?

**Mag. Matthias Klinger:** Aufgrund des Zeitdruckes habe ich nach Rücksprache mit dem Vorstand, und ich denke auch nach Information des Bereichsleiters Dr. Hysek, den Fragebogen weitergeleitet und mit ihnen mündlich, ich kann mich erinnern, bei mir im Zimmer auch die Beantwortung durchgesprochen. Wir haben bei Durchsicht der Fragen festgestellt, dass es sich im Wesentlichen um die gleichen Sachverhalte wie beim Erhebungsbericht handelt, und daher habe ich vorgeschlagen, in erster Linie die Teile aus dem Erhebungsbericht hineinzukopieren und, für den Fall, dass etwas fehlt, das eine oder andere aus dem Aktenstand der FMA nachzubringen beziehungsweise einzubauen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben das dann schriftlich, ich nehme an hausintern, mailmäßig, von Schütz und Palkovitsch übermittelt bekommen?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich habe von Hans-Georg Kramer die E-Mail bekommen, habe mit den beiden Herrschaften vorbesprochen, wie die Beantwortung ist, ihnen das weitergeleitet, dann natürlich die Beantwortungen der Fragen wieder zurückbekommen. (*Abg. Mag. Kogler: Elektronisch?*) – Ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Warum sind diese Unterlagen nie dem Banken-Untersuchungsausschuss übermittelt worden?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich habe versucht, mich jetzt zu erinnern, und ich bilde mir ein, im Rahmen meiner zweiten Befragung vor dem Banken-Untersuchungsausschuss im Anschluss eine Mappe mit sämtlichen E-Mails und Anhängen übermittelt zu haben – allein schon aus dem Grund heraus, weil aufgrund des Anhanges in der berühmten E-Mail „Adelheid, es ist soweit!“ ganz klar feststellbar ist, welche Fragen die FMA und wie diese sie beantwortet hat, und es natürlich auch in unserem Interesse war, dass Sie diese Antworten lesen können, weil sich daraus ganz klar ergibt, dass eben die vorangestellten Ziele vollkommen irrelevant für uns waren und nicht beachtet wurden.

Meiner Erinnerung nach gehe ich davon aus, dass ich eine solche Mappe dem Banken-Untersuchungsausschuss habe zukommen lassen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann müssen wir gegebenenfalls den gesamten E-Mail-Verkehr durchgehen, denn es muss mehrere Versionen gegeben haben. Wir sind noch nicht bei „Adelheid, es ist soweit!“, sondern wir sind beim 31. Mai 2006.

Ich kann Ihnen das gegebenenfalls auch vorhalten: Mail von Klinger Matthias an Kramer Hans-Georg, 31. Mai – die Uhrzeit ist hier überdruckt –:

Anbei schicke ich dir eine erste Ausarbeitung unserer Beantwortung; ist noch eine Rohfassung – und so weiter. Endfassung morgen Mittag, zusammen mit ein paar positiven Fragen und Antworten. – Zitatende.

Diese beiden Versionen fehlen bis heute diesem Ausschuss – und haben auch dem Banken-Untersuchungsausschuss gefehlt. Es gibt eine Version „Adelheid, es ist soweit!“, das ist richtig, das ist aber nach allen Erkenntnissen, die wir haben, wieder eine andere.

Jetzt frage ich Sie: Sie haben Kramer, wie Sie hier ja schreiben – leider ist das Attachment bis heute, wie gesagt, nie aufgetaucht –, selbst geschrieben, dass es eine Version gibt, dann eine verbesserte Version und am Schluss „Adelheid, es ist soweit!“. Wo sind die ersten beiden Versionen?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann Ihnen jetzt leider nicht beantworten, wie viele Versionen wirklich übermittelt worden sind. Sie haben das vorliegen, deswegen muss ich Ihnen oder kann ich Ihnen auch vertrauen.

Inhaltlich, kann ich Ihnen nur sagen, war keine große Veränderung zwischen Version 1 und Version 2. Die einzige Veränderung war, dass der Fortlauf der Beantwortung der Fragen ein anderer war. Das heißt, dass zu diesem Zeitpunkt natürlich bereits ein Teil der Fragen beantwortet worden ist und im letzten Teil sämtliche Fragen beantwortet worden sind.

Inhaltlich gab es in den Fragen meiner Erinnerung nach keinen Unterschied mehr beziehungsweise keine Veränderungen mehr zwischen den Versionen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie den Vorgang im Haus veraktet? (**Mag. Klinger:** Nein!) – Warum nicht?

**Mag. Matthias Klinger:** Weil es kein Schritt der Bankenaufsicht war und auch nicht als aufsichtsrechtlicher Schritt zu qualifizieren ist und demnach auch nicht im ELAK abzubilden war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn das Bundesministerium für Finanzen – derart erkennbar – nicht unsensible Auskünfte will, qualifizieren Sie das als nicht veraktenswert, weil? Sagen Sie das dem Ausschuss bitte noch einmal!

**Mag. Matthias Klinger:** Weil es sich dabei um keine aufsichtsrechtlichen Schritte der FMA handelt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber wir haben ja sehr viele Aussagen hier, unter anderem sogar von Ihnen, jedenfalls auch von Traumüller und anderen, dass das nicht nur offiziellen Charakter gehabt hat, sondern die Bezug habende Gesetzesstelle nach FMABG mit § 16 Abs. 2 immer sehr präzise beschrieben wurde.

Wie ist das, wenn das Finanzministerium nach dem FMABG offiziell bei Ihnen Auskunft begehrt? Warum wird das nicht veraktet?

**Mag. Matthias Klinger:** Auch beim Fragebogen hat es sich um ein offizielles Auskunftsbegehren des Finanzministeriums nach § 16 – ich glaube aber, Abs. 4 statt Abs. 2, oder ist es mittlerweile Abs. 2; ich bilde mir ein Abs. 4 – gehandelt. Jedenfalls sind die Informationsbegehren klar darunter zu subsumieren. Es war damals nicht üblich, solche Dinge im elektronischen Akt festzuhalten, weil der elektronische Akt selbst sich nur mit aufsichtsrechtlichen Schritten befasst hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie oft kommt das bei Ihnen vor, dass etwas offiziellen Charakter hat, aber dann trotzdem kein Akt angelegt wird?

**Mag. Matthias Klinger:** Dass kein Akt angelegt wird, bedeutet ja nicht, dass die Unterlage in der Finanzmarktaufsicht verschwindet, sondern es sind ja die Unterlagen alle aufliegend und abrufbar.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wir werden das dann in einem eigenen Beweisbeschluss – Sie sind ja nicht mehr dort –, dieses Zustandekommen der Endversion, einholen und abfragen.

Ist eine Aktenzahl bekannt?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, es wurde nicht veraktet.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann stellt sich noch die Frage, warum dem Banken-Untersuchungsausschuss nicht nur diese Zwischenversionen nicht übermittelt wurden, von denen wir bis jetzt gesprochen haben, sondern, um unsere gemeinsame Erinnerung zu schärfen, dass ursprünglich von der FMA dem Bankenausschuss **überhaupt nichts** übermittelt wurde zu diesen Vorgängen, genauso im Übrigen wie zu den Vorgängen rund um die Großkredit-Evidenz.

Wie begründen Sie das, dass dem Banken-Untersuchungsausschuss dieser ganze Vorgang nicht übermittelt wurde, obwohl er natürlich schnurstracks und mitten ins Beweisthema und in die Aktenanforderungen des Bankenausschusses gepasst hat und darunter zu subsumieren war? (*Obmann-Stellvertreter Parnigoni übernimmt den Vorsitz.*)

**Mag. Matthias Klinger:** In erster Linie darf ich jetzt auf das Protokoll verweisen. Damals hatte ich die Informationen alle vorliegen und griffbereit, es wurde, glaube ich, lang und breit hier im Banken-Untersuchungsausschuss behandelt. In zweiter Linie frage ich mich, unter welches Beweisthema Sie diese Fragen subsumieren.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist das Beweisthema 1.6.

**Mag. Matthias Klinger:** Zu dem bin ich nicht geladen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist nicht gut. Üblicherweise verständigt man sich allenfalls darauf, um eine weitere Ladung hintanzuhalten, ob man trotzdem eine Aussage dazu tätigen will.

**Mag. Matthias Klinger:** Wie gesagt, die Aussage in meinem Protokoll im Banken-Untersuchungsausschuss war sicherlich eine fundiertere und auf Grund von Fakten und Unterlagen. Was ich jetzt hier aussagen kann, ist rein aus der Erinnerung und wird wahrscheinlich mehr als lückenhaft sein.

Nochmals kann ich hier aus meiner Erinnerung wiederholen – es gab auch hier mit dem damaligen Abgeordneten Stadler, glaube ich, eine Diskussion darüber –, dass wir natürlich sämtliche geforderten Unterlagen und Aktenbestandteile dem Untersuchungsausschuss zu übermitteln haben, jedoch der Banken-Untersuchungsausschuss sich damals dazu entschlossen hat, die gewünschten Aktenbestandteile auch dezidiert zu benennen, und es natürlich der Finanzmarktaufsicht und anderen Behörden gesetzlich nicht gestattet ist, mehr zu liefern, als wirklich gefordert war. Das war unsere Auslegung.

In zahlreichen Diskussionen wurde diese Auslegung von Ihnen nicht angenommen und im Zuge dessen natürlich den gewünschten Nachlieferungen umgehend nachgekommen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Deshalb haben wir eigentlich auch diesen Untersuchungsgegenstand im Beschluss des Nationalrates und diesen Beweispunkt in Wahrheit. Zur Erinnerung: Es hieß damals **alle** Akten und Unterlagen.

Kommen wir zur Beantwortung und der Materie des sogenannten Fragebogens selbst. Sie haben das koordiniert. Sagen Sie: Warum ist eigentlich der Umstand, dass die Notenbank im Jahr 2001 mit Prüferhebungen begonnen hat, 2001 einen Bericht abgeliefert hat, der durchaus als sehr kritisch zu würdigen war in seinen Ergebnissen, warum ist dieser Vorgang nicht erwähnt und keinesfalls entsprechend erwähnt in der Beantwortung dieses Fragebogens?

**Mag. Matthias Klinger:** Meiner Erinnerung nach hat sich die Finanzmarktaufsicht in der Beantwortung ihrer Fragen vor allem auf den Zeitpunkt 1. April 2002 bezogen, weil da erst die operative Tätigkeit der Aufsicht durch die FMA begonnen hat. Das heißt, sämtliche aufsichtsrechtlichen Schritte vor dem April sind dann, glaube ich, aus Informationen des Finanzministeriums befüllt worden. (*Abg. Krainer: Nein, das ist falsch!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist objektiv falsch, weil Sie die Fragen ab dem Jahr 2000 schon sehr ausführlich beantworten, mithin seit 1994, aber lassen wir das weg, ab 2000 ausführlich beantworten. Das ist allenfalls auch ein Vorhalt, aber Sie können mir das glauben.

Warum ist das nicht erwähnt worden?

**Mag. Matthias Klinger:** Nochmals, wie gesagt, die Fragen kann ich Ihnen alle nur aus meiner Erinnerung beantworten. Mag sein, dass ich hier falsch liege, ich lasse mir das gerne belegen, dass dem nicht so war. Es kann auch sein, dass vielleicht Teile die Finanzmarktaufsicht vor dem Jahr 2002 beantwortet hat, nämlich aus dem Umstand heraus, dass die dementsprechenden Aufsichtsakten bei uns auch aufgelegen sind.

Wie gesagt, ich habe weder die Frage direkt beantwortet, noch kann ich mich jetzt dezidiert daran erinnern. Deswegen tue ich mir etwas schwer, die Fragen auch zu beantworten.

Ich möchte hier noch anführen, dass die Finanzmarktaufsicht, wie, glaube ich, auch schon ausgesagt, vor allem den Sachverhalt darstellen wollte, das heißt, wann welche aufsichtsrechtlichen Schritte gesetzt wurden, und jegliche Wertung und vor allem Wertungen von Vorbehörden a) natürlich nicht gezogen werden konnten, weil es geht hier um eine objektive Darstellung, und dementsprechend man sich eine Wertung aus dem Jahr 2001, glaube ich, auch nicht unbedingt immer anmaßen sollte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich mache Sie als Erstes darauf aufmerksam, dass sich in der Endversion 17 Seiten finden von 1994 bis 2001. Wir

können die Punkte gerne auch nacheinander durchgehen. Es sind Wertungen en masse drinnen. Es ist ein Wertungsexzess, wenn Sie so wollen.

Ich frage Sie noch einmal: Wenn 17 Seiten von 1994 bis 2001 Eingang finden unter Ihrer Koordinierung, warum haben Sie die Vorlage des Notenbankberichtes an das Bundesministerium für Finanzen mit äußerst kritischem Inhalt in Ihrem Bericht nicht entsprechend gewürdigt?

**Mag. Matthias Klinger:** Nochmals: Die Beantwortung selbst ist ja nicht durch mich erfolgt. Das heißt, eine inhaltliche Kontrolle beziehungsweise vielleicht auch Anweisungen, inhaltlich etwas aufzunehmen, wegzustreichen, wurden nicht durch mich gegeben. Ich habe mich da auch auf den Bereich I verlassen.

Zur Wertung selbst noch einmal im Zusammenhang mit dem Prüfbericht 2001: Einerseits handelt es sich hier um ein reines Informationsersuchen des Bundesministers für Finanzen und nicht um einen Bericht an eine externe Behörde beziehungsweise an den parlamentarischen Ausschuss oder eine sonstige parlamentarische Institution. Und zweitens war der Umstand inhaltlich, was ich mich erinnere, im Zusammenhang mit dem Prüfbericht 2001, der Umgang damit beziehungsweise, wie man im Nachhinein sagen kann, die unglückliche Reaktion der entsprechenden Aufsichtsinstitutionen natürlich schon länger Gegenstand von Diskussionen und, ich denke, auch dem Kabinett beziehungsweise dem Minister durchaus bekannt.

Nochmals: Im Wesentlichen handelt es sich bei der Fragenbeantwortung um eine Aufzählung von Fakten und Aufsichtsschritten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich darf gleich nahtlos anschließen. Es ist noch ein E-Mail vorher, das ich Ihnen auch nicht vorenthalten will, vor dem, das der Kollege Kogler Ihnen hat vorlegen lassen. Noch einmal zur Erinnerung: Am 30. Mai bekommen Sie das E-Mail von Hans-Georg Kramer mit den Fragen, mit:

Bitte durchsehen für heute am Abend für diese Besprechung. – Dieser Termin wurde vereinbart; Sie haben keinen Akt angelegt.

Wie oft gibt es eigentlich Auskunftsbegehren oder hat es Auskunftsbegehren des BMF nach § 16 Abs. 4 BWG gegeben? War das täglich – oder war das eher selten?

**Mag. Matthias Klinger:** Auskunftsbegehren nach § 16 Abs. 4 BWG durch das Finanzministerium wurden eigentlich nur im Zusammenhang mit parlamentarischen Anfragen gestellt beziehungsweise an uns weitergeleitet. Allgemein und schon im Prüfauftrag des Finanzministeriums an die FMA wurde dort festgelegt, dass die Finanzmarktaufsicht monatlich einen Bericht an das Ministerium über den Fortgang und Ergebnisse der Prüfung zu legen hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und das haben Sie auch getan, monatlich einen derartigen Bericht verfasst?

**Mag. Matthias Klinger:** Anfangs hat man sich bemüht, das monatlich einhalten zu können. Auf Grund der Prüfungsdichte und des Umfangs und auch der internationalen Verstrickungen war dann dieser Monatszeitraum nicht mehr einhaltbar. Man hat sich, denke ich, dann darauf geeinigt, Zwischenberichte in größeren Abständen zu liefern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Diese Zwischenberichte: Wieso sind die nie dem Banken-Untersuchungsausschuss vorgelegt worden?

**Mag. Matthias Klinger:** Das müssen Sie die OeNB fragen; die Zwischenberichte wurden von der OeNB verfasst.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, von der FMA. Sie haben sie doch weitergeleitet ans Ministerium, nehme ich an. Oder?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie haben gefragt, wie oft das Finanzministerium diese Anfragen gestellt hat. Diese Zwischenberichte wurden einerseits von der OeNB weitergeleitet, sofern es sich um die Berichte der OeNB auch handelt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Den haben wir. Da gibt es einen Zwischenbericht der OeNB.

**Mag. Matthias Klinger:** Des weiteren gibt es Teilberichte – Sie verzeihen mir jetzt dieses Kleinliche, dass ich hier an den Begriffen hänge –, Teilberichte also von Ernst & Young, die aber für sich schon abgeschlossen waren. (*Abg. Krainer: Das war im August!*) Das heißt also, die haben sich hier von Thema zu Thema gehandelt. Und diese Teilberichte wurden dann ebenso dem Finanzministerium übermittelt. Die sind aber inhaltlich gleich in den Endbericht eingegangen, weil sie sich irgendwann einmal eine Vorab-Übermittlung oder Doppel-Übermittlung ersparen konnten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der Ernst & Young-Bericht wurde im August übergeben von Herrn Träßler an Herrn Kramer. (*Mag. Klinger: Ja!*) – Aber diese monatlichen Zwischenberichte – es gibt einen Zwischenbericht der OeNB, den kennen wir auch, der ist uns auch übermittelt worden –, aber diese monatlichen Berichte, das kann doch nur von der FMA sein.

**Mag. Matthias Klinger:** Nein. Es war deziert vereinbart – und es gab hier auch noch einiges an Diskussionen, was ich mich erinnern kann, auch mit der OeNB –, dass diese monatlichen Zwischenberichte durch die OeNB gelegt werden, da sie die prüfende Institution ist und die Ergebnisse auch bei sich im Haus hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay, dann war die Anfrage nach § 16 Abs. 4 nicht an Sie, sondern die OeNB gerichtet. Meine Frage war ja, wie oft das BMF an die FMA Auskunftsbegehren nach § 16 Abs. 4 richtet. Sie haben gesagt, bei parlamentarischen Anfragen ...

**Mag. Matthias Klinger:** Nochmals, ich habe es Ihnen schon vorhin klar beantwortet, ich wiederhole es gerne noch einmal:

Nach § 16 Abs. 4 BWG kann das Ministerium jederzeit sämtliche Informationen einholen. Die Österreichische Nationalbank ist da im Auftrag der Finanzmarktaufsicht tätig. Deswegen ist der logische Weg auch, dass diese Informationen grundsätzlich auch bei der Finanzmarktaufsicht angefragt werden.

Neben den Zwischenberichten – weil Sie mich gefragt haben, welche Berichte wurden noch geliefert – wurden eben auch im Zuge parlamentarischer Anfragen beziehungsweise dringlicher Debatten hier Informationen nachgefragt und auch beantwortet. Das war es in meinen Augen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wurden die auch alle nicht veraktet?

**Mag. Matthias Klinger:** Wurden alle nicht veraktet. Aber ich denke, um dieses Veraktungswesen aufzulösen, ich gehe einmal davon aus, nachdem das ins Finanzministerium eingegangen ist, das Finanzministerium im wesentlichen auch hier der Adressat des Berichts an das Parlament ist, dass Mag. Wallner in seiner Abteilung dementsprechende Eingänge auch irgendwie offiziell mit einer Aktenzahl, wenn Sie das wünschen, belegt hat. Bestätigen kann ich es natürlich nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also in der FMA wurde das nicht veraktet? (*Mag. Klinger: Nein!*) – Sie bekommen dann am 30. Mai am Abend ein zweites Mail, also am 30. in der Früh das erste, am 30. am Abend das zweite. Ich nehme an, das

war nach der Besprechung. Das liegt Ihnen jetzt vor. Es ist der gleiche Adressatenkreis wie vorher, nur dass die Mitarbeiterin von Josef Christl nicht mehr dabei ist und stattdessen Traumüller Heinrich und neu dabei auch Gerhard Wallner. Ich zitiere:

Liebe Kollegen! Anbei der Letztstand der Fragen und unsere PPT –  
ich nehme an, das heißt PowerPoint-Präsentation –  
aus einer PK zum Thema BAWAG und WI-Prüfer. Liebe Grüße, Hans-Georg. –  
Zitatende.

Das heißt, diese Fragen waren dann das Ergebnis der Besprechung. Dieser Letztstand ist ein Ergebnis dieser Besprechung, nehme ich an.

**Mag. Matthias Klinger:** Wahrscheinlich, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was hat diese PowerPoint-Präsentation hier verloren?

**Mag. Matthias Klinger:** Im Wesentlichen inhaltlich gar nichts.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber wozu wird die da angehängt?

**Mag. Matthias Klinger:** Wahrscheinlich wollte Herr Kramer Informationen weitergeben beziehungsweise uns darüber informieren, welche Aussagen der Finanzminister im Zusammenhang mit der BAWAG-Prüfung in der Öffentlichkeit getätigt hat, falls dementsprechende Anfragen von Presse oder wem auch immer bei uns einlangen. Anders kann ich es mir nicht erklären.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Er hat das aber nicht dem Herrn Kopelnig geschickt. (**Mag. Klinger:** Nein!) – Ja, was für einen Wert hat das für Sie?

**Mag. Matthias Klinger:** Für mich persönlich ist es ein Nullum – vielleicht für den Herrn Kopelnig interessant.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber der kriegt es ja nicht. Das kriegen ja nur Sie.

**Mag. Matthias Klinger:** Man kann es ja ausdrucken und weitergeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie das getan?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, ich nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt, dass das wer anderer getan hat?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was haben Sie weitergeleitet an die Abteilungen: die Fragen von in der Früh oder die Fragen von am Abend?

**Mag. Matthias Klinger:** Daran kann ich mich leider dezidiert nicht erinnern. Ich habe die Fragen zur Beantwortung weitergeleitet. Wann jetzt genau, aus welcher E-Mail stammend, leider Gottes nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie diese PowerPoint-Präsentation auch weitergeleitet?

**Mag. Matthias Klinger:** Der Vorstand selber hat es ja bekommen. Vielleicht dem Herrn Kopelnig, ich weiß es nicht, ob ich es ausgedruckt und ihm gegeben habe oder an ihn weitergeleitet habe, keine Ahnung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, nein, es geht ja nicht um den Herrn Kopelnig. Es geht darum, ob Sie das weitergeleitet haben an die Abteilungsleiter Schütz und Palkovitsch?

**Mag. Matthias Klinger:** Wie gesagt, dezidiert kann ich mich nicht erinnern. Da das für mich ein Nullum war, gehe ich auch nicht davon aus, dass ich das weitergeleitet habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie eine Weisung oder dergleichen bekommen vom Vorstand, diese Ziele zu missachten oder auf die Ziele nicht einzugehen?

**Mag. Matthias Klinger:** Eine Weisung im formellen Sinn habe ich keine bekommen. Es war aber klar im Rahmen der Besprechung im Finanzministerium unter Anwesenheit OeNB, FMA und BMF, wie die Fragen zu beantworten sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie haben Sie das weiterkommuniziert: Haben Sie das den Abteilungsleitern geschrieben? Haben Sie da die Ziele weggelöscht, wenn Sie diese Datei weitergeleitet haben?

**Mag. Matthias Klinger:** Also ich gehe ziemlich sicher – wie gesagt, wieder nur aus der Erinnerung – davon aus, dass ich die Ziele nicht gelöscht habe, sondern das 1 : 1 weitergeleitet habe. Ich darf in Erinnerung rufen, dass ich bei Eingang der Fragen die Herren Palkovitsch und Schütz bei mir im Zimmer hatte und wir die Beantwortung der Fragen durchgegangen sind beziehungsweise die Art der Beantwortung.

Ich möchte auch in diesem Zusammenhang noch einmal darauf verweisen, ich glaube, das Einfachste, um hier die Frage zu lösen, ist, die Beantwortung der FMA auch wirklich durchzulesen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Zu dem komme ich noch.

**Mag. Matthias Klinger:** Daraus ergibt sich ja ganz klar ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber wir sind noch nicht so weit. Zu dem komme ich, keine Angst.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie bekommen die endgültigen Fragen am 30. Mai am Abend. Am 31. Mai in der Früh schicken Sie:

„Lieber Hans-Georg, anbei schick ich Dir eine erste Ausarbeitung unserer Beantwortung. Da diese eine mehr als Rohfassung ist – die ich gestern schnell vor unserem Termin herunter geklopft habe –, ist sicherlich noch einiges auszubessern. Endfassung morgen Mittag. Zusammen mit ein paar positiven Fragen – Antworten. Liebe Grüße, Matthias“

Kennen Sie den Hans-Georg Kramer schon länger, nur beruflich oder auch privat?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich habe ihn beruflich kennengelernt und kenne ihn privat mittlerweile auch, ja, weil ich auch per Du mit ihm bin.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nur wegen dem freundlichen Ton, was ja kein Vorwurf ist. Es ist eh gut, wenn die Schnittstellen gut funktionieren.

Aber da schreiben Sie, das haben Sie alles heruntergeklopft.

**Mag. Matthias Klinger:** Jetzt versteh ich das Begehr des Abgeordneten Kogler. Wenn wir die Fassung hier hätten, wäre es natürlich leichter nachzuvollziehen, was wirklich heruntergeklopft war, wenn Sie das schon anführen. Ich weiß jetzt nicht mehr, welche Fragen bereits beantwortet worden sind und durch wen welche Fragen zu diesem Zeitpunkt beantwortet waren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Eine halbe Stunde später bekommen Sie schon die erste Antwort von Herrn Kramer. Um 9 Uhr irgendwas schicken Sie das, und 9 Minuten nach 10 Uhr kriegen Sie die Antwort: „Ich habe sie mir durchgesehen. Bitte bei den Antworten die drei Instanzen angeben, es kann sie jeder gestellt bekommen.“

Was heißt denn das?

**Mag. Matthias Klinger:** Also erklären kann ich es mir dadurch, dass im Rechnungshof-Unterausschuss nicht nur der Finanzminister geladen war oder befragt worden ist, sondern auch der Vorstand der Finanzmarktaufsicht sowie Direktor Christl geladen waren. Da man sich die Fragen in der Beantwortung aufgeteilt hat, ist wahrscheinlich davon auszugehen, dass man die dahinter stehende Instanz auch dazuschreibt, damit man weiß, wer es beantwortet hat und wer es am sinnvollsten auch dann im Rechnungshofunterausschuss beantworten kann.

Was ich mich erinnere, wurde aber dieser Vorschlag in der Realität dann nicht aufgegriffen, weil, soweit ich das richtig im Kopf habe, es wurden 80 Prozent der Fragen vom Finanzminister direkt beantwortet und nur sehr kleine Teile durch Direktor Christl beziehungsweise den Vorstand der FMA beantwortet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Dann steht da weiter:

„Wenn möglich oder vorhanden einbauen dass die Vorstände in den Managementgesprächen nicht nur keine Hinweise auf die Situation machten sondern sogar von einer sehr guten Lage der Bank sprachen...wie werden“ – ich nehme an, das soll heißen, wir werden – „unseren Plan übertreffen.. usw.

Die Verantwortung WP“ – wird wohl heißen: Wirtschaftsprüfer – „mehr herausheben...Redepflicht ggü FMA

Lg hg“

Es wurde von Seiten der FMA hier immer wieder gesagt: Wir können uns die Fragen des Ministers nicht aussuchen, aber er kann sich auch die Antworten nicht aussuchen. Da hat man den Eindruck, wenn man das liest, dass es hier zumindest den Versuch gibt, sich nicht nur die Fragen, sondern auch die Antworten auszusuchen.

**Mag. Matthias Klinger:** Also grundsätzlich ist hier im Zusammenhang mit dem ganzen BAWAG-Überprüfungsprozess sehr augenscheinlich, dass einerseits, wie wir vorhin schon in der ersten Fragerunde ausgeführt haben, durch den Vorstand der BAWAG falsche Tatsachen beziehungsweise Ergebnisse der FMA präsentiert worden sind und die FMA hier vorsätzlich belogen worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das wissen wir alle. Bleiben wir bitte bei der Frage!

**Mag. Matthias Klinger:** Sie müssen mir die Beantwortung schon zugestehen. Ich möchte ja sinnvoll antworten.

In weiterer Linie ist natürlich auch die Position des Wirtschaftsprüfers kritisch zu beleuchten.

Meines Erachtens, um jetzt zum Kern Ihrer Frage zu kommen, waren diese zwei Punkte, nämlich einerseits das Versagen des Wirtschaftsprüfers, andererseits die Täuschungsaktionen des zuständigen Vorstandes der BAWAG, in unserem Bericht, in unseren Fragen bereits gut und klar dargestellt. Deswegen war diese E-Mail beziehungsweise das weitere Herausstreichen dieser zwei wesentlichen, auch für uns, für unsere Verantwortung wesentlichen Punkte aus meiner Sicht nicht weiter notwendig.

**Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP):** Hoher Ausschuss! Ich möchte auf das zurückkommen, was wir eigentlich zu untersuchen haben, nämlich ob es hier unter anderem auch zu Parteienfinanzierungen gekommen ist.

Ich habe ja darauf hingewiesen, dass es hier eine Verdachtslage gegeben hat, die eben dazu geführt hat, dass es Ermittlungen der Sicherheitsbehörden und der Staatsanwaltschaft gegeben hat.

In der Sitzung am 27.5. hat Herr Staatsanwalt Krakow hier im Untersuchungsausschuss gesagt, im Zusammenhang mit den jüngsten Aktenfunden im Keller von Flöttl sen., die aufgetaucht sind im Zuge des BAWAG-Prozesses, dass sich dadurch neue Verdachtsmomente ergeben hätten, denen der Staatsanwalt derzeit nachgehe.

In diesen Kellerakten findet sich zum Beispiel ein Schreiben Flöttls an Verzetsnitsch, wo er schreibt:

„Fasst man die Vermögensübernahmen, Nachlässe und Zuschüsse durch die BAWAG im Interesse der Aktionäre seit 1972 ... zusammen, so hat die BAWAG 1,312 Milliarden an Kapitalmittel eingesetzt. Diese Summe verteilt sich mit 310 Mio. auf die SPÖ“ – zum Beispiel Ruefa-Sanierung, „232 Mio. auf den Konsum Österreich und 770 Mio. auf den ÖGV“. – Das ist die Vermögensverwaltung des ÖGB.

Es sind dadurch bis inklusive 1988 Ertragseinbußen für die BAWAG von 466 Millionen entstanden sind, und in Hinkunft bedeutet das einen jährlichen Ertragsverzicht von 80 Millionen.

Konnten Sie beziehungsweise die Prüforgane im Zusammenhang mit dem BAWAG-Skandal diese Zahlen bereits verifizieren? Oder sind das Zahlen und Unterlagen, die erst jetzt aufgetaucht sind und die der FMA noch gar nicht zur Verfügung stehen, sondern nur den Gerichten, die das, wie der Staatsanwalt gesagt hat, derzeit untersuchen?

Wie sehen Sie das? Sind Sie oder ist die FMA mit diesen Kellerfunden bisher schon befasst worden?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie müssen verzeihen, aber zum Zeitpunkt der Kellerfunde war ich nicht mehr Mitarbeiter der Finanzmarktaufsicht. Ich kann diese Frage nicht beantworten.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Kollege, Entschuldigung, nur ganz kurz: Sie haben Ihre Frage mit der Bemerkung eingeleitet: Wir haben zu untersuchen, ob es Parteienförderungen gegeben hat. – Ich mache Sie darauf aufmerksam (*Abg. Mag. Kukacka: Unter anderem! Ja, ja, ist okay!*), wir haben einen ganz klaren Beweisbeschluss. Unter 1.1. geht es um Aufklärung, ob das KBM im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ vor den Nationalratswahlen 2006 gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ vom BKA und anderen Dienststellen angefordert wurde.

Es geht also nicht um die Aufklärung von irgendwelchen Parteienförderungen, sondern ob Machtmissbrauch im Innenministerium vorgeherrscht hat, indem allenfalls etwas an die Medien weitergespielt worden ist, um der SPÖ im Wahlkampf zu schaden.

Sie können den Ausschuss nicht umfunktionieren zu einem Untersuchungsausschuss über allfällige Parteienförderungen. Ich möchte das nur klarstellen. Und so möchte ich auch die Antworten verstanden wissen.

**Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP):** Ja, das ist schon richtig, aber der Vorwurf war ja immer, dass von der ÖVP im Zusammenhang mit Machtmissbrauch von

den zuständigen Behörden sozusagen unzulässigerweise Verdachtsgründe gegen die SPÖ gesammelt und veröffentlicht worden wären.

Ich verweise darauf, dass es offensichtlich ganz massive Verdachtsmomente gegeben hat, die erst jetzt wieder durch diese Kellerfunde bestätigt wurden, wo ja auch drinnen steht, dass der ÖGB mehr Ertragszinsen erhält als er zum Beispiel Kreditzinsen gezahlt hat. Und da wird sich auch die Frage etwa der Untreue stellen. Aber das sind, wie gesagt, Dinge, die unter anderem ja auch von den Gerichten finanziert ...

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Wir befinden uns aber trotzdem im Beweisbereich des Beweisbeschlusses von 1.1. bis 1.6. (Abg. Mag. **Kukacka:** Ja, ja, ich verstehe schon!) Und wir kommen zu diesem Thema, das darf ich festhalten, das ist ein eigenes Thema, Parteienfinanzierung unter 5.1., 5.2.

Halten Sie sich bitte an die Vereinbarungen! Wir verhandeln derzeit Machtmissbrauch, 1.1. bis 1.6.

**Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP):** Ja, das mache ich, aber wenn man darüber ...

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Das tun Sie nicht!

**Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP):** Aber wenn man darüber spricht, Herr Vorsitzender, dass es hier gezielte Ermittlungen gegen die SPÖ gegeben hätte, um die dann in die Öffentlichkeit zu bringen, über Geldflüsse, müssen wir selbstverständlich auch über die intensive Verdachtlage reden, die es in diesem Zusammenhang gegeben hat und die zum Beispiel durch diese Kellerfunde eindeutig bestätigt wurden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Fragestellung hat zum Schluss gelautet, warum der kritische Notenbank-Bericht und seine indirekten und direkten Empfehlungen nicht in dem Bericht gewürdigt wurden.

Sie haben das ja, wie aus dem Mail-Verkehr hervorgeht, Dr. Pribil und Dr. Traumüller vor Weiterübermittlung an das Ministerium noch einmal zur Durchsicht geschickt. – Ist das richtig? (Mag. **Klinger:** Jawohl!) – Was haben Sie von Dr. Pribil an Rückmeldungen erhalten? Ist Ihnen da etwas erinnerlich?

**Mag. Matthias Klinger:** Mein „Jawohl“ kam zu schnell, ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich es geschickt oder ausgedruckt habe und mit ihnen durchgegangen bin oder es ihnen vorgelegt habe mit der Bitte um Freigabe. (Abg. Mag. **Kogler:** Ja!) Inhaltliche Anmerkungen habe ich, soweit ich mich erinnern kann, keine bekommen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und von Dr. Traumüller?

**Mag. Matthias Klinger:** Soweit ich mich erinnern kann, auch nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist Ihnen bekannt, dass Dr. Traumüller mittlerweile schon mehrmals behauptet hat, unter anderem in den beiden Untersuchungsausschüssen – ich zitiere aus dem Jahr 2007 –, dass er – Anführungszeichen – „Verfehlungen“ feststellt.

Und Zitat: „Ich bin aber nach wie vor der persönlichen Auffassung, dass der Einleger 2001“ – also das, was wir hier besprechen – „ein Fehler war.“ Und dazu „stehe ich.“ – Zitatende.

Hat Dr. Traumüller irgendetwas Ähnliches rückgemeldet?

**Mag. Matthias Klinger:** Wie Sie zitiert haben, handelt es sich, wenn ich mich nicht verhört habe, hier um seine persönliche Einschätzung.

Nochmals: Es kann und wird wahrscheinlich auch nicht möglich sein, als Behörde die Tätigkeit einer Vorbehörde inhaltlich zu bewerten und Verfehlungen auch festzustellen. Das war in diesem Zusammenhang auch nicht der Auftrag.

Der Auftrag war, allgemein die aufsichtsrechtlichen Schritte der Finanzmarktaufsicht in einer logischen Reihenfolge darzustellen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, der Auftrag. Sie haben ja einen Bericht übermittelt, wo unter der Überschrift 1 „Keine Verfehlungen der Behörden“ steht. – Wie kommen Sie zu dieser Überschrift?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich denke, dass diese Überschrift bereits vorgegeben war ähnlich der Ziele, die ja auch schon abgefasst waren.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das war das Ziel. (**Mag. Klinger:** Ja!) Sie haben also das Ziel als Überschrift für ein ganz großes Kapitel, 50 Seiten geradeaus, in einen Titel verwandelt: „Keine Verfehlungen der Behörden“.

**Mag. Matthias Klinger:** Dazu möchte ich festhalten, dass es ja bis heute die Meinung der Finanzmarktaufsicht ist, dass man aufsichtsrechtlich keine Verfehlungen gemacht hat, sondern eben aufgrund der Täuschungsaktionen des Vorstandes der BAWAG sowie des Fehlverhaltens des Wirtschaftsprüfers wesentliche Informationen nie erhalten hat und deswegen die daran knüpfenden aufsichtsrechtlichen Schritte auch nicht setzen konnte.

Das ist natürlich eine logische Schlussfolgerung. Und ich glaube, es ist jetzt auch nicht unbedingt einer Behörde anzulasten oder, sage ich einmal, aus der Welt gegriffen, wenn sich eine Behörde selbst natürlich eher in einem positiven Licht darstellen will als sich negativ zu präsentieren.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie haben ja schon mehrmals ausgesagt, dass diese Ziele keine Rolle gespielt haben.

**Mag. Matthias Klinger:** Für mich nicht, nein, auch in der Beantwortung nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie kommen Sie dann dazu, als Koordinator dieses Textes, dass sowohl das Ziel 1: „Keine Verfehlungen der Behörden“, als auch „Netzwerk der SPÖ verantwortlich für Schaden in der BAWAG und im ÖGB“ als Hauptüberschriften für diesen Bericht an das Ministerium zu verwenden?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich darf Sie noch einmal korrigieren – ich wiederhole es jetzt, glaube ich, schon vielfach –: Den Fragenteil 2 können wir aussparen, denn mit dem hat die Finanzmarktaufsicht nie etwas zu tun gehabt.

Die Überschriften selbst sind ja so wie auch die Fragen vom Finanzministerium vorgegeben worden beziehungsweise waren in der auszufüllenden Unterlage beziehungsweise im Fragebogen, deswegen heißt er ja auch so, bereits enthalten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja. Hier ist die Vorgabe dann praktisch gleich einmal in die Berichtsübermittlung mit eingeflossen.

Ich halte Ihnen gleich einmal aus dem ersten Kapitel, dieses „Keine Verfehlungen der Behörden“, vor:

Selbst mit der Weisheit des heutigen Tages –

im ersten Absatz steht das –

ist ein Fehlverhalten aller Behörden konsequent auszuschließen. – Zitatende.

Von wem stammt diese Formulierung?

**Mag. Matthias Klinger:** Im Detail, wer welche Fragen beantwortet hat und wer welchen Inhalt übernommen hat, kann ich Ihnen leider keine Auskunft mehr geben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Moment. Ich lasse Ihnen das vorhalten. (*Mag. Klinger: Bitte!*) Das ist ja eh gleich der allererste Absatz. Dass wir das einmal durchexerzieren. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Das ist das grün unterlinierte.

**Mag. Matthias Klinger:** Davon gehe ich aus. – Wie gesagt, noch einmal: Wer jetzt genau welchen Absatz geschrieben hat in der Finanzmarktaufsicht, kann ich Ihnen mit Sicherheit nicht beantworten, weil ich es einfach **nicht kann**. Ich möchte aber anmerken, dass natürlich in den allgemeinen Teilen beziehungsweise in der Einleitung ich auch Teile verfasst habe. Es kann also durchaus sein, dass das selbst aus meiner Feder stammt – nur, 100-prozentig bestätigen kann ich es Ihnen nicht.

Nochmals: Die Betonung des Fragebogens beziehungsweise auch mein heutiger Informationsstand – ich weiß nicht, ob es in der FMA mittlerweile einen neuen gibt – ist, noch einmal, dass aufsichtsrechtliche Schritte in erster Linie durch die Täuschungshandlungen der BAWAG selbst und das Versagen des Wirtschaftsprüfers verhindert wurden – und nicht durch die Behörden selbst.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber wir verfolgen hier die These, dass es Vertuschungshandlungen gegeben hat. Und wenn die Vorgaben gleich als Ziel auftauchen und es dann noch drei Seiten hindurch in einer Tonart weitergeht – ich zitiere für das Protokoll weiter –:

Verfehlungen der FMA und des Vorgängers, nämlich des Ministeriums für Finanzen selbst, sind vollkommen ausschließen, also konsequent ausschließen.

Drittes Zitat: Aus diesen Gründen lässt sich unwiderlegbar ableiten, dass die Aufsichtsbehörde über Jahre hinweg überhaupt nicht oder falsch informiert wurde. – Zitatende.

Es ist doch eindeutig, dass für dieses Ziel, keine Verfehlungen der Behörden, weiß ich wie viele Textbausteine zur Beschreibung genau dieses – wenn Sie so wollen – Ziels durchgezogen werden. Das hat den Charakter der durchgezogenen Vertuschung. (*Mag. Klinger: Noch einmal ...*)

Jetzt frage ich Sie: An was können Sie sich überhaupt erinnern, das von diesem „Keine Verfehlungen der Behörden“ von Schütz oder Palkovitsch gekommen ist, und was ist von Ihnen gekommen?

**Mag. Matthias Klinger:** Wenn Sie mich jetzt dezidiert fragen, was ich Ihnen zu 100 Prozent bestätigen kann, muss ich Ihnen antworten, dass ich aus der Beantwortung der Fragen – ich weiß nicht, wie viele Seiten es insgesamt waren – aus dem Mai 2006 keinerlei 100-prozentige Erinnerung habe, um Ihnen jeden Satz hier bestätigen zu können.

Nochmals möchte ich auch darauf verweisen, dass aus unserer Sicht – und ich glaube, das ist noch immer anerkannte Fachmeinung – die Causa BAWAG in erster Linie, noch einmal, durch Fehlverhalten, durch sogar mittlerweile strafrechtlich relevantes Fehlverhalten, verantwortlicher Personen ausgelöst worden ist.

Erlauben Sie mir noch die persönliche Anmerkung: Ist es wirklich völlig aus der Luft gegriffen, dass sich eine Behörde positiv darstellen will? – Ich glaube: eher nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** „In erster Linie“ ist schon eine andere Formulierung als „konsequent ausschließen“ oder „vollkommen ausschließen“.

Wem in der FMA war bekannt zu dem Zeitpunkt, dass der kritische Notenbankbericht 2001 zu keinen weiteren Prüfhandlungen geführt hat? Wem außer Dr. Traumüller?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie müssen natürlich vom Zeitpunkt her auch eingrenzen, aber ich denke, diese Information war ziemlich jedem in der Finanzmarktaufsicht bekannt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und warum findet sich das nicht in dieser Aufstellung?

**Mag. Matthias Klinger:** Nochmals, ich wiederhole meine Antwort von vorhin: weil grundsätzlich Wertungen einer Tätigkeit einer Vorbehörde nicht durchgeführt werden, einerseits, andererseits die Vorbehörde durch Mag. Lejsek ja auch in die Beantwortung selbst eingebaut war und drittens natürlich hier der Umstand einer gewissen Problematik im Zusammenhang mit dem Prüfbericht 2001 im Finanzministerium und vor allem auch im Kabinett sowie dem Minister hinlänglich bekannt war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie bewerten aber genau – ich habe Ihnen das Zitat ohnehin schon vorgehalten, auf Seite 8 dieser endgültigen Version –: Verfehlungen der FMA und des Vorgängers sind vollkommen auszuschließen. – Ich halte Ihnen das noch einmal vor.

**Mag. Matthias Klinger:** Wenn Sie es mir vorlegen, dann kann ich es auch ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, bitte. Das ist jetzt die zweite Seite.  
(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

**Mag. Matthias Klinger:** Noch einmal: Aus dem damaligen Informationsstand – ich denke, der Informationsstand hat sich nicht wesentlich geändert – sind Verfehlungen der FMA sowie des BMF auch im Großen auszuschließen und auch konsequent auszuschließen.

Noch einmal: Es handelt sich hiebei nicht um eine Wertung, sondern das ist eine Feststellung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber wie kommen Sie zu dieser Feststellung, wenn Ihr ganzes Haus weiß, so wie Sie das beschreiben, oder die meisten relevanten Mitarbeiter, dass der kritische Notenbank-Bericht zu keinerlei weiteren Prüfhandlungen geführt hat? Wie ist das erklärbar?

**Mag. Matthias Klinger:** Auch der „kritische Notenbank-Bericht“, den Sie hier als so kritisch darstellen: Er unterscheidet sich inhaltlich und von den Kritikpunkten nicht wesentlich von anderen Notenbank-Berichten. Ich möchte dazusagen, dass die Information zu den kritischen Punkten aus dem damaligen Prüfbericht in einem Zusammenspiel mit der BAWAG dort auch dann falsch dargestellt und falsch beantwortet worden sind. Das heißt, wir befinden uns wieder am Anfang der ganzen Diskussion.

Auslöser der im Nachhinein falschen aufsichtsrechtlichen Schritte waren – da gebe ich Ihnen Recht, man hätte, wenn man es gewusst hätte, 2001 bereits umfassend reagieren müssen –, nochmals, die Täuschungshandlungen der BAWAG selbst.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich darf Ihnen etwas aus Ihrer Version vorhalten, also FMA-Version versus BMF-Endversion anschließend, und zwar schreiben Sie oder unter Ihrer Koordination – Zitat –:

Aus den vergangenen Staatskommissärsberichten ergibt sich, dass diese Veranlagungen auch beträchtliche Volumen erreicht haben müssen. –

Also die kritischen Veranlagungen. –

Ohne zu weit in den Was-wäre-wenn-Bereich und so weiter abzuleiten, muss man jedoch festhalten, dass die über Jahrzehnte andauernden Vertuschungshandlungen – jetzt jene der BAWAG, nicht Ihre –

durch laufende On-site-Kontrolle zwar nicht 100-prozentig verhindert hätten werden können – so, und jetzt kommt es! –, aber zumindest erheblich erschwert und damit in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen hätte sein können. – Das ist ein Zitat. Also: **nicht möglich gewesen wären**. Das ist in Ihrer Version drinnen.

Wie verträgt sich das damit, dass Sie an anderer Stelle schreiben, dass konsequent jedes Fehlverhalten auszuschließen ist? Gehören die Staatskommissäre Ihrer Meinung nach zum Bankenaufsichtswesen dazu?

**Mag. Matthias Klinger:** Die Staatskommissäre sind, wie Sie ja wissen, Organe der Bankenaufsicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** So ist es. Wenn Sie aber feststellen auf Seite 72 des von Ihnen koordinierten Exemplars, dass die Vertuschungshandlungen erheblich erschwert oder womöglich nicht möglich gewesen sein hätten können, wie können Sie dann an ganz anderer Stelle und seitenweise behaupten, dass es konsequenterweise keine Fehlhandlungen und ähnliches seitens der Behörden gegeben hat? Wenn doch die Kommissäre Teil der Behörden sind.

**Mag. Matthias Klinger:** Wenn Sie es mir vorlegen, dann kann ich den Zusammenhang des Satzes auch nachvollziehen und die Frage vielleicht sinnvoller beantworten. (Abg. Mag. Kogler: Ja, bitte!)

Ich möchte aber nur vorweg, weil das in einem Halbsatz dazwischen gefallen ist, striktest zurückweisen, dass von mir Vertuschungsaktionen oder Sonstiges gesetzt wurden, zumal schon gar nicht über die letzten Jahrzehnte hinweg, es sei denn, Schummeln in der Schule zählt dazu. (Abg. Mag. Kogler: Bitte?) – Sie haben mir vorgeworfen, seit Jahrzehnten an Vertuschungsaktionen teilzunehmen. Das weise ich natürlich zurück – es sei denn, Sie meinen damit Schummeln in der Volksschule.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich habe ja nur die zwei Vertuschungsebenen unterschieden.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

**Mag. Matthias Klinger:** Die Grundaussage des Absatzes ist meiner Meinung nach, dass auch durch ein vollständiges Wissen beziehungsweise ein Einsetzen der erst ab 2002 bis 2005 entwickelten Aufsichtssysteme und Analysetools, die größtenteils im Jahr 2001 nicht vorhanden waren, eine Kontrolle auch nicht zu 100 Prozent verhindert hätte, dass man diese Täuschungsaktion nicht hätte aufdecken können.

Das heißt, Bezug genommen wird noch einmal darauf, dass die Finanzmarktaufsicht in ihrer Entwicklung als Bankenaufsicht bei Weitem größere und bessere, professionellere Systeme der Offset-Analyse in Zusammenarbeit, in Kooperation mit der Österreichischen Nationalbank entwickelt hat und auch der Einsatz dieser Systeme nicht zu 100 Prozent garantieren kann, dass dieses Täuschungsmanöver aufgefunden wird.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Magister, eine abschließende Frage. Im Jahr 2001 hat Herr Bundesminister Grasser die BAWAG bereits einmal prüfen lassen, und es wurden, was dann auch im Banken-Untersuchungsausschuss herausgekommen ist, mysteriöse Sondergeschäfte festgestellt, darunter auch Verstöße

gegen das Bankenwesengesetz. Der Bericht über diese Prüfung aus dem Jahr 2001 ist aber in Verstoß geraten.

Wissen Sie etwas über den Inhalt und den Verbleib dieses Prüfberichtes BAWAG 2001?

**Mag. Matthias Klinger:** Inhaltlich hatte ich über den Prüfbericht 2001 natürlich ein sehr gutes Detailwissen, weil er ja, wie gesagt, eine wesentliche Unterlage für die Prüfungshandlungen war und natürlich für die öffentliche Diskussion ebenso.

Zum In-Verstoß-Geraten des Prüfberichts kann ich Ihnen sagen, dass bereits im Rahmen der Vor-Ort-Prüfung im Zusammenhang mit den Refco-Kreditobligo Ende 2005 dieser Prüfbericht in der Finanzmarktaufsicht gesucht wurde, der ganze Akt, der berühmte Einlegerakt, der in der Finanzmarktaufsicht auch gesucht wurde – und nicht aufgefunden werden konnte. Der Prüfbericht musste dann bei der Österreichischen Nationalbank angefordert werden.

Ich persönlich habe mit dem damals zuständigen Abteilungsleiter Mag. Höllerer sämtliche BAWAG-Akten der letzten Jahre durchgeblättert und den Akt nicht gefunden. Daher kann ich auch aus meiner persönlichen Wahrnehmung sagen, dass dieser Bericht dann, ich glaube, im Jahr 2006, zu meiner Überraschung aufgetaucht ist, und zwar nicht nur irgendwo versteckt aufgetaucht sind, sondern im ganz normalen BAWAG-Aktenkonvolut chronologisch eingeordnet war.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Hat dieser Prüfbericht 2001 mit den aufgefundenen Verstößen gegen das Bankwesengesetz irgendwelche Konsequenzen gehabt?

**Mag. Matthias Klinger:** Nochmals: Ich habe die Aufsichtsschritte schon in der Finanzmarktaufsicht nicht gesetzt, noch weniger natürlich in der Vorgängerinstitution, im Finanzministerium. Ich weiß aber natürlich, dass dieser Prüfbericht mit einem Aktenvermerk, den ich jetzt inhaltlich nicht mehr im Kopf habe, im Finanzministerium eingelegt wurde, das heißt, damit die Prüfung abgeschlossen wurde. Soweit ich das jetzt logisch fortsetzen darf, wurden daraus direkt keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder Schritte abgeleitet.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Es sind keine Schritte gesetzt worden?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, soweit mir bekannt ist, keine. Vielleicht einzelne Nachfragen, aber, wie gesagt, noch einmal: Dafür war ich ja damals nicht zuständig, und zur Tätigkeit des Finanzministeriums bitte ich, dort nachzufragen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich komme wieder darauf zurück und möchte ein bisschen dort anschließen, wozu Kollege Kogler gefragt hat. Das heißt, Sie haben das dann mit „Adelheid, es ist so weit!“ geschickt und haben dann am nächsten Tag, nein, noch am selben Tag quasi einen konsolidierten Fragenbogen bekommen, also diesen Fragenbogen mit einem Mail von Hans-Georg Kramer an Christl, Traumüller, Pribil, Klinger, Boigenfürst – jetzt wieder da – Wallner, Lejsek, Maerschalk:

Liebe Kollegen –

obwohl wieder eine Frau dabei ist –,

anbei die Fassung der Fragen mit Stand 1. Juni 2006, 18.30 Uhr,

wenn ich das richtig sehe.

Liebe Grüße Hans-Georg. – Zitatende.

Das heißt, das war dann quasi ein konsolidierter Fragebogen, den Sie bekommen haben?

**Mag. Matthias Klinger:** Das E-Mail liegt mir nicht vor. Inhaltlich kann ich mich auch nicht erinnern, aber ich gehe davon aus, dass, wenn hier der Fragebogen ... (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) – Ich sehe es mir einmal an.

Ich gehe davon aus, dass natürlich die Antworten der anderen Institutionen genauso eingeflossen waren und es sich hierbei um einen Gesamtfragebogen handelte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben vorhin gesagt, Ihre Aufgabe sei es nicht, irgendwelche Wertungen und dergleichen vorzunehmen. Ich habe Ihnen jetzt nur die erste Seite Ihrer Beantwortung vorlegen lassen. Unter 1a) – Gebärung der Aufsicht bei der BAWAG darstellen – ist Ihre Antwort auf die Frage: Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen, die für die dramatische Entwicklung verantwortlich sind? – Auf Grund der zutage getretenen Probleme rund um die BAWAG-P.S.K. haben alle Behörden schnell und effizient reagiert. – Steht das hier?

**Mag. Matthias Klinger:** Das steht hier, und das kann ich ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sehen Sie das als Tatsachenfeststellung – oder als Wertung?

**Mag. Matthias Klinger:** Eine Einleitung zu den danach dargestellten aufsichtsrechtlichen Schritten sei mir vielleicht verziehen beziehungsweise kann man wohl dazunehmen. Dargestellt werden soll einfach nur, dass bei Aufkommen der Karibik-Geschäfte beziehungsweise dementsprechend auch der damit verbundenen Gefahr für die BAWAG selbst und den österreichischen Finanzmarkt sämtliche Behörden FMA, OeNB sowie BMF natürlich schnell reagiert haben und, wie Sie auch wissen, die Vor-Ort-Prüfung umfassend und umgehend angesetzt worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der nächste Satz lautet:

Im Zuge der zahlreich eingeleiteten Untersuchungen hat man ebenso die historischen Abläufe innerhalb der verschiedenen Aufsichtsbehörden BMF, FMA, BWA, OeNB herangezogen. Selbst mit der Weisheit des heutigen Tages ist ein Fehlverhalten aller Behörden konsequent auszuschließen. – Zitatende.

Ist das eine Tatsachenfeststellung oder ist das eine Wertung?

**Mag. Matthias Klinger:** Wenn wir jetzt Satz für Satz den Bericht durchgehen, dann muss ich um kurze Unterbrechung bitten. Meines Erachtens – Sie verzeihen schon und ich habe Ihnen das vorhin auch schon dargestellt – ist die Ergänzung einer nackten Darstellung von Fakten durch ein gewisses Einleitungsstatement durchaus berechtigt und auch nachvollziehbar.

Noch einmal als Wiederholung, wie ich es dem Abgeordneten Kogler auch schon offen gestanden habe: Es ist ja wohl nicht unüblich und aus der Welt, dass eine Behörde sich selbst gut und positiv darstellt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nicht nur sich selbst, sondern auch alle anderen Behörden und auch Vorgängerbehörden. Sie haben vorhin bei der Aussage überhaupt einmal gesagt, dass alles, was vor der FMA war, also vor 1. April 2002, Sie gar nicht gemacht haben, sondern das BMF. Das wäre technisch auch gar nicht gegangen, weil mit der Einrichtung der FMA sowohl alle Unterlagen als auch die Personen aus dem BMF in die FMA übersiedelt sind. Das heißt ...

**Mag. Matthias Klinger:** Darf ich da gleich einhaken, weil das nämlich falsch ist. (*Abg. Krainer: Nein, lassen Sie mich noch ausreden!*) Erstens habe ich gesagt und keine Feststellung getroffen: laut meiner Erinnerung. Zweitens kann ich Ihnen als Gegenbeispiel berichten: der Erhebungsbericht, wobei es sich ebenso um alle aufsichtsrechtlichen Schritte handelt und, glaube ich, genauso von 1994 bis 2005 alles

abdecken soll. Hiefür hat das BMF sämtliche aufsichtsrechtlichen Schritte vor dem 1. April 2002 selbstständig durchgeführt und hat dazu sogar Mitarbeiter in die FMA geschickt, um Akteneinsicht zu nehmen und diese teilweise sogar abzuholen. Also: Ganz richtig ist Ihre Schlussfolgerung auch nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, aber es stimmt schon, dass das gesamte Personal aus der Bankenaufsicht des BMF und alle Akten an die FMA übergeben wurden?

**Mag. Matthias Klinger:** Gesamtakten wurden übergeben. Das gesamte Personal wurde, wie Sie wissen, nicht übergeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Na ja, alle verbliebenen. Menschen, die aus der Aufsicht, aus der Abteilung für Bankenaufsicht in andere Abteilungen gewechselt sind, sind natürlich nicht übergeben worden. Dieser berühmte Zwischenbericht der OeNB ist ja von drei Personen abgezeichnet worden; davon sind zwei in die FMA gewechselt.

**Mag. Matthias Klinger:** Ich weiß jetzt nicht, von welchem Zwischenbericht Sie reden. Der 2001er?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nicht der Zwischenbericht! Der 2001er-Bericht (**Mag. Klinger: Der Endbericht!**) ist ja vom Heilingsetzer, Lejsek und der Dritte war ... (**Mag. Klinger: ...Prüfer der OeNB, oder?**) Nein, nein, nein. In der FMA aus dem BMF, der Dritte war ja bei euch dann kurz Abteilungsleiter für die Banken. – Wie hat der geheißen, Werner? Heilingsetzer, Lejsek und wie hat der Dritte geheißen, der unterschrieben hat, der im BMF in der Bankenaufsicht ...? – Gancz. Und zwei dieser drei sind ja in die FMA gewechselt. Heilingsetzer und Gancz waren ja dann Mitarbeiter der FMA. (**Mag. Klinger: Ja!**) – Und die Akten sind auch übergeben worden?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich habe nie etwas anderes behauptet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja. Ich meine, es wäre auch schwer gewesen für das BMF, ohne die zuständigen Personen und ohne die Akten, diese Sachen hier aufzuarbeiten, aber das haben ohnehin die gemacht.

**Mag. Matthias Klinger:** Noch einmal: Im Rahmen des Erhebungsberichtes hat das BMF das genauso getan!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das weiß ich nicht. Das kann ich auch ...

**Mag. Matthias Klinger:** Deswegen erzähle ich es Ihnen jetzt ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, aber das kann ich jetzt auch nicht feststellen. Das kann ich Ihnen jetzt glauben oder nicht. Es ist aber jetzt auch nicht wesentlich für diese Frage, weil das ja nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist. Wir befassen uns hier mit dem Fragebogen, und den haben Sie beantwortet, hat Ihre Behörde beantwortet, und zwar auch für die Zeiten, bevor Ihre Behörde existiert hat. Und es hat da nicht nur Faktenaufstellungen gegeben, sondern einen Persilschein, der **ganz zufällig** genau den politischen Zielen des Ministers entsprochen hat, obwohl das Wissen der Behörde genau das Gegenteil besagte. Der eigene Vorstand hat gesagt: Ja, es hat ein Behördensversagen gegeben. Das geht aber hieraus nicht hervor. Ganz im Gegenteil: Es werden hier Wertungen getroffen, die genau den politisch-kommunikativen Zielen des Ministers entsprechen. Genau das Gegenteil des Wissensstandes der Behörde wird hier mitgeteilt!

Gut, aber ich habe noch eine weitere Frage, und zwar darf ich noch ein E-Mail vom 6. Juni 2006, 16 Uhr vorhalten.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Wir werden ganz kurz unterbrechen. Darf ich davor noch die Mitteilung machen: Ich habe die Absicht, nach dieser Befragung kurz die Öffentlichkeit auszuschließen, da wir den Beschluss fassen müssen, wie es mit Herrn Dr. Einzinger weitergehen soll. Dann werden wir kurz unterbrechen, bevor die nächste Befragung anfängt.

Ich **unterbreche** die Sitzung.

\*\*\*\*\*

(Die Sitzung wird um 12.31 Uhr **unterbrochen** und um 12.33 Uhr **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, und ich glaube, Sie sind mit der Antwort dran.

**Mag. Matthias Klinger:** Könnten Sie das bitte noch einmal kurz wiederholen?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich lege ein E-Mail von Hans-Georg Kramer vor vom Mittwoch, 7. Juni, 10.47 Uhr, an Traumüller, Pribil, Klinger, Christl mit den Betreff:

fragen.doc, Stand 6. Juni 2006, 16.00 Uhr: Liebe Kollegen, anbei die korrigierte – mit einem Tippfehler – Endversion des Fragen- und Antwortpaketes. Bitte NUR – „nur“ mit Großbuchstaben – dieses verwenden. Liebe Grüße HG. – Zitatende.

Können Sie uns sagen, was da die Anlage dazu war?

**Mag. Matthias Klinger:** Leider, ich sehe sie nicht und kann mich auch nicht erinnern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Worum geht es in diesem E-Mail?

**Mag. Matthias Klinger:** Wenn ich die Anlage frage.doc richtig interpretiere, kann es sich hiebei nur um den Fragebogen handeln.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Interpretieren Sie bitte, seien Sie so nett und erklären Sie mir bitte als Außenstehendem, was es mit diesem E-Mail auf sich hat? Worum geht es da?

**Mag. Matthias Klinger:** Aus meiner Erinnerung gesprochen kann es sich hiebei nur um eine abermalige Übermittlung des Letztstandes der Beantwortung der Fragen im Fragebogen handeln. (Abg. **Krainer:** Wozu?) – Um sämtlichen Institutionen – BMF, FMA, OeNB –, welche die Fragen beantwortet und auch inhaltlich bearbeitet haben, einen Überblick über den gesamten Sachverhalt für den Rechnungshofunterausschuss zu geben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wofür sollte das verwendet werden? Welche Verwendung ist beabsichtigt?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich bitte Sie, das Herrn Kramer zu fragen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber Sie haben es ja bekommen. Sie haben das ja zu bearbeiteten gehabt als Vorstandsassistent.

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann mich erstens einmal nicht mehr daran erinnern, was ich mit diesen Fragen oder mit dieser Endversion gemacht habe. Ich nehme an, ich habe es ausgedruckt und dem Vorstand in die Hand gegeben. Was aber genau damit bezweckt war, das bitte ich, Herrn Kramer zu fragen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich halte Sie für sehr intelligent. So jemand weiß, wofür das gedacht ist, wenn man so etwas bekommt. Sie sind ja nicht jemand, der einfach „blind“ Sachen bekommt, diese ausdrückt und jemandem in die Hand drückt. Sie machen sich ja Gedanken!

**Mag. Matthias Klinger:** Ich danke für das Kompliment. Nochmals darf ich hier wiederholen: Ich nehme an – ich kann, wie gesagt, nur aus der Erinnerung sprechen –, dass es sich um eine gesamthafte Endversion der beantworteten Fragen des Fragebogens handelt und dieser zur Information an sämtliche Behörden, Institutionen, die an der Erstellung mitgewirkt haben, rückübermittelt worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist es vermessen, zu sagen, dass es darum gegangen ist, dass die Herren Pribil, Traumüller, Christl, die ja alle auch vor dem Rechnungshof-Unterausschuss ausgesagt haben, darauf vorbereitet wurden, was sie hier auf Fragen zu antworten haben?

**Mag. Matthias Klinger:** Für die FMA kann ich sagen, dass natürlich Herr Dr. Pribil, der, wie ich hier sehe, auch falsch geschrieben ist, also der hat es wahrscheinlich gar nicht bekommen, sowie auch Herr Dr. Traumüller von uns intern, das heißt vom Bereich I auf den Rechnungshofunterausschuss vorbereitet worden sind. Natürlich wurde für die Vorbereitung auch unser Fragenteil hier mit verwendet, weil wir ja wie gesagt anfangs in der Besprechung im BMF festgelegt haben, dass die Institutionen anzugeben sind und welche Institution auf welchen Teil der Fragen antwortet und die Aufsichtsbehörde logischerweise zum Verhalten der Behörde selbst Auskunft geben kann. In der effektiven Befragung selbst und soweit ich mich erinnere, hat dann diese Aufteilung nicht mehr funktioniert, weil der Finanzminister nämlich 90 bis 95 Prozent aller Fragen selbst beantwortet hat. (*Obmann-Stellvertreter Parnigoni gibt das Glockenzeichen.*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, jetzt sind wir in der dritten Runde. Da gibt es, glaube ich, keine zeitliche Beschränkung.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** In der dritten Runde gibt es noch 10 Minuten, und dann nur mehr die Fragen, die nachzuholen sind.

Die Nächste wäre jetzt die ÖVP. – Bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP):** Sehr geehrter Kollege Krainer! Ich muss sagen, Sie reden immer so gern von **Wertungen**. Es würde mich freuen, wenn Sie die Wertungen auch anders einsetzen würden, nämlich auch bezüglich Ihres Rechtsverständnisses. Ich finde es nämlich schon etwas seltsam, dass Sie hier immer wieder beanstanden, wie sich die Aufsicht verhalten hat. Sie sollten einmal beanstanden, wie das der Aufsicht zugrunde liegende Verhalten war. Warum musste die Aufsicht überhaupt eingreifen? – Weil nämlich hier ein zu beanstandendes Verhalten der BAWAG, der SPÖ und des ÖGB vorgelegen hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Vorsitzender, soll ich jetzt die Frage beantworten? – Ich kann das gerne machen, wenn das gewünscht wird, aber ich wusste nicht, dass das vorgesehen ist in der Geschäftsordnung. Dass Fragen an Kollegen gestellt werden, wusste ich nicht. Ich kann gern dazu Stellung nehmen, wenn es gewünscht wird.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni (das Glockenzeichen gebend):** Kollegin Karl ist am Wort und fragt den zu Befragenden, und darum bitte ich, zu den Punkten 1.1 bis 1.6.

**Abgeordnete Mag. Dr. Beatrix Karl (ÖVP):** Ich stelle jetzt meine Frage an den zu Befragenden. – Es wurde von Kollegem Krainer mehrmals der E-Mailverkehr zwischen

Mag. Klinger und Herrn Kramer angesprochen. Ich muss sagen: Ich finde es eigentlich überhaupt nicht unüblich, dass es eine begleitende Kommunikation im Zusammenhang mit der Erfüllung von Aufträgen durch nachgeordnete Behörden gegeben hat. War das üblich? Hat sich dieser Vorgang irgendwie von der sonstigen Kommunikation unterschieden oder war das üblich und sachgemäß?

**Mag. Matthias Klinger:** Grundsätzlich – das ist, glaube ich, hier auch schon erwähnt worden – möchte ich noch einmal betonen: Es ist ja kein Geheimnis, das mich mit Hans-Georg Kramer auch eine private Beziehung verbindet, das heißt auf gut Deutsch: eine Freundschaft, die auf Grund der laufenden und jahrelangen Zusammenarbeit entstanden ist. Auf Grund dessen wurde natürlich auch in sämtlichen anderen Beantwortungen ein eher freundschaftlicher Ton in E-Mails gepflogen und es wurde nicht nur streng formalistisch als Behörde geantwortet, zumal ja – nochmals – meine E-Mails und die damit zusammenhängenden Fragebögen keine offiziellen Aufsichtsakte der FMA darstellen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Damit von vornherein kein Missverständnis besteht und das protokollmäßig ordentlich festgehalten ist, sage ich Ihnen gleich, ich möchte mit Ihnen gemeinsam nachschauen, inwiefern durch das damalige Verhalten in der FMA und im Kabinett des Finanzministers der § 308 des Strafgesetzbuches, also die **verbotene Intervention**, verwirklicht ist. Das werden wir nicht jetzt beurteilen, sondern am Ende des Ausschusses, aber ich glaube, es ist nur fair, Ihnen das zu sagen.

Ich beginne mit einem E-Mail, das dem Banken-Untersuchungsausschuss vorenthalten worden ist; das war das E-Mail vom 7. Juni 2006, 10.47 Uhr, von Kramer Hans-Georg an Traumüller, Pribil, Klinger und Christl. Es ist sehr kurz, ich lese es Ihnen komplett vor:

Liebe Kollegen! Anbei die korrigierte Endversion des Fragen- und Antwortpaketes. Bitte nur dieses verwenden. – Zitatende.

Sie haben dem Ausschuss schon bestätigt, dass Sie dieses E-Mail kennen.

Können Sie sachlich begründen, warum gegenüber dem Rechnungshof-Unterausschuss nur diese Version und nicht die wesentlich ausführlichere und etwas differenziertere Version der Finanzmarktaufsicht verwendet wurde und die Unterlagen der Finanzmarktaufsicht auch nicht der Endversion beigelegt wurden?

**Mag. Matthias Klinger:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten, und zwar auch aus dem Grund heraus, dass es eigentlich für mich neu ist, dass die Version FMA im großen Stil gekürzt, wie Sie es, glaube ich, ausgeführt haben, wurde.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir kommen dann ohnehin dazu, aber: Welchen Sinn hat das, dass Ihnen mitgeteilt wird, dass Sie nur diese Endversion verwenden sollen? Was wollte man damit verhindern, was hat man befürchtet?

**Mag. Matthias Klinger:** Noch einmal: Ich würde es Ihnen jetzt wirklich gerne aufklären, wenn ich mich a) im Detail und vollständig erinnern könnte beziehungsweise die Antriebskraft des Herrn Kramer vollständig beurteilen könnte. Er ist aber, glaube ich, ohnehin im Anschluss dran. Wenn die E-Mail von ihm kommt, kann man diese Frage gezielt an ihn richten.

Nochmals: Für mich erklärbar, warum das übermittelt wird – ich wiederhole –: Drei Institutionen wurden mit der Beantwortung von Fragen des Finanzministeriums beauftragt, nämlich BMF selbst, BAWAG und FMA. Jede Institution hat einen Fragenteil zugeordnet bekommen, der natürlich mit seiner entsprechenden Tätigkeit auch zusammenhängt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigung, nur für das Protokoll: Sie haben gerade „**BAWAG**“ gesagt. Sie haben wahrscheinlich **OeNB** gemeint – oder?

**Mag. Matthias Klinger:** Ja, Verzeihung! Danke für den Hinweis! Ich verbessere mich natürlich sofort. Die Österreichische Nationalbank war gemeint, nicht die BAWAG; im Zusammenhang mit der BAWAG natürlich.

Nochmals: Es war, soweit ich mich erinnern kann, in der Besprechung vom 30. Mai 2006 – wenn ich das Jahr richtig habe – in erster Linie grundlegend ausgemacht, dass vor dem Rechnungshof-Unterausschuss auch jene Institution die Fragen beantwortet, die damit inhaltlich am meisten zu tun hat, das heißt, dass die sich entsprechend vorzubereiten hat, wobei der Finanzminister selber sich aber natürlich die Beantwortung aller Fragen jederzeit vorbehalten kann und diese Informationen auch wünscht. Im Endeffekt – das kann ich ja auch noch einmal wiederholen – hat ja der Minister dann auch, glaube ich, 80 oder 90 Prozent der Fragen selbst beantwortet.

Noch einmal: Das Einzige, wie ich es mir erklären kann, ist hier noch einmal die Übermittlung des Letztstandes aller Fragen durch alle Institutionen. Dass es da inhaltliche Korrekturen durch das BMF im FMA-Teil gegeben hat, höre ich, offen gestanden, zum ersten Mal beziehungsweise ist für mich neu.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Noch einmal. Halten wir fest: Am 7. Juni drängt Herr Kramer aus dem Kabinett des Finanzministers darauf, nur die **Endversion** zu verwenden und nichts anderes. Jetzt muss man sich vorstellen: Da bereiten sich ein paar Herrschaften auf den Gang in den Rechnungshof-Unterausschuss vor: der Finanzminister, es geht sein Kabinettschef mit, dann geht wer von der Finanzmarktaufsicht mit, dann geht wer von der Nationalbank mit. Wer war mit ihm mit von der Finanzmarktaufsicht?

**Mag. Matthias Klinger:** Im Rechnungshof-Unterausschuss war natürlich der Vorstand anwesend, der war ja geladen, und zur inhaltlichen Unterstützung waren ich sowie Dr. Schütz anwesend.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also Sie waren auch mit. Deswegen war es ja auch sinnvoll, dass sich diese Aufforderung an Sie gerichtet hat.

Jetzt gehen wir das einmal durch. Sie wussten also alle oder konnten sich erwarten, da wird es kritische Fragen im Rechnungshof-Unterausschuss geben. Sie haben gerade vorher dem Ausschuss mehrere Male – ich werde mir das im Protokoll sehr genau anschauen – erklärt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, man kann doch von einer Behörde nicht verlangen, dass sie sich selbst belastet.

Können Sie das dem Ausschuss genauer erklären, was Sie damit meinen?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich habe nicht ausgesagt, man kann nicht verlangen, sich selbst zu belasten – ich glaube sogar, das ist ein gewisses Grundrecht, wobei das natürlich nur auf natürliche Personen bezogen ist –, sondern ich habe nur angeführt, es ist wohl nicht aus der Luft gegriffen und nicht völlig unlogisch, dass eine Behörde ihre Tätigkeit **positiv** darstellen möchte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Und jetzt haben wir drei Stationen, soweit das die FMA betrifft.

Station eins: Sie bekommen eine Vorgabe aus dem Kabinett – das ist ja schon besprochen worden –, wo die Ziele formuliert werden.

Ziel 1: keine Verfehlungen der Behörde (FMA).

2. Netzwerk der SPÖ, verantwortlich für den Schaden BAWAG und ÖGB, keine Wirtschaftskompetenz und so weiter; offensichtlich Aufgabe der Nationalbank.

3. ÖVP/BZÖ-Regierung rettet die BAWAG und 1,3 Millionen Menschen vor der Pleite.

Da sind wir ja bereits auf den Punkt hingekommen. Es ist dieser Passus bereits zitiert worden, der sich in Ihrem Bericht, im FMA-Bericht, noch findet – ich zitiere –:

Aus den vergangenen Staatskommissärsberichten ergibt sich, dass diese Veranlagungen auch beträchtliche Volumina erreicht haben müssen. Und jetzt – ohne zu weit in den Was-wäre-wenn-Bereich abzuleiten – muss man jedoch auch festhalten, dass die über Jahrzehnte andauernden Vertuschungshandlungen durch laufende On-site-Kontrolle zwar nicht 100-prozentig verhindert hätten werden können, so zumindest aber erheblich erschwert und damit in diesem Ausmaß nicht mehr möglich gewesen hätte sein können. – Werner Kogler hat das bereits zitiert.

Mein Punkt ist folgender: Dieser Passus ist gesäubert worden, findet sich in der Endversion nicht mehr. – Warum?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich habe Ihnen vor fünf Minuten gesagt, ich höre heute zum ersten Mal, dass es hier Veränderungen zwischen meiner Fragenbeantwortung beziehungsweise der Beantwortung der FMA und dem Endprodukt gegeben hat. Ist mir bisher nicht aufgefallen; dementsprechend kann ich natürlich die Frage leider auch nicht beantworten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es ist Ihnen aber gemalt und extra darauf hingewiesen worden. Sie haben beides nachweislich gehabt. Sie haben den FMA-Endbericht gehabt, und die gesäuberte Endversion ist Ihnen auch gemalt worden, und zwar am 7. Juni. Das ist Ihnen auch gemalt worden, beides liegt Ihnen vor. Der Herr Kramer aus dem Kabinett weist Sie darauf hin und sagt, **nur die Endversion verwenden**, ja nichts anderes. Er sagt nicht dazu, ja nicht das nehmen, was uns ein bisschen belasten könnte, aber das kann man sich schon dazudenken.

**Mag. Matthias Klinger:** Geben Sie mir nur die Chance, wenn wir es zusammen ausarbeiten wollen, dass ich ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, ich stelle jetzt die Frage dazu: Haben Sie die beiden Versionen nicht verglichen? (**Mag. Klinger:** Nein!) – Okay.

Was, glaube ich, wichtiger ist als das, was Sie da persönlich getan haben, ist: Wer hat die FMA-Version auf dem Weg zur Endversion gesäubert? Wer hat diesen Absatz eliminiert? Ist das in der FMA passiert?

**Mag. Matthias Klinger:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Was ich Ihnen beantworten kann: Durch mich hat es diese Säuberung nicht gegeben, sofern sie wirklich stattgefunden hat. Mir selber war es auch bis heute – ich wiederhole – **unbekannt**, dass es diese Säuberungen gegeben hat. Daher kann ich auch, noch einmal, nicht beantworten, wer das gemacht hat oder wann das wo hätte passieren können.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber Sie können dem Ausschuss helfen, das einzugrenzen.

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, das kann ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es hat ja einen FMA-Endbericht gegeben, der dann an das Kabinett gesandt worden ist, und die Säuberung hat ja nachher stattgefunden, weil ja der FMA-Endbericht gesäubert worden ist. Es ist ja deswegen unwahrscheinlich, anzunehmen, dass es eine Selbstsäuberung der FMA gegeben hat. Ich gehe auch gar nicht davon aus, dass das in der FMA passiert ist.

Können Sie ausschließen, dass Angehörige der FMA den FMA-Endbericht, der an das Kabinett gegangen ist...

**Mag. Matthias Klinger:** Entschuldigung, ich bin jetzt kurz abgelenkt gewesen. Könnten Sie die Frage wiederholen?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Gern. Können Sie ausschließen, dass der FMA-Endbericht, der diese kritische oder sagen wir ruhig diese selbtkritische Passage noch enthalten hat, vor seiner Übersendung in das Kabinett noch durch Angehörige der FMA gesäubert worden ist? Oder ich frage andersherum: Hat noch irgendein Mitarbeiter der FMA nach der Herstellung dieser Endversion irgendeine Korrektur, die dem Ausschuss nicht bekannt ist, an diesem Bericht der FMA ans Kabinett vorgenommen?

**Mag. Matthias Klinger:** Dazu möchte ich noch einmal ausführen: Mir ist es erstens neu, dass Säuberungen stattgefunden haben, zweitens nicht nachvollziehbar, denn das, was Sie hier als „kritisch“ bezeichnen, ist meines Erachtens absolut keine kritische Aussage, sondern sagt noch einmal ganz klar, dass selbst mit der Zurverfügungstellung der modernen Aufsichtsmittel, wie sie die FMA und die OeNB ab 2002 entwickelt haben, diese Vertuschungsmanöver und Täuschungsmanöver der BAWAG auch nicht hätten zu 100 Prozent aufgedeckt werden können. Das BMF hatte ja damals diese Offsite-Analyseinstrumente nicht zur Verfügung.

Zweiter Teil Ihrer Frage, noch einmal: Der Endbericht beziehungsweise – „Endbericht“ ist ein blöder Ausdruck – die Endversion der FMA in der Beantwortung Ihrer Frage wurde durch mich mittels der berühmten E-Mail „Adelheid, es ist so weit!“ an Herrn Kramer übermittelt. Ich kann ausschließen für mich, dass im Nachhinein irgendjemand die E-Mail abgefangen und Veränderungen durchgeführt hat.

Ich habe die E-Mail so, wie ich sie eingemaiilt habe, beziehungsweise die Fragen, so wie ich sie bekommen habe, aus den Bereichen zusammengesetzt und weitergeleitet an Herrn Kramer.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist ja für uns jetzt ein wichtiger Punkt, weil wir damit feststellen können, dass diese Säuberung nicht in der FMA stattgefunden haben kann, sondern im Kabinett stattgefunden haben muss. Aber eines möchte ich Ihnen schon entgegenhalten, weil mich Ihre Interpretation ein bisschen an die üblichen Interpretationen Ihres damaligen Ressortministers erinnert hat. Also wenn da steht, dass die über Jahrzehnte andauernden Vertuschungshandlungen durch laufende On-site-Kontrolle zwar nicht 100 Prozent verhindert hätte werden können, so zumindest aber erheblich erschwert und damit in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen hätte sein können, und Sie die beiden letzten Halbsätze einfach weglassen und im Ausschuss, jedem Faktum widersprechend, eine Darstellung versuchen, ja, es hätte ja eh nichts genutzt, wenn man ordentlich kontrolliert hätte, dann würde ich Sie schon ersuchen, diesen Ausschuss etwas ernster zu nehmen. Wir sind in der Lage, das durchaus sinnerfassend zu lesen, glauben Sie mir das.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Okay, Kollege Pilz, die Zeit ist um. – Herr Mag. Klinger, wollen Sie das noch beantworten?

**Mag. Matthias Klinger:** Ja, ganz kurz noch einmal. – Erstens: Wie Sie ja aufgrund der Intensität meiner Beantwortungen ersehen können, die ich ja auch schon im Banken-Untersuchungsausschuss, glaube ich, bewiesen habe, nehme ich den Ausschuss sehr ernst und bemühe mich auch, sämtliche Inhalte möglichst umfangreich zu rekapitulieren. Ich muss nur nochmals darauf verweisen, dass ich keine Unterlagen habe, auf die ich zurückgreifen kann.

Zweitens: Ich weiß nicht, vielleicht kann man das nachher unter vier Augen noch einmal durchlesen, aber meine Interpretation dieser Aussage ist – noch einmal, ganz klar –, dass natürlich durch moderne Aufsichtsmittel eine Täuschung in dem Ausmaß

erschwert worden wäre, aber es steht ja auch klar drinnen, zu 100 Prozent nicht hätte verhindert werden können. Das ist die Aussage.

Falls eine solche „Säuberung“ – ich meine, das Wort ist schon etwas hart gegriffen, aber das müssen Sie mit Herrn Kramer ausmachen – wirklich stattgefunden hat, wundert es mich, dass man diesen Absatz streicht, weil der meines Erachtens weder kritisch ist noch irgendetwas Böses unterstellend in sich birgt.

Daher auch mein Unverständnis, dass das überhaupt passiert ist – davon abgesehen, dass bis vor 10 Minuten noch eine Unkenntnis bei mir darüber geherrscht hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wir haben die Unterlagen erst gestern in der Früh bekommen, aber es gibt eine Reihe von Veränderungen – da muss ich dem Kollegen Pilz Recht geben – zu dem, was Sie geschickt haben, und dem, was kam, die, sage ich einmal, wenn man es sich anschaut, nicht so zufällig sein könnten. – Gut, wie dem auch sei.

Ich möchte noch einmal einen Schritt zurückgehen zum Fragebogen selbst. Es wird immer gesagt, dass diesem Fragebogen Ziele vorangestellt sind. Wenn Sie Ziele, Maßnahmen und Fragen sehen, würden Sie sagen, dass zuerst die Fragen erarbeitet wurden und dann die Maßnahmen und dann die Ziele daraus resultierten – oder war der Schritt umgekehrt? Was stand am Anfang der Erstellung dieses Fragebogens?

**Mag. Matthias Klinger:** Der Fragebogen selbst ist durch Herrn Kramer erstellt worden und wurde mir dann erst als Endprodukt erstmals übermittelt, wie Sie dem Attachment entnehmen können, also kann ich jetzt nicht sagen, ob er mit den Fragen, Maßnahmen oder Zielen begonnen hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, aber jetzt beleidigen Sie Ihre eigene Intelligenz.

**Mag. Matthias Klinger:** Sie haben mich gefragt, also wollen Sie eine Aussage von mir – oder eine persönliche Einschätzung? (Abg. **Krainer:** Eine Einschätzung!) – Einschätzungen haben, glaube ich, im Untersuchungsausschuss grundsätzlich nichts verloren, trotzdem kann ich Ihnen sagen, dass man natürlich in erster Linie von oben beginnt und das hinunterbaut; aber das ist eine rein persönliche Einschätzung. Ich bitte, diese Fragen an Herrn Kramer zu stellen, der Sie Ihnen dann auch beantworten kann.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja, ich sehe das genauso wie Sie, und wenn man sich das genau anschaut, ist es nicht so. Ich will ja nur den Zusammenhang darstellen zwischen Zielen, Maßnahmen und Fragen. Und der Eindruck, der sich, glaube ich, für jemanden ergibt, der sich das unvoreingenommen anschaut, ist: An erster Stelle standen die Ziele, dann wurde festgelegt, welche Maßnahmen notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen, und dann wurden als Drittes von den Maßnahmen die Fragen abgeleitet.

Also ich meine, das ist, glaube ich, relativ klar, dass das die Reihenfolge ist. Das heißt aber auch, dass die Fragen natürlich keine objektiven Fragen sind, sondern natürlich zielgerichtete Fragen, die jeweils immer nur das politische Ziel unterstützen sollen. Meiner Ansicht nach ist es aber zu wenig, einfach zu sagen, die Ziele interessieren mich nicht, weil auch die Maßnahmen und die Fragen von den Zielen abgeleitet sind und damit ja auch klar ist, dass es sich hierbei um Fragen handelt, die – wie hat das der Vorstand Pribil genannt? – Suggestivfragen sind.

Kollege Kogler hat den Fragebogen dem Vorstand Traumüller vorgelegt – ich bin mir nicht ganz sicher, aber ich denke, da waren Sie sogar als Vertrauensperson hier anwesend –, und der Vorstand Traumüller hat gesagt, er kennt das nicht. Dieser

Fragebogen ist ihm völlig unbekannt, und in der Sitzung zwei Tage später, also wo wirklich schon genug Zeit war, um sich vorzubereiten auf diesen Fragebogen, kam wieder die Antwort von Herrn Pribil, dieser Fragebogen ist ihm völlig unbekannt, kennt er nicht, und wir hätten diese Fragen sicher nicht beantwortet, weil da sind ja zum Teil Suggestivfragen drin. (*Mag. Klinger: Ist das die Frage?*) – Ich würde um eine Stellungnahme ersuchen. (*Mag. Klinger: Können Sie eine Frage formulieren?*) – Was sagen Sie dazu?

**Mag. Matthias Klinger:** Fragen sind, glaube ich, bestimmt zu formulieren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich kann sie auch ganz bestimmt formulieren. (*Mag. Klinger: Bitte!*) – Waren Sie anwesend als Vertrauensperson, als dieser Fragebogen dem Vorstandsdirektor Traumüller vorgelegt worden ist?

**Mag. Matthias Klinger:** Das kann ich nicht beantworten, weil ich mich nicht erinnere. Ich war ein paar Mal anwesend, ob das genau in diesem Tagungszeitraum war, weiß ich nicht. Bitte, das dem Protokoll zu entnehmen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt, dass der Vorstand Traumüller, als das vorgelegt wurde vom Kollegen Kogler, gesagt hat, dieser Fragebogen ist ihm unbekannt?

**Mag. Matthias Klinger:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Können Sie sich daran erinnern, dass Herr Pribil gemeint hat, es ist ihm unbekannt und er hätte diese Frage nie beantwortet, die Institution hätte diese Fragen nie beantwortet, weil sie tendenziös sind?

**Mag. Matthias Klinger:** Daran kann ich mich nicht erinnern. (*Abg. Krainer: Sie können sich nicht erinnern?*) – Nein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen vollkommen unbekannt?

**Mag. Matthias Klinger:** Vollkommen unbekannt und auch nicht wirklich nachvollziehbar, weil ich glaube, dass Dr. Traumüller und Dr. Pribil selbst im Rahmen des Banken-Untersuchungsausschusses ausreichend zum Fragebogen Stellung genommen haben. (*Abg. Krainer: Wochen später!*) – Soweit ich das richtig gelesen habe, haben sie auch am 2. Juni dazu Stellung genommen. Also demnach kannten sie den Fragebogen, wurde der Fragebogen auch von der FMA beantwortet. (*Abg. Krainer: Bei der Befragung ...!*) Mir eine Aussage der beiden Herren in die andere Richtung nicht mehr erinnerlich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay, ist Ihnen nicht erinnerlich. – Würden Sie dem folgen, dass die Maßnahmen von den Zielen abgeleitet wurden und die Fragen von den Maßnahmen abgeleitet wurden?

**Mag. Matthias Klinger:** Wie ich vorhin schon erwähnt habe, zwei Fragen vorher, handelt es sich hierbei nur um eine persönliche Einschätzung. Wie es dezidiert gemeint war oder was sich dahinter verbirgt, bitte ich, Herrn Kramer zu fragen.

Grundsätzlich – wie Sie richtig schlussfolgern; das ist ja allgemein üblich – zählt man zuerst von oben nach unten.

Aber nochmals darf ich hier auch betonen: Wie das Finanzministerium Informationen abfragt, kann von uns nicht beeinflusst werden, aber selbst wenn 20 Ziele vorangestellt worden wären, hätte das auch nichts an der grundlegenden Materie verändert, dass diese Ziele einfach von uns nicht beachtet worden sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** 20 Ziele wären natürlich ein schlechtes Zeichen, denn dann kann die Kommunikation nicht mehr ...

**Mag. Matthias Klinger:** Sie verzeihen mir die Übertreibung der Darstellung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja. Drei Ziele entspricht schon durchaus, glaube ich, der Kommunikationsstruktur, die dahintersteckt.

War Ihnen klar, dass die Fragen, die hier abgeleitet sind von den Maßnahmen, die abgeleitet sind von den Zielen, natürlich eine parteipolitische Kommunikation stützen?

**Mag. Matthias Klinger:** Erstens möchte ich noch einmal festhalten: Bis jetzt gibt es noch keine Aussage, dass Ihre Ableitung wirklich auch die richtige war. Das heißt, es handelt sich hierbei nur um eine **Vermutung** Ihrerseits, die natürlich von mir aufgrund des gesunden Menschenverstandes bestätigt werden kann, aber nicht dezidiert bestätigt wurde von demjenigen, der sie verfasst hat.

Zweitens, noch einmal: Die Fragen selbst wurden von uns sachgerecht und objektiv beantwortet. Inwiefern damit **politische** Informationen transportiert werden sollten, ist allein in der Verantwortung des Finanzministeriums. Auch wie mit diesen Informationen umgegangen wird, an wen sie weitergegeben werden und wie sie verbaut, wie sie verändert werden, auch das ist allein in der Verantwortung des Finanzministeriums.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sagen, die sachgerechte Antwort bezieht sich auch auf das, was ich Ihnen vorgelegt habe, die erste Seite der Fragebogenbeantwortung, wo Sie Wertungen setzen, dass ein Fehlverhalten auch aus heutiger Sicht absolut konsequent auszuschließen ist? (**Mag. Klinger:** Ja!) – Das sehen Sie nicht als Wertung?

**Mag. Matthias Klinger:** Das sehe ich als sachgerechte Beantwortung. (**Abg. Krainer:** „Sachgerechte Beantwortung“?) – Genau. (**Abg. Krainer:** Auch heute noch?) – Auch heute noch.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Sie sind der Meinung, dass auch aus heutiger Sicht ein Fehlverhalten **aller** Behörden konsequent auszuschließen ist?

**Mag. Matthias Klinger:** Laut meinem Wissensstand und meiner persönlichen Meinung als Bürger und als interessierter Zeitungsleser beziehungsweise mit dem Vorwissen, das ich aus der Finanzmarktaufsicht habe, kann ich ein Versagen der Aufsichtsbehörden im großen Stil hier ausschließen, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, das steht nicht hier. Überhaupt **irgendein** Versagen auszuschließen, steht hier.

**Mag. Matthias Klinger:** Es steht mir, glaube ich, nicht zu, die Arbeit des Finanzministeriums, einzelner Personen im Finanzministerium oder Prüfer der Nationalbank im Nachhinein zu bewerten. (**Abg. Krainer:** Das tun Sie aber hier!) Ich möchte das auch persönlich hier im Rahmen des Untersuchungsausschusses nicht machen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Im Text haben Sie es aber getan.

**Mag. Matthias Klinger:** Da hat die Finanzmarktaufsicht geantwortet. Jetzt fragen Sie mich als Person.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Dieser Text, der hier steht: Ist der von Ihnen, oder ist er von Ihren Abteilungsleitern gekommen? (**Abg. Mag. Kukacka:** Das geht doch ins Persönliche und hat nichts mit der Sache zu tun! Ist ja lächerlich!)

**Mag. Matthias Klinger:** Vor zirka einer halben Stunde habe ich gesagt: Ich weiß nicht mehr ganz genau, wer welchen Teil genau verfasst hat. (**Abg. Krainer:** Danke!)

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Der Nächste ist Herr Abgeordneter Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Bleiben wir bei den Säuberungen der FMA-Endversion, wie ich im Moment annehme, im Bereich des Kabinetts des Finanzministers. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. – Obmann-Stellvertreter Parnigoni gibt das Glockenzeichen.*) Ich gehe mit Ihnen andere Beispiele durch. Unter Punkt 1.1.1.1 wird die Frage gestellt:

Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen, die für die dramatische Entwicklung verantwortlich sind?

In der FMA-Endversion heißt es:

Selbst der internen Revision –

die, wie wir heute wissen, über Jahre keine Prüfungstätigkeit in diesem Bereich gesetzt hat –

wird eine einwandfreie und dem Gesetz entsprechende Arbeit testiert. – Zitatende.

Das heißt, da stellt die FMA – wissend, was eigentlich alles im Bereich der Revision verabsäumt worden ist – fest, dass grundsätzlich der internen Revision eine dem Gesetz entsprechende Arbeit testiert wird. Aber sie stellt auch fest, dass die interne Revision über Jahre keine Prüfungstätigkeit in diesem Bereich gesetzt hat.

In der Kabinettversion wird das alles gestrichen und ersetzt durch den Satz – ich zitiere –:

Selbst der internen Revision wird vom Bankprüfer KPMG eine einwandfreie und dem Gesetz entsprechende Arbeit testiert. – Zitatende.

Da ist der Bankprüfer KPMG plötzlich ein glaubwürdiger Zeuge der Verteidigung, und das mehrjährige Nicht-Prüfen wird schlicht und einfach aus dem Bericht gesäubert.

Ist Ihnen diese Veränderung bekannt?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie verzeihen mir, dass ich es wirklich wiederholen muss: Würde ich es wissen, dann würde ich es **gerne** auch mit Ihnen erörtern, aber mir sind **sämtliche** „Säuberungen“ unbekannt.

Ich habe das jetzt zum ersten Mal von Ihnen vernommen. Ich bin auch etwas verwundert darüber, bitte aber, diese Handlungsweise nachher bei den Verantwortlichen im Finanzministerium nachzufragen. (*Abg. Dr. Pilz: Natürlich ...!*)

Noch einmal: Vielleicht hätte man es tun sollen – nur, daran denkt man natürlich nicht –, vielleicht hätte man die zwei Versionen vergleichen müssen. Aber auch das habe ich nicht getan. Vielleicht ist dies auch Ausdruck dessen, wie wichtig der Fragebogen inhaltlich für uns selbst war, nämlich: gar nicht! Wir hatten natürlich ein viel detaillierteres und besseres Wissen, als es im Fragebogen überhaupt abgebildet werden kann.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Vielleicht auch deswegen – aber das ist so wie das, was Sie jetzt gesagt haben, auch eine Mutmaßung –, weil Sie ohnehin bereit waren, das so zu tun, wie es vom Finanzministerium gewünscht wird. Wir wollen jetzt einmal nichts ausschließen ...

**Mag. Matthias Klinger:** Wir können Mutmaßungen ins Unendliche vorbringen, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir wollen einmal nichts ausschließen. Es bringt aber jetzt nichts, hier beiderseitige Mutmaßungen anzustellen.

Nun zum nächsten Punkt, der geändert worden ist – ich ersuche um Ihr Verständnis, ich muss es mit Ihnen Punkt für Punkt durchgehen (*Mag. Klinger: Bitte!*), weil es für uns für die späteren Befragungen, die das Kabinett des Finanzministers und den

U-Amtsführung Bundesministerien – Mittwoch, 11. Juni 2008/ **öffentlicher Teil** 13. Sitzung / 46

ehemaligen Minister selbst betreffen, ja wichtig ist, vorhalten zu können, in welchen konkreten Punkten Sie nicht an der Säuberung beteiligt gewesen sind.

Der nächste Punkt ist 1.1.1.7. Die Frage lautet – ich zitiere –:

Welche Prüfungen hat es zu diesem Zeitpunkt noch gegeben, und mit welchem Ergebnis? – Zitatende.

Da lautet die Antwort der FMA, also Ihre Antwort, in der Endversion – ich zitiere –:

Der Kreis jener Personen, die in diese Vertuschungen involviert waren, war auf den Vorstand und nahe Mitarbeiter beschränkt. – Zitatende.

Jetzt kommt die Veränderung, die Säuberung und Veränderung durch das Kabinett des Finanzministers – und da klingt das plötzlich **ganz** anders! Da werden bereits konkrete politische Beschuldigungen ausgesprochen – ich zitiere –:

Der Kreis jener Personen, die in diese Vertuschungen involviert waren, umfasste den Vorstand, zumindest den Aufsichtsratsvorsitzenden Weninger, den Bankprüfer und den Eigentümer ÖGB. – Zitatende.

Das ist jetzt ein politisch ganz heikler Punkt! Denn eine Beschuldigung in Bezug auf Vertuschungen durch den Eigentümer ÖGB findet sich nirgends im Endbericht der Finanzmarktaufsicht, sehr wohl aber in der Grasser'schen Kabinettsversion.

Können Sie dem Ausschuss erklären, ob es damals eine sachliche Grundlage dafür gegeben hat, von Seiten der FMA zu diesem Zeitpunkt den ÖGB als Teilnehmer an Vertuschungen zu bezeichnen?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, eine Erklärung kann ich Ihnen nicht geben und ist mir auch nicht erinnerlich.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Sie auch gefragt, ob es damals sachliche Gründe dafür gegeben hat, den ÖGB zu bezichtigen, an Vertuschungsmaßnahmen beteiligt gewesen zu sein.

**Mag. Matthias Klinger:** Sie meinen jetzt in der Aufsichtstätigkeit selbst? Oder als Ergebnis der Prüftätigkeit, ob hier ...?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, der Aufsichtsratsvorsitzende Weninger wird ja extra angesprochen. In der Kabinettsversion wird der Österreichische Gewerkschaftsbund bezichtigt, als Teilnehmer an Vertuschungshandlungen tätig gewesen zu sein.

Hat es zum damaligen Zeitpunkt, also Anfang Juni 2006, in der FMA irgendwelche Hinweise oder Beweise für eine Vertuschungstätigkeit nicht des Herrn Weninger, sondern des **ÖGB** gegeben?

**Mag. Matthias Klinger:** Das kann ich im Detail aus meiner Erinnerung nicht beantworten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie sich positiv an irgendeine Vertuschungstätigkeit erinnern?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann mich an keine erinnern. Nein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hätten Sie über Wissen über eine mögliche Vertuschungstätigkeit des ÖGB verfügt – da ja die Fragen in genau diese Richtung gegangen sind, Schuld SPÖ, Schuld ÖGB und so weiter, alles in der Leitfrage 2 bei den Zielsetzungen –, können wir davon ausgehen, dass Sie, wenn Sie über derartige Hinweise verfügt hätten, das auch in Ihren Bericht aufgenommen hätten?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie meinen Verantwortung für Vertuschungsaktionen: Wenn diese im OeNB-Bericht zweifelsfrei festgestellt worden wären, dann wäre das natürlich auch Teil des Informationsgehaltes an den Finanzminister gewesen, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es war aber offensichtlich nicht so, und das ist eine Frage, die Sie uns – davon gehe ich aus – jetzt nicht beantworten können. Im Kabinett des Finanzministers kommt plötzlich eine durch die FMA sachlich nicht begründete Beschuldigung gegen den ÖGB hinzu.

Da haben Sie vollkommen Recht, das müssen wir Herrn Mag. Kramer und nicht Sie fragen; er wird uns da vielleicht ein bisschen mehr helfen können. – Danke.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Eine Frage noch? – Bitte, Herr Abgeordneter Kogler.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es ist uns noch aufgefallen – da wir das ja auch nicht ewig lange zur Verfügung haben –, dass sich in der Version der FMA – ich bin also wieder bei dem, was von Ihrem Account in Richtung Kabinett weggegangen ist – unter verschiedenen Punkten die Ich-Form findet. Das will heißen, dass schon in der Diktion des Finanzministers gesprochen wurde. Ich gebe Ihnen ein Beispiel und zitiere:

Die erste Vor-Ort-Prüfung nach 1994 wurde im Dezember 2000 – im selben Jahr **meines** Amtsantrittes – durchgeführt ... und so weiter. – Zitatende.

Sagen Sie, wie kommt die FMA dazu, in Ich-Form zu fabulieren? (**Abg. Neubauer: War das er?**) Wessen Amtsantritt war da gemeint?

**Mag. Matthias Klinger:** Noch einmal: Ich kann mich nicht daran erinnern, wer welchen Absatz dezidiert genau geschrieben hat. Deswegen wird sich – auch wenn Sie mir die Frage noch zehn Mal stellen – die Antwort nicht verändern: Ich kann es nicht beantworten, wer was genau geschrieben hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber das könnten wir noch zu einem Vorhalt bringen – weil das die Version der FMA ist, das ist diesem Ausschuss hier als FMA-Version übermittelt worden –, und das machen wir jetzt auch.

Ich nehme nur der Protokollvervollständigung halber gleich noch ein anderes Beispiel dieser wunderbaren Ich-Form hinzu. Es findet sich in den Ausschussunterlagen auf Seite 71 – ich zitiere –:

Die erste Durchführung einer Vor-Ort-Prüfung nach 1994 wurde **durch mich** am 1. 12. 2000, im selben Jahr meines Amtsantritts –

das ist also ohnehin diese Passage mit „durch mich“ –  
erteilt. – Zitatende.

Ich möchte das jetzt nicht einfach so vorbeiziehen lassen und es auf die „Adelheid“ münzen, sondern ganz im Ernst fragen: Wer ist „Ich“?

Das ist die Version, die von Ihrem Account weggegangen ist. Ich lasse Ihnen das tatsächlich vorhalten. Es ist auch blau angestrichen, damit Sie sich orientieren können.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

**Mag. Matthias Klinger:** Ich meine, aus dem Gesamtkontext der hier vorliegenden Seite kann mit „Ich“ oder „Mich“ wahrscheinlich nur der Herr Finanzminister selbst betroffen sein. Im Jahr 2000 war ja, glaube ich, der Amtsantritt des Herrn Finanzministers Grasser.

Noch einmal: Wer was genau warum geschrieben hat, weiß ich wiederum nicht. Sie werden sich leider damit begnügen müssen, dass ich hier wiederum nur eine koordinierende Rolle eingenommen, die Textbausteine zusammengefügt und auf Grund des Druckes inhaltlich weder eine Zäsur noch eine Kontrolle vorgenommen habe, sondern dass dies hier ein Informationsbegehren des Finanzministeriums ist und dass, wie damit umgegangen worden ist, wie man es umbaut, was man säubert und herausstreckt, ja nicht in unserer Ägide ist und von uns auch nicht beeinflusst werden kann.

Aber Sie müssen verzeihen, jetzt kann ich dezidiert zu jedem einzelnen Absatz, warum was wie hineingekommen ist, aus meiner Erinnerung keine Antwort geben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es gibt ja mehrere Beispiele für diese Ich-Form. Ist „Ich“ offenkundig ein Mitarbeiter, wenn man es ernst nehmen würde, der FMA? Oder wer ist „Ich“?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich denke, ich habe diese Frage vorhin beantwortet. Oder?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, Sie meinen, es ist der Bundesminister für Finanzen.

**Mag. Matthias Klinger:** Erscheint logisch (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*), weil ein Mitarbeiter der FMA wahrscheinlich kaum einen Amtsantritt protokolliert.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie oft kommt denn das in der FMA vor, dass mit „Ich“ für andere formuliert wird?

**Mag. Matthias Klinger:** Verzeihen Sie, noch einmal: Weder kann ich jetzt die Frage beantworten, wie oft das vorkommt, noch habe ich dezidiert in Erinnerung, wer welchen Absatz warum geschrieben hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Trotzdem: Wie oft kommt denn das wirklich vor, dass Sie derartige Texte für andere schreiben?

**Mag. Matthias Klinger:** Ich kann hier keine Aussage für über 200 Mitarbeiter der FMA machen, wie oft sie in welchem Zusammenhang die Ich-Form verwenden. Ich glaube auch, dass diese Frage nicht unbedingt sinnvoll ist – verzeihen Sie mir das! (*Abg. Mag. Kogler: Die Frage ist ...*)

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Herr Kollege Kogler, ich glaube, es ist relativ deutlich ... (*Abg. Mag. Kogler: Ja, wir kommen ohnehin schon zum Schluss!*) Wir sind schon eine Dreiviertelstunde über der Zeit.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber wir dürfen schon festhalten, dass erstens in dem so genannten Bericht die Zielvorgaben, die ursprünglich in ihrer Bedeutung völlig weggeleugnet wurden, nicht nur irgendwie auftauchen, sondern das ganze Berichtsgerüst bilden und sich durchziehen und dass in der Beantwortung dieser Sache auch noch gleich einmal für den Bundesminister geantwortet wird. Danach wird uns erklärt, das Ganze sei ein Vorgang nach § 16 FMABG.

Welchen Hinweis gibt es im § 16, dass die Ich-Form zu verwenden ist?

**Mag. Matthias Klinger:** Ist die Frage zu beantworten?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, natürlich nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist irgendwo normiert, dass die FMA Reden oder Stellungnahmen des Finanzministers vorbereitet? Dass ihr quasi Redenschreiber für den Bundesminister für Finanzen seid?

**Mag. Matthias Klinger:** Nein, da ist im Gesetz festgelegt ... (*Abg. Krainer: Sprechtexte vorbereitet?*) – Nein! Habe ich ja schon beantwortet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber das ist ja so, das ist ein Sprechtext! (*Abg.*

**Mag. Kukacka:** Nur bei der SPÖ!) Das ist eine Sprechtextvorbereitung. Oder sehe ich das falsch? Ist das eine Sprechtextvorbereitung oder nicht, zumindest diese Passage? (*Abg. Mag. Kukacka: Das ist völlig uninteressant ...!*)

**Mag. Matthias Klinger:** Ich weigere mich, jetzt hier 55 oder 100 Seiten zu lesen, um festzustellen, ob das ein Sprechtext ist oder nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und dieser Absatz, der Ihnen vorliegt und blau markiert ist? Erinnert Sie das an einen Sprechtext?

**Mag. Matthias Klinger:** Ein Sprechtext kann nur im Zusammenhang beurteilt werden. Ich gebe solche unseriösen Aussagen **sicherlich nicht** von mir.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie soll ich das sonst verstehen, außer als Sprechtext? (*Abg. Mag. Kukacka: Gar nicht!*)

**Mag. Matthias Klinger:** Das überlasse ich Ihnen. (*Abg. Krainer: Bitte?*) Das überlasse ich Ihnen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber ich meine, das stammt ja aus Ihrer Feder, nicht aus meiner!

**Mag. Matthias Klinger:** Noch einmal – und ich wiederhole es jetzt wirklich zum zehnten Mal, glaube ich –: Ich weiß noch nicht, welche Feder was wann hier im Teil der FMA beantwortet hat. (*Abg. Mag. Kukacka – in Richtung SPÖ –: Das ist so lächerlich! Sie machen sich so lächerlich!*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Vorsitzender! Ich verstehe leider die Auskunftsperson nicht (*Obmann-Stellvertreter Parnigoni gibt das Glockenzeichen*), weil hier eine Unruhe in den ÖVP-Reihen herrscht.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Kollege Krainer, ich glaube ... (*Abg. Mag. Kukacka: ... dass Sie sich lächerlich machen!*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich verstehe auch Sie nicht, Herr Vorsitzender, wenn hier so eine Unruhe ist.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Der Befragte hat, glaube ich, wirklich mehrfach erklärt, dass er dieses Konvolut nicht allein geschrieben hat, und seine Auskunft war immer, dass er sich nicht daran erinnern kann, wer welchen Absatz geschrieben hat. Ich glaube, das haben wir wirklich zehn Mal im Protokoll stehen. (*Abg. Mag. Kukacka: Hundert Mal!*) Das bitte ich, zu respektieren. Wir wissen, dass das ein Sprechtext ist; auch das ist nicht abgestritten worden. (*Abg. Mag. Kukacka: ... so kindisch! Die SPÖ ist so von der Rolle!*)

Noch eine Frage? – Bitte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich bleibe trotzdem noch kurz bei diesem Punkt.

Im Jahr 2002 ist die Finanzmarktaufsicht vom Nationalrat mit einer Verfassungsbestimmung als unabhängige Behörde eingerichtet worden. Jetzt haben wir in dem Papier, das hier zitiert worden ist – es war nicht das einzige –, unter 1.1.1.3 folgenden Text:

Die erste Vor-Ort-Prüfung wurde ... – Das war das, was wir zitiert haben.

1.2.1.3:

Vor diesem Hintergrund habe ich unmittelbar nach ***meinem*** Amtsantritt den Auftrag für eine Neuordnung der Aufsichtsstrukturen erteilt ... – Und so weiter.

Wenn Sie sich das durchlesen: Dieses „Ich“ ist kein Ausreißer, sondern das „Ich“ des Finanzministers zieht sich durch den Text, durch die Endversion der Finanzmarktaufsicht. Es ist durchaus eine berechtigte Frage, auch an Sie als einen der Mitverantwortlichen für diesen Text, auf welcher Rechtsgrundlage eine verfassungsmäßig unabhängig gestellte Behörde Papiere in der ersten Person des Finanzministers aufstellt und damit ganz offensichtlich diese Unabhängigkeit selbst missachtet.

Können Sie diese Frage beantworten?

**Mag. Matthias Klinger:** Sie sagen, das zieht sich durch den ganzen Text. – Ich habe den Text jetzt nicht gelesen und werde kein Urteil darüber abgeben. Sie zitieren aber immer nur den gleichen Absatz. – Das nur dazu.

Das Zweite, noch einmal: Ich möchte hier keine hundertprozentige Einschätzung über Dinge abgeben, die ich nicht so in Erinnerung habe und die ich nicht vollständig nachvollziehen kann. Daher muss ich Sie leider wieder darauf verweisen, dass ich mich nicht daran erinnern kann, wer was wann geschrieben hat.

Noch einmal: Natürlich ist die Finanzmarktaufsicht – da haben Sie vollkommen Recht – mit Verfassungsbestimmung als unabhängig erklärt worden, was aber, noch einmal, nicht aufhebt, dass der Finanzminister nach § 16 Abs. 4 trotz der Unabhängigkeit sämtliche Informationen jederzeit abrufen kann, was ja im Zusammenhang mit der bestehenden Ingerenz des Finanzministers zu sehen ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das war keine Antwort auf meine Frage. Aber das wird der Ausschuss am Ende zu beurteilen und zu bewerten haben.

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Jetzt sind wir mit der Befragung endgültig am Ende. Ich bedanke mich herzlich.

13.18

(Die Auskunftsperson ***Mag. Matthias Klinger*** sowie deren Vertrauensperson ***Mag. Alexander Lotschak*** verlassen den Sitzungssaal.)

\*\*\*\*\*

**Obmann-Stellvertreter Mag. Helmut Kukacka** (*den Vorsitz übernehmend*): Ich unterbreche jetzt die Ausschusssitzung für einige Minuten und werde sie um 13.30 Uhr wieder aufnehmen.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

\*\*\*\*\*

(*Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.19 Uhr unterbrochen und um 13.34 Uhr als solche wieder aufgenommen.*)

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer nimmt** – um 13.34 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und gibt bekannt, dass bezüglich der Auskunftsperson Dr. Franz Einzinger dessen Dienstbehörde, das Bundesministerium für Inneres, wünscht, dass Vertraulichkeit zu herrschen habe.

Im Rahmen einer Fraktionsführersitzung sei man darüber übereingekommen, die Rechtslage gemeinsam mit dem Rechts- und Legislativdienst des Hauses einer näheren Aufklärung zuzuführen, als auch die heutige Einvernahme von Sektionschef Dr. Franz Einzinger abzusagen. Darüber hinaus sei, so der Obmann, eine neue Ladung am 24. Juni in Aussicht zu nehmen. – **Einstimmige Annahme**.

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Hans-Georg Kramer** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Hans-Georg Kramer** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann dankt er Herrn **Hans-Georg Kramer** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und gibt dessen Personalien wieder, die von der Auskunftsperson als korrekt bestätigt werden:

**Auskunftsperson Hans-Georg Kramer;** geboren am 5. Oktober 1973; Beruf: Angestellter.

Sodann gibt der Obmann bekannt, dass die ehemalige Dienstbehörde der Auskunftsperson keine Mitteilung gemacht hat, dass die Vertraulichkeit gewahrt werden müsse.

Danach verweist Obmann Dr. Fichtenbauer auf die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und ersucht die Auskunftsperson, bei Vorliegen eines dieser Gründe darauf hinzuweisen, betont aber, dass eine **generelle** Aussageverweigerungsmöglichkeit **nicht** bestehe.

Schließlich fragt der Obmann die Auskunftsperson, ob sie von der Möglichkeit gemäß § 11 der Verfahrensordnung Gebrauch machen möchte, vorweg eine zusammenhängende Darstellung zu geben. (Die Auskunftsperson verneint dies.)

Sodann erteilt der Obmann Abg. Darmann als erstem Fragesteller das Wort.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Sehr geehrter Herr Kramer! Wir haben bereits vorhin mit Herrn Mag. Klinger sehr ausführlich über den Fragebogen gesprochen und ihn dazu befragt, den Sie in Vorbereitung des Herrn Mag. Grasser auf den Rechnungshofunterausschuss zum Thema BAWAG sowohl Herrn Klinger als auch diversen anderen Personen haben zukommen lassen.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Frage: Hat Herr Bundesminister Grasser von der Formulierung dieses Fragebogens durch Ihre Person gewusst – und vor allem: Hat er Ihnen den Auftrag gegeben, diesen Fragebogen zu formulieren?

**Auskunftsperson Hans-Georg Kramer (vormals: Kabinett des Bundesministers Mag. Grasser):** Herr Abgeordneter! Die Vorbereitung mittels dieses Fragebogens war für den Auftritt des Bundesministers im Rechnungshof-Unterausschuss, und er war von mir in Kenntnis gesetzt, dass es diese Vorbereitung geben wird. Ich möchte dazu anmerken, dass er auch von uns erwartet hätte, dass das so gemacht wird, weil das eben ein standardisierter Vorgang und Prozess war.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Heißt das, dass es keine Ausnahmesituation war, diesen Fragebogen beziehungsweise eine Vorbereitung auf einen Rechnungshof-Unterausschuss durch die FMA anzufordern, sondern dass des Öfteren ein Ansuchen an die FMA oder an die Nationalbank gerichtet wurde, Vorbereitungen für den Herrn Bundesminister zu liefern?

**Hans-Georg Kramer:** Die Unterstützung der Finanzmarktaufsicht und der OeNB in diversen parlamentarischen Angelegenheiten ist nichts Unübliches, sondern gelebte

Praxis. Das war auch in den letzten Jahren schon so. In diesem konkreten Fall war es insofern anders, als wir auf Verlangen des Parlamentes – zur Ablieferung eines Erhebungsberichtes – dem Parlament Informationen übermitteln mussten, die im Finanzministerium **nicht** auflagen, da wir aufgrund der Installierung der Finanzmarktaufsicht ab dem Jahr 2002 keine Akten betreffend der Bankenaufsicht mehr hatten. Diese wurden an die Finanzmarktaufsicht übergeben. In dem Verlangen auf Einsetzung eines Rechnungshof-Unterausschusses wurde explizit auf die Behörde Finanzmarktaufsicht und auf die Österreichische Nationalbank hingewiesen, sodass es logisch war, dass wir die beiden Behörden ersucht haben, diesbezüglich mit uns gemeinsam zu arbeiten.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ich möchte jetzt auf die Formulierung dieses Fragenkataloges zu sprechen kommen. Dort steht – ich zitiere –:

Ziele:

erstens: keine Verfehlungen der Behörden.

Zweitens: Netzwerk der SPÖ, verantwortlich für den Schaden in der BAWAG und dem ÖGB – keine Wirtschaftskompetenz.

Drittens: ÖVP/BZÖ-Regierung rettet die BAWAG und 1,3 Millionen Menschen vor der Pleite. – Zitatende.

Wie ist es dazu gekommen, diese Ziele so zu definieren und in diesen Fragebogen zu integrieren?

**Hans-Georg Kramer:** Dieser Fragenkatalog war, wie gesagt, eine Vorbereitung für den Bundesminister für Finanzen. Der wesentliche Inhalt dieses Fragenkataloges waren, glaube ich, 90 oder 92 Fragen. Die Ziele, die am Anfang dieses Fragebogens formuliert waren, betrafen die strategische politische Kommunikation des damaligen Finanzministers, die er auch in der Öffentlichkeit verwendete. Es wurde, da es ja eine Unterlage für ihn war, auch noch einmal vorangestellt.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Das heißt, Sie bestätigen hiermit – Sie haben ja auch schon im Banken-Untersuchungsausschuss ausgesagt – die Aussage, dass sich das auch deckt mit der Stellungnahme des Bundesministers Grasser zu einer Sachverhaltsdarstellung der SPÖ, in der er zu dieser Formulierung der Ziele festgehalten hat – ich zitiere –:

Der Inhalt orientierte sich am bereits dem Parlament vorliegenden Erhebungsbericht und hielt „Ziele“ fest, was ich zuvor mehrmals öffentlich als Reaktion auf öffentliche Vorwürfe des damaligen Finanzsprechers der Anzeigerin Matznetter gesagt hatte. In meinen Presseerklärungen habe ich auf die politischen Angriffe des Finanzsprechers der SPÖ damit repliziert. Ich stelle aufgrund sämtlicher Überprüfungen fest, dass ... – Zitatende.

Dann kommen diese einzelnen Punkte dieser Ziele.

Das heißt, das entspricht eigentlich dem, was Herr Mag. Grasser gesagt hat. – Oder wollen Sie dem noch irgend etwas hinzufügen?

**Hans-Georg Kramer:** Mir ist dieses Schriftstück, aus dem Sie jetzt zitiert haben, nicht bekannt. Wenn das darin so steht, wird das so stimmen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ist es gewünscht, dass ich das der Auskunftsperson überreiche?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ja, wenn das zum Gegenstand der Befragung gemacht wird, dann würde ich darum bitten.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

**Hans-Georg Kramer:** Das ist eine Aussage des Bundesministers Grasser. Sie deckt sich mit dem, was ich Ihnen gesagt habe.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Heißt das, dass dem nichts hinzuzufügen ist? Hat es für die Zielfestlegungen in diesem Fragenkatalog weitere Beweggründe gegeben? (**Hans-Georg Kramer:** Nein!) – Danke soweit.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Kramer, wie sind Sie vorgegangen, als Sie diesen Fragebogen erstellt haben?

**Hans-Georg Kramer:** Wir sind folgendermaßen vorgegangen: Es gab zum damaligen Zeitpunkt eine Reihe von parlamentarischen Anfragen, Dringlichen Anfragen, Interviews, Presseaussendungen et cetera. Wir haben als Vorbereitung für den Rechnungshof-Unterausschuss diese Fragen, die in der breiten Öffentlichkeit im Rahmen des parlamentarischen Geschehens gestellt wurden, gesammelt und zusammengefügt. Dann hatten wir plötzlich einen Fragenkatalog von eben 90 Fragen. So ist das zustande gekommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay. Sie haben also mit den Fragen begonnen. – Haben Sie diese Fragen strukturlos aufgeschrieben?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, die Fragen sind gesammelt worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay. Dann hatten Sie 90 gesammelte Fragen. – Wie sind Sie weiter vorgegangen?

**Hans-Georg Kramer:** Wir hatten die 90 Fragen und mussten uns natürlich mit der Frage beschäftigen, dass wir diese beantworten mussten. Das Ganze war ja in einer sehr kurzen zeitlichen Abfolge, denn der Termin des Finanzministers im Rechnungshof-Unterausschuss war am 5. oder 6. Juni, wenn ich mich richtig erinnere. Wir hatten somit sehr wenig Zeit für die Beantwortung dieser Fragen. In weiterer Folge haben wir überlegt, ob wir die Finanzmarktaufsicht und die Nationalbank fragen, ob sie uns bei der Beantwortung dieser Fragen behilflich sein könnten. Das haben wir dann auch gemacht. **Ich** habe es gemacht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nur kurz: Weil Sie vorhin immer von „wir“ sprachen – wer ist „wir“?

**Hans-Georg Kramer:** In der Vergangenheit – sprich: als ich dafür verantwortlich war – war es so, dass für das parlamentarische Geschehen bei uns die Präsidialabteilung zuständig war, das ist die Abteilung I/4 mit Mag. Wallner, dann der fachlich zuständige Gruppenleiter, das war Mag. Lejsek und meine Wenigkeit. Wir haben uns als zuständiges Kabinett damit beschäftigt.

Kollege Wallner hatte die Aufgabe, zu schauen, dass die Termine eingehalten werden und dass das parlamentarische Procedere in geordneten Bahnen läuft; Kollege Lejsek war für den inhaltlichen Input verantwortlich – und ich habe den geringen Beitrag geliefert, den ich beitragen konnte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben also im Word irgendwelche Fragen gesammelt. – Wie ist es dann weiter gegangen? Ich nehme an, Sie haben das in einer Word-Datei gemacht?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, es wurde ein Word-Dokument erstellt. Nachdem sich beide bereits genannten Behörden bereit erklärt hatten, haben wir zu einem Termin eingeladen und dieses Word-Dokument wurde zur Vorbereitung für diesen Termin an die beiden Adressanten versandt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber das Word-Dokument besteht aus 90 strukturlos zusammengefassten Fragen. – Da müssen Sie ja noch etwas getan haben, bevor Sie das verschickt haben!

**Hans-Georg Kramer:** Die Fragen wurden dann natürlich nach Themenblöcken zusammengefasst.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie sind Sie dann auf diese Maßnahmen gekommen?

**Hans-Georg Kramer:** Ehrlich gesagt, ich kann mich nicht mehr daran erinnern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich wollte Ihnen nur sagen, dass Herr Klinger gerade vor Ihnen die Ansicht vertreten hat, dass wohl von oben nach unten vorgegangen wurde. Das ist eine Einschätzung, die ich nachvollziehen kann und daher teile, nämlich dass sie zuerst mit den **Zielen** begonnen haben, dann die **Maßnahmen** aus diesen Zielen abgeleitet haben und dann die **Fragen** aus den Maßnahmen abgeleitet haben. – Ist das denkbar?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, das ist für mich nicht denkbar. Ich meine, es wäre natürlich möglich, ja, ist aber für mich nicht denkbar, denn der Hauptfokus und der Hauptgrund für die Erstellung dieser Unterlage war die Vorbereitung für den Rechnungshof-Unterausschuss.

Das Wesen dieser Vorbereitung war: Welche potentiellen Fragen könnten gestellt werden? Wir haben von vornherein begonnen, die Fragen zu sammeln. Ich habe ja nicht damit begonnen, irgendwelche Ziele zu definieren, sondern ich und wir alle haben begonnen, die Fragen zu sammeln. Die Fragen als solche waren der primäre Grund.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Verstehen Sie in diesem Fall unter „wir“ wieder sich selbst, Lejsek und Wallner? (**Hans-Georg Kramer:** Das ist korrekt!) – Möchten Sie sagen, dass die Ziele, die da vorangestellt sind, mit den Maßnahmen oder mit den Fragen weder in einem inhaltlichen noch in einem strukturellen Zusammenhang stehen? (**Hans-Georg Kramer:** Jawohl!) – Heißt das, dass es nur Zufall ist, dass es da einen inhaltlichen und strukturellen Zusammenhang gibt?

**Hans-Georg Kramer:** Richtig, auf die Beantwortung dieser Fragen und auf die Erstellung der Fragen haben diese drei Zielsätze überhaupt keinen Einfluss genommen – und waren auch gar keine Vorgabe. (**Abg. Krainer:** Und die Maßnahmen?) – Ebenso. Es ging ausschließlich um die Fragestellung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, aber die Frage, die sich mir stellt, ist: Sind die Maßnahmen eine dritte Geschichte, die weder mit den Zielen noch mit den Fragen in Zusammenhang steht?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, ich kann mich beim besten Willen nicht mehr erinnern, wie die Maßnahmen da hineingekommen sind. Es tut mir leid.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das ist kein Problem, wir können es Ihnen ja einfach vorlegen. Dann haben Sie es vor sich liegen und können uns sagen, ob es einen strukturellen oder inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Zielen und Maßnahmen gibt. Ich muss nur die Kopie finden.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*)

**Hans-Georg Kramer:** Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gibt es einen inhaltlichen und strukturellen Zusammenhang zwischen den **Zielen** und den **Maßnahmen**? – Sie haben den Text verfasst. Sie können sich gerne auch Zeit lassen und das in Ruhe durchlesen – ich

hoffe, das wird nicht von meiner Fragezeit abgezogen – und dann können Sie es vielleicht noch einmal beantworten. (*Ruf bei der ÖVP: Der Nächste legt ein Buch vor – und wir warten!*)

**Hans-Georg Kramer:** Was ich definitiv ausschließen kann, ist, dass es einen Zusammenhang zwischen den Zielen und den Fragen gegeben hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das war nicht meine Frage. Meine Frage war anders!

**Hans-Georg Kramer:** Ich glaube nicht, dass es da einen Zusammenhang gibt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gibt es keinen strukturellen und inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Zielen und den Maßnahmen?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, ich glaube, nicht. Es gibt auch zwischen den Zielen und den Fragen keinen Zusammenhang.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigen Sie, meine Frage war: Gibt es zwischen den Zielen und den Maßnahmen einen inhaltlichen und/oder strukturellen Zusammenhang? (*Hans-Georg Kramer: Ich glaube nicht!*) – Heißt das, dass wenn hier nummeriert ist:

Ziele:

erstens: keine Verfehlungen der Behörden – Zitatende,

und darunter steht:

Maßnahmen:

1a: Gebarung der Aufsicht bei der BAWAG darstellen

1b: Verbesserungen seit 2000 betreffend die Aufsicht auflisten

1c: Funktionsweise der Aufsicht darstellen – Zitatende,

dann ist hier weder ein struktureller noch ein inhaltlicher Zusammenhang erkennbar?  
Ich kann das gleich auch anhand des Punktes 2 darstellen:

Ziele: [...]

2: Netzwerk der SPÖ, verantwortlich für den Schaden in der BAWAG und im ÖGB,  
keine Wirtschaftskompetenz – Zitatende.

An anderer Stelle heißt es dann:

Maßnahmen: [...]

2a: Handlungen zur Verschleierung darstellen

2b: Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen

2c: Firmenkonstruktion vor und nach Kauf BLB, ÖGB, BAWAG – Zitatende.

Erkennen Sie keinen Zusammenhang zwischen den Maßnahmen und den Zielen – ich meine, ***Sie*** haben das erstellt –, weder einen inhaltlichen noch einen strukturellen? Dann erklären Sie mir bitte, wieso da steht: 2, und dann: 2a, 2b und 2c? Das würde zumindest strukturell einen gewissen Zusammenhang darstellen – und ich behaupte mal, dass hier auch inhaltlich der Zusammenhang relativ klar ist!

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, mag sein, dass ein struktureller Zusammenhang insofern gegeben ist, als dass sich die Fragen in Themenblöcke aufgegliedert haben, wie ich es vorhin schon ausgeführt habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wir reden jetzt nur über die Ziele und über die Maßnahmen; die Fragen kommen später. (*Abg. Mag. Kukacka: Sie stellen die Fragen und er gibt die Antworten!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Die Auskunftsperson gibt die Antworten. Es ist nicht möglich, dass man die Auskunftsperson quasi irgendwo „hintreibt“; es gilt das Prinzip Frage und Antwort. Wenn die Frage aus Sicht der Auskunftsperson beantwortet ist, dann ist sie beantwortet.

**Hans-Georg Kramer:** Ich bin gerne bereit, sämtliche Fragen – das ist mir ein persönliches Anliegen – zu beantworten. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass ich irgendwelche Fragen bewusst nicht beantworte oder nicht beantwortet will. Ich versuche jetzt letztmalig, Ihre Frage zu beantworten: Ja, es hat eine Struktur gegeben. Es ist offensichtlich, dass die potentiell gestellten Fragen in Themenblöcke verpackt werden können beziehungsweise eingeordnet wurden, aber ich stelle hier noch einmal ausdrücklich klar: Das steht in keinem Zusammenhang mit den Zielen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sagen also, dass die Maßnahmen in keinem Zusammenhang mit den Zielen stehen? (*Hans-Georg Kramer: Richtig!*) – Das heißt, dass die Maßnahmen unter 2a: Handlungen zur Verschleierung darstellen, unter 2b: Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen, und unter 2c: Firmenkonstruktion vor und nach Kauf BLB, ÖGB, BAWAG – diese Maßnahmen stehen in keinem Zusammenhang mit dem Ziel 2: Netzwerk der SPÖ, verantwortlich für den Schaden in der BAWAG und im ÖGB, keine Wirtschaftskompetenz? (*Abg. Mag. Kukacka: Das ist ja umstritten, das sind ja nur Tatsachen!*)

**Hans-Georg Kramer:** Ich glaube, ich habe Ihnen diese Frage jetzt beantwortet: Nein, es steht im keinen Zusammenhang.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist hier kein Zusammenhang zu sehen?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Die Auskunftsperson hat das schon beantwortet! Ich bitte darum, dass man das nicht fünfmal wiederholt! Wenn geantwortet wird, da ist kein Zusammenhang, dann kann sich jeder einen Reim machen – einen, der ihm passt oder nicht –, aber die Frage ist beantwortet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Dann frage ich das Nächste: Bei den Zielen steht:

Drittens: ÖVP/BZÖ-Regierung rettet die BAWAG und 1,3 Millionen Menschen vor der Pleite. – Zitatende.

Und an anderer Stelle steht:

3a: Warum wurde das BAWAG P.S.K.-Sicherungsgesetz notwendig?

3b: Wann hat der ÖGB-BAWAG die Bundesregierung kontaktiert?

3c: Welche Maßnahmen wurden gesetzt und wer hat die Bundesregierung unterstützt? – Zitatende.

(*Abg. Mag. Kukacka: Das BAWAG P.S.K.-Sicherungsgesetz wurde wegen der SPÖ notwendig!*)

Besteht ein inhaltlicher und struktureller Zusammenhang zwischen den Zielen und den Maßnahmen, die ich gerade verlesen habe, sprich: zwischen 3 und 3a, 3b, 3c?

**Hans-Georg Kramer:** Es ist ein Unterschied, ob es einen strukturellen oder inhaltlichen Unterschied gibt. Ich habe Ihnen gerade vorhin gesagt: Die Ziele hatten

keinen Einfluss auf die Fragen. Es war eine Kommunikationsfrage des Bundesministers.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Meine Frage bezog sich auf den Zusammenhang zwischen Zielen und Maßnahmen.

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe Ihnen gerade vorhin gesagt, dass es da keinen Zusammenhang gibt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Sie sehen auch beim Punkt 3 ***keinen*** Zusammenhang?

**Hans-Georg Kramer:** Noch einmal – Entschuldigung, Herr Vorsitzender, ich wiederhole mich jetzt, glaube ich, zum zehnten Mal –: Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass es keinen Zusammenhang gibt. Das war nicht meine Erfindung. Unsere Überlegung waren die ***Fragen***.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben dieses Dokument geschrieben – und nicht ich! Ich habe Sie gefragt, ob es einen Zusammenhang zwischen den Zielen und den Maßnahmen gibt. Sie haben einmal gesagt: „Nein“, wobei Sie selbst gesagt haben, dass der ***strukturelle*** Zusammenhang evident sei. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie da auch einen ***inhaltlichen*** Zusammenhang sehen (**Hans-Georg Kramer:** *Nein!*), und ich habe Ihnen den Punkt 1 den Punkten 1a, 1b, 1c gegenübergestellt. Sie haben gesagt, nein, Sie sehen keinen inhaltlichen Zusammenhang. Dasselbe habe ich bei 2 und 2a, 2b, 2c gemacht. Jetzt habe ich Sie noch zu 3 und 3a, 3b, 3c gefragt und wollte Sie fragen, ob Sie da zwischen den Zielen und den Maßnahmen einen inhaltlichen Zusammenhang sehen. (**Hans-Georg Kramer:** *Nein!*) – Sie sehen keinen? – Gut! Und gibt es einen Zusammenhang zwischen den ***Fragen*** und den ***Maßnahmen***? Gibt es da einen strukturellen Zusammenhang?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe Ihnen gerade vorhin gesagt: Es kann sein, dass es einen strukturellen Zusammenhang gibt, nämlich dass das zu Themenblöcken zusammengefasst wurde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gibt es einen ***inhaltlichen*** Zusammenhang zwischen den Maßnahmen und den Fragen?

**Hans-Georg Kramer:** Meiner Meinung nach: nein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, ich darf Sie ja dazu fragen. Ich glaube, ich darf zu jeder einzelnen Frage auch Vorhaltungen machen (**Hans-Georg Kramer:** *Selbstverständlich!*), nämlich dass es hier einen Zusammenhang gibt. Ich glaube, der Vorsitzende hat in dieser Frage auch nichts dagegen.

Gut, Sie haben das erstellt. Sie sagen, dass es da weder einen strukturellen noch einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen Zielen, Maßnahmen und Fragen gibt. Die Beurteilung überlasse ich jedem selbst.

Dann haben Sie diese Ziele, Maßnahmen und Fragen weitergemalt, nachdem Sie bei FMA und OeNB gefragt haben, ob sie Ihnen helfen. – Wen und wann haben Sie da gefragt?

**Hans-Georg Kramer:** In der OeNB hatte ich diesbezüglich, glaube ich, mit Herrn Direktor Christl Kontakt – und in der Finanzmarktaufsicht wahrscheinlich mit Herrn Vorstandsdirektor Pribil.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War das, bevor Sie diesen Fragebogen erstellt haben, nachher oder währenddessen?

**Hans-Georg Kramer:** Nein. Ich habe vorhin ausgeführt: Wir haben diese Fragen gesammelt und sind dann nach Beendigung der Sammlung dieser Fragen vor der Situation gestanden, die Fragen zu beantworten. Das heißt, der Fragenkatalog wird schon existiert haben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay. Und beide haben gesagt: Wir helfen gerne!? – Wurde das im Zusammenhang mit irgendeiner gesetzlich bestehenden Auskunftsverpflichtung diskutiert?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, kann ich mich nicht daran erinnern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** § 16 Abs. 4 BWG wurde da nicht erwähnt?

**Hans-Georg Kramer:** Nein. Ist mir nicht erinnerlich. Warum hätte das sollen?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. – Dann haben Sie das gemäilt. Hat Ihnen Herr Pribil gesagt, an wen Sie das mailen sollen – oder ... (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Okay. Ich darf Ihnen ein E-Mail vorhalten, das Sie am 30. Mai in der Früh geschickt haben (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*), wo Sie schreiben:

Anbei quasi der erste Frageentwurf; bitte durchsehen, und am Abend gibt's dazu eine Besprechung. (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Damit haben Sie also einmal einen ersten Frageentwurf ausgeschickt. (*Hans-Georg Kramer: Offensichtlich, ja!*) – Wieso haben Sie hier diese Ziele und Maßnahmen vorangestellt? (*Obmann Dr. Fichtenbauer gibt das Glockenzeichen.*)

**Hans-Georg Kramer:** In dem E-Mail steht nichts drinnen von Zielen und Maßnahmen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber im Fragebogen. Das haben Sie ja im Fragebogen vorangestellt.

**Hans-Georg Kramer:** Können Sie die Frage noch einmal wiederholen, bitte?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** (*neuerlich das Glockenzeichen gebend*): Die ÖVP ist dran.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Na, Entschuldigung: Wenn er sagt, ich soll die Frage wiederholen – gilt das schon als Antwort, oder darf ich die Frage wiederholen?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Die Zeit ist abgelaufen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber zu dem Zeitpunkt, wo ich die Frage gestellt habe, war die Zeit **nicht** vorbei!

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Da **war** die Zeit schon aus.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber geläutet haben Sie erst nachher!

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Die ÖVP ist jetzt dran. Ihre Zeit ist aus. (*Abg. Mag. Kukacka – in Richtung des Abg. Krainer –: Die SPÖ ist gestraft mit Ihnen!*)

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Fragen des Kollegen Krainer sage ich nichts; das kann jeder für sich selbst bewerten.

Die Menschen in Österreich haben sich zum damaligen Zeitpunkt ganz andere Fragen gestellt, und ich darf Ihnen Pressezitate bringen, die wiedergeben, was sich die Menschen ... (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) – Na, sehr wohl! Die Fragestellungen, die es zum damaligen Zeitpunkt gegeben hat, werden Sie mir nicht vorgeben!

So schrieb zum Beispiel „NEWS“ – ich zitiere –:

Rette sich, wer kann! Debakel ohne Ende. Milliardendebakel beschädigt den ÖGB. BAWAG im Visier der US-Kläger.

Und genau die Thematik, die wir hier behandeln – ich zitiere wiederum –:

Refco-Pleite. Geschädigte wollen Millionen von BAWAG.

Das nächste Zitat:

BAWAG-P.S.K muss sich für Milliardenverluste aus früheren Karibik-Deals rechtsfertigen.

Weiters:

Spekulationen mit Hedgefonds – das stammt aus dem „FORMAT“ –: Im Jahr 1994 managte der Junior – da ist Herr Flöttl gemeint – sogar ein Volumen von 24 Milliarden Schilling für die BAWAG ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Herr Kollege, ich bitte Sie, eine Frage zu stellen. Es gibt den Beweisbeschluss...

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Ja, das mache ich gerne, Herr Vorsitzender. Aber genau um diese Thematik geht es, und diese werde ich auch ausführen.

In diesem Zusammenhang ist es um die Stiftungen und Ähnliches gegangen. Es hat ja eine massive Haftung der Republik Österreich in Bezug auf die Übernahme der P.S.K.-Bank durch die BAWAG gegeben – soweit mir das erinnerlich ist, in der Größenordnung von mehr als 5 Milliarden € –, die aufgrund der Forderungen, die von amerikanischer Seite gegen die BAWAG erfolgt sind – und das war ja in Milliardendimension –, durchaus schlagend werden hätte können.

Daher stellt sich für mich die Frage: Wer hat in Österreich dafür Sorge getragen, dass dieser Mega-GAU für die Republik nicht zustande gekommen ist? Wer war da in diesem Zusammenhang zuständig? Wer hat da entsprechende Maßnahmen gesetzt, dass es zu dieser Katastrophe nicht gekommen ist? – Herr Kollege Kogler hat mich ja darauf verwiesen, dass wir im Unterausschuss bereits viele Dinge diskutiert haben. So manche der Herrschaften, die auch heute in diesem Ausschuss sitzen, haben zum damaligen Zeitpunkt noch die schützenden Hände über Personen gehalten, die heute auf der Anklagebank sitzen.

Meine Frage lautet: Wie wurde und wer hat seitens der Behörden dafür Sorge getragen, dass es zu Aufklärung gekommen ist über das gesamte Netzwerk – soweit mir bekannt ist, hat es ja über 60 Stiftungen gegeben an Stellen, die eher an Urlaubsinseln erinnern – Jersey, Virgin Islands und Ähnliches –, mit Kreditlinien in Größenordnungen von 92 Millionen €, 78 Millionen €, wo, soweit aus Presseberichten bekannt ist, ja nur Briefkästen wiederzufinden sind.

Daher ist es für mich nur verständlich, dass man sich hier Sorgen gemacht hat und entsprechend umfassende Recherchen beauftragt hat, um diese Fragen zu beantworten.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, um die Frage „Wer hat Sorge getragen für die Aufklärung?“ zu beantworten: Ich glaube, dass man es auf einzelne Personen sicherlich nicht personifizieren kann, sondern, wie wir auch von der Historie betrachtet sehen, ist das ganze Aufbrechen ja auch sukzessive geschehen, und es war ein Step-by-Step. Und genauso ist die, wenn Sie so wollen, Rettung des Unternehmens BAWAG-P.S.K. Schritt für Schritt vorangegangen, und der Umfang an Personen und Institutionen, die sich um die Erhaltung des Instituts bemüht haben, ist mit Fortschreiten der Zeit und mit der Größe des Schadensereignisses immer größer geworden, und zum Schluss waren es sogar heimische Banken und

Versicherungsunternehmen, die sich an der Rettung des Unternehmens beteiligt haben, bis es schlussendlich auch hier im Parlament zum Beschluss des BAWAG-Sicherungsgesetzes gekommen ist.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Waren diese Haftungsthematiken, die ja nicht nur die 1,3 Millionen Sparer betroffen haben, sondern die gesamte Republik, auch mit ein Grund, warum es zwischen dem Finanzministerium und der FMA so intensive Kontakte gegeben hat?

**Hans-Georg Kramer:** Die intensiven Kontakte zwischen dem Finanzministerium und der Finanzmarktaufsicht resultieren unter anderem auch aus der von Ihnen angesprochenen Haftung. Die P.S.K. wurde ja verkauft, und mit dem P.S.K.-Gesetz, § 1 Abs. 2, hat die Republik Österreich gegenüber der BAWAG-P.S.K. eine Ausfallhaftung übernommen. Diese Ausfallhaftung hat Ende 2006 ungefähr 5,5 Milliarden € betragen.

Im Zusammenhang mit der Ausfallhaftung der Republik Österreich hat sich die Finanzmarktaufsicht gegenüber dem Finanzministerium dazu verpflichtet, sämtliche relevanten und behördemäßigen Informationen in diesem Zusammenhang dem Finanzministerium umgehend mitzuteilen, weil es natürlich aus finanzmarktpolitischer und stabilitätsorientierter Sicht ein wesentliches Asset in unseren Verbindlichkeiten war, dass, wenn diese Haftung schlagend geworden wäre, die Republik Österreich schon alleine aus diesem Titel sofort 5,5 Milliarden € hätte bezahlen müssen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Meine Frage an Sie: Ist es aus Ihrer Sicht nicht eine Verpflichtung des Ministeriums, des Kabinetts, wenn strafrechtlich relevante Tatbestände im Raum stehen, seitens des Ministeriums eine umfassende Prüfung einzuleiten und die Risiken in diesem Zusammenhang abzuschätzen?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, soweit mir das erinnerlich war, hat es nach den Versuchen der Finanzmarktaufsicht, Licht ins Dunkel zu bringen – wenn ich das hier so formulieren darf –, einen schriftlichen Prüfauftrag nach § 16 FMABG gegeben, eben aufgrund der massiven Hinweise, die gekommen sind, dass strafrechtlich relevante Tatbestände gesetzt worden sind.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Danke. Momentan keine weiteren Fragen.

**Abgeordnete Dr. Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Herr Magister! Leider ist Kollege Krainer jetzt nicht da. Ich verstehe, dass es ihm wehtut, wenn er lesen muss: SPÖ keine Wirtschaftskompetenz!, und: BZÖ und ÖVP retten die BAWAG!, aber die Wahrheit ist manchmal etwas schwer zu ertragen.

Jetzt zu meinen Fragen an Sie, Herr Magister: Würden Sie sagen, dass es zu Ihrem Arbeitsalltag gehört, Fragen speziell in dieser Situation vorzubereiten, wie Sie das in diesem Fall getan haben, um den Minister entsprechend vorzubereiten für den Rechnungshof-Unterausschuss, dass er dann kompetent auftritt?

Teilen Sie auch meine Meinung, dass es fahrlässig wäre, wenn ein Minister das nicht tun würde, nämlich sich ordentlich vorzubereiten, um gerade in so einer diffizilen Causa wirklich gut informiert in diesen Ausschuss zu gehen?

Und noch etwas – eine persönliche Frage –: Haben Sie irgendein Strafverfahren anhängig? War eines anhängig? Wie schaut die aktuelle Situation derzeit in Ihrem Umfeld aus?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Wobei die letztgenannte Frage beantwortet werden mag oder auch nicht. Das greift in die Grundrechte ein.

**Hans-Georg Kramer:** Ich weise darauf hin, dass die letzte Frage **nicht** Gegenstand des Beweismittelantrages ist, aber ich beantworte die Frage trotzdem: Nein, gegen mich ist kein Strafverfahren anhängig. Es war auch gegen mich noch nie ein Strafverfahren anhängig – und es wird auch nie ein Strafverfahren anhängig werden.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Nun, das können Sie nicht sagen: Wenn Sie jetzt mit dem Auto fahren, und es rennt Ihnen jemand hinein, dann haben Sie unter Garantie ein Strafverfahren! Das kann ich Ihnen jetzt schon ...

**Hans-Georg Kramer:** Aber ich kann es mir zumindest vornehmen, oder? (Abg. *Hornek: Man kann ja Ziele haben!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Das Ziel ist völlig in Ordnung – ich glaube, das hat jeder hier herinnen.

**Hans-Georg Kramer:** Zur ersten Frage: Ja, es ist durchaus üblich, solche Fragen vorzubereiten, und es wäre – ich würde es so formulieren – sicherlich unklug, unvorbereitet in so eine Diskussion einzutreten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben ja da heftig partizipiert an dem E-Mail-Verkehr. – Ist der bei Ihnen abgespeichert worden? (*Hans-Georg Kramer: Selbstverständlich!*) – Können Sie diesem Ausschuss hier erklären, warum diese Unterlagen dem seinerzeitigen Banken-Untersuchungsausschuss nicht übermittelt wurden?

**Hans-Georg Kramer:** Selbstverständlich. Herr Abgeordneter, im letzten Banken-Untersuchungsausschuss hat es einen Beweismittelantrag gegeben. Dieser Beweismittelantrag wurde vom Bundesministerium für Finanzen auf Punkt und Beistrich erfüllt.

Es hat ja auch – wenn ich das ergänzen darf – eine Vollständigkeitserklärung des Finanzministeriums diesbezüglich gegeben. Und dieses E-Mail – um gleich Ihre Anschlussfrage zu beantworten – ist deshalb nicht übermittelt worden, weil es eben **nicht** Gegenstand des Beweismittelantrages war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie Ihr vorher geäußertes Ziel relativ rasch verfehlt werden.

Wenn der Banken-Untersuchungsausschuss **alle Akten und Unterlagen** im Zusammenhang mit den Vorgängen rund um die BAWAG ab einem bestimmten Zeitpunkt bis zur Gegenwart anfordert – und die Gegenwart hat im November 2006 natürlich dann dazu geführt, dass die Vorgänge, die im Frühjahr 2006 stattgefunden haben, selbstverständlich umfasst waren –, wollen Sie dann behaupten, dass dieser E-Mail-Verkehr dem Begriff „Unterlagen“ nicht entspricht?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter! Der Beweismittelantrag im Banken-Untersuchungsausschuss im letzten Jahr war nicht so formuliert, wie Sie ihn jetzt sinngemäß wiedergegeben haben, und ich erinnere an meine Befragung letztes Jahr im Banken-Untersuchungsausschuss, wo mich der Vorsitzende Dr. Graf mit derselben Frage konfrontiert hat wie Sie und ich im Anschluss daran aus dem Beweismittelantrag zitiert habe, wo sich genau diese Formulierung, wie Sie sie jetzt getroffen haben, **nicht** wiederfindet.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Da müssten wir auf die Urkunde ...

**Hans-Georg Kramer:** Ich hätte den Beweismittelantrag mit.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Na, das werden wir dann tatsächlich noch klären. Wir schreiten aber zwischenzeitlich fort.

Wer war verantwortlich für die Übermittlung der Akten vom Finanzministerium an den Banken-Untersuchungsausschuss?

**Hans-Georg Kramer:** Verantwortlich war die zuständige Abteilung bei uns im Haus. Das war der Abteilungsleiter Mag. Wallner.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Waren Sie in irgendeiner Form damit betraut? (**Hans-Georg Kramer:** Betraut?) – Oder eingeschaltet.

**Hans-Georg Kramer:** Eingeschaltet, jawohl. Ich war natürlich eingeschaltet, denn ich war im Kabinett für den Banken-Untersuchungsausschuss – unter Anführungszeichen – „zuständig“.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zum Fragenkatalog: Sie haben vorhin auf die Fragen und Vorhalte des Kollegen Krainer geantwortet, mehrmals geantwortet – er hat ja auch mehrmals gefragt –, dass kein Zusammenhang zwischen den sogenannten Zielen – also „keine Verfehlungen der Behörden“ et cetera –, den Fragen und den Maßnahmen bestünde.

Wie erklären Sie dem Ausschuss, dass dieser sogenannte Fragenkatalog in seiner fünfseitigen Version eben Ziele, Maßnahmen und Fragen beinhaltet hat und dass sich aber genau diese Ziele – „keine Verfehlungen der Behörden“, „Netzwerk der SPÖ verantwortlich ...“ – und dann zweitens Maßnahmen – und jetzt kommt das aus meiner Sicht schon Delikate: „Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen“ –, dass sich genau diese Formulierungen als Hauptüberschriften und Zwischenüberschriften in dem Dossier, das Sie dann für den Finanzminister mit vorbereitet haben, 1 : 1 wiederfinden? Wie erklären Sie das?

**Hans-Georg Kramer:** Ich erkläre mir das insofern, als das nur Ausdruck der Strukturierung der Fragen nach Themenblöcken ist, wie ich es vorher auch zu beantworten versucht habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** „Ausdruck der Strukturierung“? – Welcher Struktur entspricht es dem Verständnis in Ihrem Haus, dass die Notenbank, die Österreichische Nationalbank, eine der unabhängigesten Institutionen – und zwar per Verfassung und Gesetzeslage und per politischem Verständnis hier in Österreich eine der unabhängigesten Institutionen –, mit Fragen und Maßnahmen konfrontiert wird, die da lauten: „Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen“?

Erklären Sie das dem Ausschuss, bitte.

**Hans-Georg Kramer:** Können Sie Ihre Frage bitte noch einmal wiederholen? Ich habe Sie nicht ganz verstanden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie schreiben unter anderem an die Notenbank – und für die Notenbank war ja genau dieses Kapitel 2 zur Beantwortung vorgesehen –: „2b. Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen“.

Wie kommen Ihr Haus, das Kabinett und eben auch Sie auf die Idee, dass man die Notenbank mit einem derartigen Anliegen konfrontiert, dass Personenbeziehungen darzustellen seien?

**Hans-Georg Kramer:** Wir haben nie die Notenbank damit konfrontiert, Personen zu identifizieren.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Entschuldigen Sie, soll ich Ihnen das noch vorhalten?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter Kogler, ich habe vorhin unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die **Fragen** in diesem Fragenkatalog das Wichtigste waren, und ich weise wirklich auf das Schärfste zurück, dass wir die Finanzmarktaufsicht und/oder die Notenbank beauftragt hätten, irgendjemanden zu identifizieren.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** So, ich halte Ihnen jetzt wirklich Ihr eigenes E-Mail vor, das von Ihrem Account weggegangen ist: Sowohl unter „Maßnahmen“ findet sich unter „2b.“ „Personen identifizieren“, und auch bei den Fragen – entgegen Ihren jetzigen Ausführungen –, „2b.“, noch einmal: „Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen“, „Wer war im Aufsichtsrat ...?“, „Welche Personen sind als Eigentümervertreter ... gesessen?“, und so weiter. – Das ist ja eindeutig, was von dort weggegangen ist. Aber vielleicht wollen Sie sich das noch einmal zu Gemüte führen?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe es da vor mir liegen. Danke. (*Abg. Mag. Kogler: Bitte?*) – Es liegt da vor mir. Ich habe das vom Herrn Abgeordneten Krainer vorhin bekommen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben das noch? – Ja.

Die Frage – noch einmal – ist gewesen: Wie kommt das Bundesministerium für Finanzen dazu, eine unabhängige Institution wie die Notenbank dazu aufzufordern, Personen zu identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ ... (*Zwischenruf des Abg. Hornek.*)

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Zur Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender: Könnten Sie bitte dem Herrn Kollegen von der ÖVP sagen, er möge nicht die gesamte Befragung durch unflätige Zwischenrufe behindern?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Wenn Unflätigkeiten vorliegt, wäre ich leider gezwungen, einen Ordnungsruf zu erteilen. Welcher Zwischenruf wurde getätig? Ich habe ihn leider nicht gehört. (*Abg. Hornek: Was war das für ein Zwischenruf? Was war das Problem?*) Ich weiß es nicht. Ich habe das nicht gehört.

Ich würde allgemein bitten – diesen Anspruch hat jede Fraktion, jede Fraktion gegenüber allen anderen Fraktionen –, die Arbeit hier ungestört vorstatten gehen zu lassen. Unsachliche Zwischenrufe sind allgemein etwas, was nicht comme il faut ist.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Kogler, weiterzufragen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Kramer, ist es dem Stand der Auffassung des Kabinetts des Bundesministers für Finanzen des Frühjahrs 2006 so gewesen, dass es im Aufgabengebiet der Notenbank liegt, Personen zu identifizieren und Verbindungen BAWAG/ÖGB/SPÖ darzustellen?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, ich beantworte Ihnen die Frage noch einmal: Wir haben die OeNB genauso wie die Finanzmarktaufsicht ersucht und gefragt, ob sie uns bei der Beantwortung von möglichen potentiellen Fragen behilflich sein wird. (*Abg. Krainer: Ist das ein Pluralis Majestatis, weil Sie sagen „wir“?*)

Ich kann sagen: **Auch ich** habe sie gefragt!

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Bitte, nicht unterbrechen! – Bitte sprechen Sie weiter! (*Hans-Georg Kramer: Ich möchte nur darauf hinweisen ...!*)

Ich habe es so verstanden, dass es ein Teamwork gewesen ist. Ich stoße mich an dem Begriff „wir“ nicht.

**Hans-Georg Kramer:** Danke, Herr Vorsitzender! – Das Team hat entschieden. Und das Team hat die OeNB und die FMA gefragt, ob sie uns bei der Beantwortung dieser Fragen behilflich sein könnten. Und die FMA und die OeNB haben sich dazu bereit erklärt.

Ich sage Ihnen hier ganz offen – und ich habe Ihnen das auch schon voriges Jahr gesagt -: Wir waren für diese Hilfe auch sehr dankbar!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben das vor sich liegen. – Bezug habend auf das Zitat 2b: „Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG/ÖGB/SPÖ darstellen“, ist das keine Frage, sondern eine **Anweisung**.

Das war, sagen Sie, in den Vorbesprechungen mit den genannten Personen so. Wie kommt diese Gesprächsrunde dazu, zur Auffassung zu gelangen, dass die Notenbank für derartige Dinge zuständig ist, nämlich Personen zu identifizieren?

**Hans-Georg Kramer:** Ich sage Ihnen, Herr Abgeordneter, das noch einmal in aller Deutlichkeit und in aller Klarheit: Es hat diesbezüglich **keine** Anweisungen gegeben!

Ich wiederhole mich: Wir haben in dieser Besprechung unmissverständlich und klar zum Ausdruck gebracht, dass die Fragen so kurz wie möglich und so sachlich wie möglich zu beantworten sind und dass es da überhaupt keine politischen Wertungen geben darf, weil uns von vornherein völlig klar war, wie sensibel und hochbrisant das ist. Gott sei Dank haben wir es so gemacht.

Nochmals: Es hat **keine** Anweisungen gegeben!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das war gar nicht die Frage.

**Hans-Georg Kramer:** Selbstverständlich war das Ihre Frage!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Frage war, warum sich das in diesem Schriftstück so findet, dass hier Personen identifiziert werden sollen, und zwar in einer Aussage- und Aufforderungsform und nicht einmal in einer Frageform. – Aber lassen wir das, dieser Disput ist jetzt ohnehin bei Protokoll.

Zu etwas anderem: Sie als Koordinator des Zustandekommens und des Zusammenstellens dieses Fragebogens bekommen am 1. Juni eine vorläufige Endversion, aus Sicht der Finanzmarktaufsicht eine Endversion der Beantwortung dieses sogenannten Fragenkataloges. Dort heißt es in der FMA-Version – und ich bringe jetzt ein wörtliches Zitat; wenn Sie wollen, können wir es Ihnen auch vorlegen, damit Sie hier das genügende Vertrauen aufbringen –:

Aus den vergangenen Staatskommissärsberichten ergibt sich, dass diese Veranlagungen auch beträchtliche Volumen erreicht haben müssen. Ohne zu weit in den Was-wäre-wenn-Bereich abzuleiten, muss man jedoch festhalten, dass die über Jahrzehnte andauernden Vertuschungshandlungen durch laufende On-Site-Kontrolle zwar nicht hundertprozentig verhindert hätten werden können –

und jetzt kommt's! –,

so aber zumindest erheblich erschwert und damit in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen hätte sein können. – Zitatende.

Ist Ihnen in Erinnerung, wie Sie mit diesen Formulierungen dann noch umgegangen sind?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, ist mir nicht erinnerlich. Mir ist auch dieses E-Mail nicht erinnerlich. Wenn ich Sie ersuchen darf, vielleicht können Sie es mir kurz zeigen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann zeigen wir Ihnen das ganze Attachment. Das war nämlich der Bericht, den Sie so vom damaligen Vorstandsassistenten Klinger bekommen haben, unter dieser Chiffre.

**Hans-Georg Kramer:** Das war das letzte E-Mail. (*Zwischenruf des Abg. Krainer. – Gegenruf: Ein unflätiger Zwischenruf des Kollegen Krainer.*)

Der Kollege Krainer hat nur aus einem E-Mail zitiert.

(*Abg. Krainer: Ich habe nur der Auskunftsperson geholfen, sich zu erinnern, was der Kollege Kogler meint!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Der Herr Kramer kriegt jetzt die Passage aus dem Attachment, Bezug habend auf das E-Mail „Adelheid, es ist so weit!“. 1. Juni 2006.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*)

Dieses Konvolut ist doch an Sie gegangen? Ist das richtig?

**Hans-Georg Kramer:** Das kann schon sein, ja. Wenn es der Datei-Anhang aus dem E-Mail „Adelheid, es ist so weit!“, wie es der Kollege Krainer formuliert hat, ist, dann ist dieses E-Mail an mich gegangen. Jawohl!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie sind Sie mit diesem Dokument umgegangen?

**Hans-Georg Kramer:** Dieses Dokument wurde, so wie die Beantwortung der Nationalbank, im Haus, in der Abteilung I/4 zusammengefasst ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Welche Abteilung? Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

**Hans-Georg Kramer:** I/4. – So ist damit umgegangen worden!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie an diesem Text in der Folge noch etwas verändert?

**Hans-Georg Kramer:** Ich kann mich konkret nicht mehr daran erinnern, aber ich würde sagen: ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Können Sie sich erinnern, in welchen Bereichen Sie Veränderungen vorgenommen haben?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, tut mir leid, wirklich nicht, beim besten Willen nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** In welche Tendenz ist Ihre Veränderung gegangen?

**Hans-Georg Kramer:** Tut mir leid, ich kann Ihnen diese Frage wirklich nicht beantworten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich halte Ihnen jetzt etwas vor, denn das gehört hier dazu, sonst wird das nachher noch länger werden, nämlich die Endversion, wie sie aus Ihrem Haus dann vorgelegen hat, genau zur selben Bezug habenden Stelle, Seite 34 des Dokuments an den Herrn Bundesminister. Sie werden das jetzt gleich bekommen.

Ich zitiere:

Warum davor keine Prüfungen stattgefunden haben, kann ich aus heutiger Sicht nicht klar beantworten. Einerseits lagen keine Indizien vor, die eine sofortige Prüfungspflicht notwendig erscheinen ließen, andererseits waren die Prüfungskapazitäten der OeNB in dringenden Fällen gebunden. – Zitatende.

Das heißt, der ganze Absatz, den ich Ihnen vorhin vorgelesen habe, der Ihnen auch einsichtig war, ist verschwunden und durch eine ganz andere Passage ersetzt worden.

Jetzt lautet die Frage: Warum ist genau die Formulierung, dass die über Jahrzehnte andauernden Vertuschungshandlungen durch laufende On-Site-Kontrolle zwar nicht hundertprozentig verhindert hätten werden können, so aber zumindest erheblich erschwert und damit in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen hätten sein können, aus dem Bericht verschwunden?

**Hans-Georg Kramer:** Ich kann Ihnen diese Frage beim besten Willen nicht beantworten, weil ich es nicht mehr weiß. Ich kann Ihnen nicht einmal sagen, ob ich dafür verantwortlich war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie gehen davon aus, dass Sie damit etwas zu tun hatten, entnehme ich Ihrer Antwort.

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe Ihnen gerade vorhin gesagt, ich glaube mit an 100 Prozent grenzender Wahrscheinlichkeit, dass ich auch Änderungen vorgenommen habe. Aber es haben auch Mag. Lejsek und Mitarbeiter von ihm Änderungen im Text vorgenommen, und wer welche Änderungen vorgenommen hat, ist für mich nicht mehr nachvollziehbar. Tut mir leid, kann ich Ihnen nicht beantworten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Deshalb wird es auch ganz wichtig sein, dass wir alle noch verfügbaren elektronischen Nachzeichnungen dieses Vorganges als Beweismittel zur Verfügung haben.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Kramer, ich wollte Sie ganz kurz zum Einstieg fragen: Können Sie dem Ausschuss sagen, was Sie in der Zeit zwischen 2003 und 2007 gemacht haben – und was Sie heute beruflich machen?

**Hans-Georg Kramer:** Ich war in der Zeit von 2003 bis 2007 im Kabinett von Bundesminister Grasser für finanz- und kapitalmarktrelevante Themen zuständig, habe den Themenbereich „Internationale Beteiligungen und Finanzinstitutionen“ und E-Government abgedeckt. Ich bin nach dem Regierungswechsel in das Kabinett vom Vizekanzler Molterer gekommen und bin dort für Budget-Controlling, Personal-Controlling und Finanzausgleich befasst.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Können Sie mir sagen, welchen Status Sie in der Zeit, als Sie im Ministerium Grasser gearbeitet haben, hatten? Waren Sie da Beamter? (**Hans-Georg Kramer: Nein!**) – Was waren Sie dort? (**Hans-Georg Kramer: Leiharbeiter!**) – Was heißt das konkret? (**Hans-Georg Kramer: Angestellter!**)

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wer hat Sie bezahlt? Wer hat Ihr Gehalt bezahlt?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter ... (**Abg. Mag. Kukacka: Ist das wichtig für den Beweisgegenstand?**)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Diese Fragen sind bei jeder Auskunftsperson zugelassen worden. Das sind allgemeine Fragen zur Dienststellung, und das würde ich bitten, zu beantworten.

**Hans-Georg Kramer:** Mein Gehalt wird mir bezahlt von meinem Dienstgeber.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wer ist dieser Dienstgeber gewesen im Zeitraum, wo sie im Kabinett Grasser waren? Wer hat Sie damals monatlich für Ihre Leistungen bezahlt?

**Hans-Georg Kramer:** Noch einmal: mein Dienstgeber.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wer war der Dienstgeber?

**Hans-Georg Kramer:** Die Firma, wo ich angestellt bin.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Welche Firma war das und ist das?

**Hans-Georg Kramer:** Ich mache Sie darauf aufmerksam: Das ist erstens nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses, ist auch nicht gedeckt vom Beweismittelantrag – und ich wüsste überhaupt nicht, was das jetzt soll. Wollen Sie vielleicht von mir auch noch wissen, wieviel ich verdiene?

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Natürlich ist das relevant, denn es geht um Machtmissbrauch, und wir wollen die Zusammenhänge – wie auch bei anderen Einzuvernehmenden – hier ermitteln.

Deshalb frage ich Sie noch einmal, wer Ihr damaliger Arbeitgeber war und wer Ihr Gehalt bezahlt hat.

**Hans-Georg Kramer:** Mein Arbeitgeber war die Firma Manpower – damit Sie zufrieden sind.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Die Firma Manpower mit Sitz wo?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, bei allem gebührenden Respekt: Ich weiß nicht, wo die Firma Manpower ihren Sitz hat! Rufen Sie dort an! Schauen Sie im Telefonbuch nach! – Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Das heißt, Sie werden von jemandem monatlich bezahlt, und Sie wissen nicht einmal, wo der Sitz dieser Firma ist? Ist das richtig?

**Hans-Georg Kramer:** Es gibt in Wien eine Filiale, soviel ich weiß. Wo der Hauptsitz dieser Firma ist, ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Das wirft ein gutes Sittenbild auf die gesamte Situation.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, das weise ich auf das Entschiedenste zurück! Diese Unterstellung lasse ich mir von Ihnen **überhaupt nicht** gefallen!

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Sie haben hier überhaupt nichts zurückzuweisen, wenn ich eine ganz normale Frage an Sie richte! (Abg. Mag. Kukacka: *Wir haben hier keinen Angeklagten, sondern eine Auskunftsperson!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich bitte um Ruhe! Bitte, keine Streitereien! – Das hat mit „Angeklagtem“ nichts zu tun.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ich würde sagen, der Herr Mag. Kukacka soll sich als Vertrauensanwalt vom Herrn Kramer zu ihm setzen.

(Die Auskunftsperson wendet sich an den Verfahrensanwalt.)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Der Herr Kramer berät sich jetzt mit dem Verfahrensanwalt, und wir werden dann hören, was die Meinung des Herrn Verfahrensanwaltes ist.

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Ich schlage vor, diese Fragen nicht zu stellen, weil sie die Privatsphäre betreffen. Weder der Untersuchungsauftrag des Nationalrates noch der Beweisbeschluss erfasst diese spezifischen Fragen. Wir haben das schon bei einem Zeugen gehabt, diese spezifischen Fragen der Besoldung von Mitarbeitern von Kabinetten. Das ist **nicht** Gegenstand des Untersuchungsauftrages!

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Das ist jetzt eine Geschäftsordnungsfrage. Ich schlage vor, die Öffentlichkeit auszuschließen. Wer stimmt dafür? (Abg. Mag. Kukacka: *Es wird so lange abgestimmt, bis es passt!*)

Der Abstimmungsvorgang ist nicht eine Sache von einer Sekunde. Ich bestimme, wann der Abstimmungsvorgang beginnt und wann er beendet ist. (*Abg. Mag. Kukacka: Seit wann ist die Mehrheit für Geheimhaltung und Vertraulichkeit und Ausschluss der Öffentlichkeit?*)

Ich frage, ob jetzt die Öffentlichkeit bei einer Geschäftsordnungsdebatte auszuschließen ist oder nicht. (*Abg. Mag. Kukacka: Es gibt keine Geschäftsordnungsdebatte!*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Bei der Geschäftsordnungsdebatte ist es meiner Meinung nach automatisch der Fall. Da brauchen wir nicht darüber abzustimmen. (*Abg. Mag. Kukacka: Es gibt keine Geschäftsordnungsdebatte!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich verfüge als Vorsitzender, dass in Angelegenheiten der Geschäftsordnung, nämlich, ob eine Frage zuzulassen ist oder nicht, die Öffentlichkeit auszuschließen ist oder nicht.

Noch einmal: Wer ist für den Ausschluss der Öffentlichkeit?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein! Wenn Sie eine Geschäftsordnungsdebatte durchführen lassen ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** ... dann ist die Öffentlichkeit automatisch ausgeschlossen. Dann brauchen wir nicht abzustimmen. (*Zwischenruf eines ÖVP-Klubmitarbeiters.*) – Ich brauche keine Interventionen von Klubmitarbeitern! (*Abg. Mag. Kukacka: Die Verfahrensordnung ist einzuhalten!*)

Ich bitte die Medienvertreter, den Sitzungssaal zu verlassen. (*Die Journalisten begeben sich aus dem Sitzungssaal.*)

Herr Kramer, ich bitte Sie ebenfalls, kurz hinauszugehen. (*Die Auskunftsperson Hans-Georg Kramer verlässt ebenfalls den Sitzungssaal.*)

\*\*\*\*\*

Der Obmann leitet nun zur nichtöffentlichen Sitzung über.

\*\*\*\*\*

(*Fortsetzung: 14.36 Uhr bis 15.18 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.*)

\*\*\*\*\*

15.19

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer** leitet – um 15.19 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die Auskunftsperson **Hans-Georg Kramer** neuerlich in den Saal zu bitten.

(*Die Auskunftsperson Hans-Georg Kramer wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion wieder in den Sitzungssaal geleitet.*)

Zum Zwecke der weiteren Befragung der Auskunftsperson erteilt der Obmann Abg. Neubauer das Wort.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Kramer! Um das auszuräumen, möchte ich Ihnen nur sagen, mit dem Ausdruck „Sittenbild“ habe ich

dezidiert nicht Sie persönlich, nicht Sie ad personam gemeint. Das möchte ich klarstellen.

Ich darf Sie fragen, ob Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit in dieser Zeit, 200 bis 2007, auch Kenntnis von einer Stiftung in Liechtenstein hatten, die das BIA und auch die FMA beschäftigte.

**Hans-Georg Kramer:** Nein, ich hatte keine Kenntnis von einer Stiftung. Meinen Sie eine Stiftung im Zusammenhang mit der BAWAG? (*Abg. Neubauer: Ja!*) – Als dann die Untersuchungen zur Aufarbeitung der Causa BAWAG begonnen haben, sind mir Informationen zugekommen über Stiftungen im Ausland. Zu diesem Zeitpunkt – der Korrektheit halber – habe ich natürlich dann Kenntnis über diese Stiftungen erlangt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ist Ihnen die Frage der Stiftung in Liechtenstein wegen Geldflüssen BAWAG – SPÖ bekannt gewesen, beziehungsweise hatten Sie vom Zweck der Stiftung in Liechtenstein Kenntnis? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – In welcher Form ist Ihnen dann diese Stiftung in Ihrer Arbeit bekannt geworden?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, ich bitte um Verständnis: Es sind im Zuge der Aufarbeitungen dieses Themenkomplexes Stiftungen, Offshore-Gesellschaften et cetera, ich glaube, 60 Stiftungen und Offshore-Gesellschaften ans Tageslicht gekommen. Also ich kann mich nicht an jede einzelne erinnern. Ich habe sämtliche Prüfungsergebnisse bekommen, und ab diesem Zeitpunkt werde ich Kenntnis über diese Stiftungen gehabt haben. Aber dass da irgendwelche Finanzierungen über irgendetwas inhaltlich gelaufen sind, diese Kenntnis hatte ich nicht.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Das heißt also, die Stiftung, die ich meine, in Liechtenstein, wo das BIA entsprechende Beamte hingeschickt hat, um Ermittlungen vorzunehmen, die nach Auskunft anderer Auskunftspersonen zum Zweck hatte, Firmen des Herrn Schlaff zu finanzieren, ist Ihnen nicht näher bekannt? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Haben Sie Kenntnis davon, wer die Abfrage der SPÖ-Kredite in Auftrag gegeben hat? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Haben Sie eine Wahrnehmung, wer die Staatsanwaltschaft beauftragt hat, das BIA mit den Ermittlungen in der Sache BAWAG – SPÖ zu beauftragen?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, habe ich nicht, aber das wird im Zuge einer Strafanzeige erfolgt sein, nehme ich an. Oder haben sie die Untersuchungen von sich aus aufgenommen? Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Also Sie haben vom Kabinett her keine Wahrnehmung, dass der Bundesminister oder der Kabinettschef da vielleicht eine Anweisung gegeben hat auf Grund von Verdachtsmomenten, die Staatsanwaltschaft davon in Kenntnis zu setzen? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*)

Ich darf noch einmal zurückkommen auf die Besprechung, die stattgefunden hat am 30.5. Sie haben schon gesagt, wer anwesend war. – Können Sie uns noch einmal sagen, ob Bundesminister Grasser Sie oder andere Mitarbeiter angewiesen hat, in einem gewissen Zeitraum entsprechende Ergebnisse vorzulegen?

**Hans-Georg Kramer:** Ergebnisse in Bezug auf was?

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Einerseits in Bezug auf Fragebogen und andererseits auf Ergebnisse im Sinne, zu erkunden, welche Ermittlungsergebnisse BIA, Staatsanwaltschaft oder andere Behörden wie Bundeskriminalamt haben.

**Hans-Georg Kramer:** Bezuglich des ersten Teils Ihrer Frage: Es war selbstredend – wenn ich das so formulieren darf –, dass diese Vorbereitung für den Rechnungshof-Unterausschuss in dementsprechend kurzer Art und Weise fertiggestellt sein muss,

weil ja, ich glaube, am 6.6., der Termin des damaligen Finanzministers im Rechnungshof-Unterausschuss war. Das heißt, die Erwartungshaltung von ihm war selbstredend, wenn ich das so sagen darf.

Bezüglich des zweiten Teils Ihrer Frage: Ich wurde nie beauftragt oder ersucht, diesbezügliche Informationen einzuholen oder Erkundungen durchzuführen. Ich hatte auch selbst mit diesen von Ihnen erwähnten Institutionen keinen Kontakt, und wir sind auch – soweit mir das bekannt ist – weder von der Staatsanwaltschaft noch vom Bundeskriminalamt diesbezüglich kontaktiert worden. Wir haben auch dorthin keine Unterlagen geschickt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Die Fragestellungen des Fragebogens: Haben die Sie alleine ausgearbeitet mit einem Mitarbeiter, wie sich das bei der Niederschrift ergeben hat – oder hat sich das anders ergeben?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, die Fragen im Fragenkatalog sind ein Spiegelbild der Fragen zum Großteil, wie sie zum damaligen Zeitpunkt über eine Periode von mehreren Wochen und Monaten gestellt wurden. Das sind Fragen zum Teil, die wir wahrscheinlich so formuliert haben, es sind aber auch sehr viele Fragen dabei, die im Rahmen des parlamentarischen Geschehens gestellt worden sind, die ...

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Entschuldigung, ich glaube, da herrscht ein Missverständnis vor. Ich wollte Sie fragen, wer letztendlich die Hauptinitiatoren für die **Frage-Erstellung** waren, nicht, welche Fragen. Sie haben daran gearbeitet (**Hans-Georg Kramer: Ja!**) – Und wer noch?

**Hans-Georg Kramer:** Kollege Lejsek und Kollege Wallner.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Es geht aus diesem „profil“-Artikel hervor, dass offenbar – zumindest nach Ansicht der Journalisten – ganz bewusst belastendes Material gegen die SPÖ gesammelt werden sollte. – Haben Sie da irgendeine Wahrnehmung dazu, dass das zutrifft?

**Hans-Georg Kramer:** Für meine Person kann ich das dezidiert hundertprozentig ausschließen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Hat der Kabinettschef Ihnen gegenüber in dieser Richtung irgendetwas erörtert?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, niemals! Nie!

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Auch andere Mitarbeiter nicht? (**Hans-Georg Kramer: Nein!**) – Können Sie mir sagen, wer zum damaligen Zeitpunkt Pressesprecher im Kabinett war?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, das war Kollege Manfred Lepuschitz.

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Bevor wir weitergehen: Wir haben bezüglich des Mag. Christl eine **massive** Verspätung. Er muss sich dienstlich ab 17 Uhr entschuldigen. Wir müssen daher zu einer Lösung der Situation kommen, und die schaut meines Erachtens folgendermaßen aus:

Am 18.6. wäre für 12.30 Uhr Dr. Michael Klackl geladen. Der hat sich aber entschuldigt, weil er bis 30.6. auf Urlaub ist. Mein Vorschlag ist, wir stellen um, dass an Stelle des nicht erscheinenden Dr. Klackl am 18.6. Mag. Christl geladen wird und wir ihn für heute entlassen – allerdings mit der Maßgabe, dass er sehr darum ersucht, am Vormittag dranzukommen, weil er nur bis Mittag Zeit hat.

Wir haben von 10 Uhr bis 12.30 Uhr Grasser vorgesehen. Wir müssten das also umdrehen: ab 10 Uhr Christl und dann Grasser.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich würde vorschlagen, dass wir auf jeden Fall mit Grasser beginnen und dabei bleiben.

Zweitens: Nach dem Stand der Befragungen habe ich persönlich den Eindruck, dass wir die Leute, die damals für diese Großkreditabfragen verantwortlich waren, wahrscheinlich dringender brauchen als den Herrn Christl. Und das könnte sein – aber ich würde vorschlagen, dass wir das wirklich in einer kleinen Fraktionsführerrunde besprechen – der Herr Träßler, das könnte aber auch wer anderer sein.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Dann **unterbreche** ich die Sitzung zur Abhaltung einer Fraktionsführerbesprechung.

(*Die medienöffentliche Sitzung wird um 15.31 Uhr unterbrochen und um 15.34 Uhr als solche wieder aufgenommen.*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer nimmt** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und gibt bekannt, dass man sich in der Fraktionsführerbesprechung darauf geeinigt habe, die Befragung mit Herrn Kramer zügig fortzusetzen, um in der Zeitschiene zu bleiben.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP):** Herr Kramer, es hat ja eine Sachverhaltsdarstellung der Sozialdemokratischen Partei im Zusammenhang mit dem Banken-Untersuchungsausschuss gegeben. Dazu hat es Erhebungen gegeben und ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft. – Kennen Sie das Ergebnis dieses Verfahrens?

**Hans-Georg Kramer:** Soweit mir berichtet wurde, wurde dieses Verfahren eingestellt.

**Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP):** Kennen Sie auch die Begründung, warum das eingestellt wurde? (*Hans-Georg Kramer: Nein, kenne ich nicht!*) – Dann darf ich Ihnen das kurz mitteilen – und zitiere –:

Diese Aussagen der Betroffenen wurden auch dadurch bestätigt, dass den Fragebeantwortungen keine parteilichen Textstellen zu entnehmen sind. Selbst das etwas tendenziös klingende zweite Kapitel „Netzwerk der SPÖ verantwortlich für Schaden in der BAWAG und im ÖGB“ widmet sich mit keinem Wort der Rolle der SPÖ, sondern beschränkt sich auf die Wiedergabe der Sachinformationen.

Das gilt auch für den nach den Erhebungsergebnissen in der Fragebogenaktion federführenden Hans-Georg Kramer. Bei einer Gesamtbetrachtung der vorliegenden Beweisergebnisse ergibt sich, dass die Übermittlung des inkriminierten Fragebogens parallel mit der Ankündigung und Durchführung einer Besprechung erfolgte, in deren Rahmen die Notwendigkeit einer kurzen und sachlichen Fragebeantwortung hervorgehoben wurde.

Auch den Aussagen der Adressaten kann eine Beeinflussung durch Hans-Georg Kramer nicht entnommen werden. Damit übereinstimmend ergibt sich auch aus der Fragebeantwortung kein Hinweis auf eine erfolgte parteiliche Einflussnahme. – Zitatende. (*Abg. Parnigoni: Frage?*)

Ich habe keine Frage, weil das spricht für sich. Das spricht für sich und zeigt uns, dass die zwei Stunden, ja fast schon drei Stunden der Einvernahme des Herrn Kramer überflüssig waren. (*Abg. Mag. Kogler: So ein Holler!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich gehe davon aus, dass Sie diesen Ausführungen nichts entgegenzusetzen haben.

**Hans-Georg Kramer:** Nein. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mag. Kogler. – Abg. Mag. Kukacka: Das war ein interessanter Zwischenruf, dass das ein „Pfusch“ des Staatsanwaltes ist!*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir werden ja noch genug Möglichkeiten haben, zur bemerkenswerten Arbeit des Staatsanwaltes Klackl, von der Spitzelaffäre über die Homepage-Affäre bis zum jetzt eingestellten Verfahren, ein paar sachdienliche Fragen zu stellen und werden sicherlich auch ein paar sachdienliche Antworten bekommen. Und dann schauen wir uns an, was herauskommt.

Herr Mag. Kramer! Wir haben heute Herrn Mag. Klinger befragt. Der wesentliche Punkt war – ich versuche es kurz zu machen –: Da gibt es ein Mail, das hat der Untersuchungsausschuss früher nie bekommen – Sie sind heute schon dazu befragt worden –, nämlich das Mail vom 7. Juni, wo es plötzlich eine Endversion gibt, die Endversion des Kabinetts zur Vorbereitung dieser bekannten Rechnungshof-Unterausschusssitzung.

Grundlage dieser **Endversion** war ein Antwortteil der FMA und ein Antwortteil der Nationalbank. – Sie haben ja selbst gesagt, da sind noch redaktionelle Änderungen vorgenommen worden, und mit diesen redaktionellen Änderungen möchte ich mich jetzt mit Ihrer Hilfe befassen.

Da lautet einmal eine Frage, die von der FMA beantwortet ist:

Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen, die für die dramatische Entwicklung verantwortlich sind?

Der Antwortvorschlag der FMA lautet:

Selbst der Internen Revision, die, wie wir heute wissen, über Jahre keine Prüfungstätigkeit in diesem Bereich gesetzt hat, wird eine einwandfreie und dem Gesetz entsprechende Arbeit testiert. – Zitatende.

In der Kabinettsfassung, die ja dann im Parlament verwendet wurde, verschwindet der Hinweis „über Jahre keine Prüfungstätigkeit in diesem Bereich gesetzt“ komplett, und es heißt plötzlich – ich zitiere –:

Selbst der Internen Revision wird vom Bankprüfer KPMG eine einwandfreie und dem Gesetz entsprechende Arbeit testiert. – Zitatende.

Wissen Sie, wer und aus welchen sachlichen Gründen diese Veränderung der Antwort im Kabinett vorgenommen hat?

**Hans-Georg Kramer:** Ich weiß nicht mehr, wer dafür verantwortlich war. Die Antworten – das war unsere Grunddevise –: so kurz und so sachlich wie möglich. Aber wer konkret für diese Änderung verantwortlich war, entzieht sich wirklich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also Ihr Hauptinteresse war, dass es sachlich – eh klar – und so kurz wie möglich ist, denn das eine war länger und diese Endversion ist kürzer. – Okay, gut.

Unterscheiden wir zwischen verantwortlich und wer der Redakteur war. Sie müssen zumindest wissen, wer für die Änderungen **verantwortlich** war. Ich stelle mir vor, dass nicht der Bundesminister selbst dort gesessen ist und für Änderungen ... (*Hans-Georg Kramer: Richtig!*) – Wer war also verantwortlich?

**Hans-Georg Kramer:** Unser Team. Das Team bestehend aus Wallner, Lejsek ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, fangen wir damit gar nicht an. Ich kenne diese Rechtfertigungen aus vielen Kontrolleinrichtungen des Nationalrates, dass man immer dann, wenn man nicht sagen will, wer persönlich verantwortlich war, sagt: „unser Team, unsere Kommission, unser Gremium, unser Vorstand“.

Es ist immer eine **Person** verantwortlich, die die Führung hat. Wer war diese verantwortliche Person?

**Hans-Georg Kramer:** Es hat keine namhaft gemachte Person gegeben, die hierarchisch der Führer dieses Teams war. Es war ein Team, und dieses Team hat aus mehreren Personen bestanden, die sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist so nicht in der öffentlichen Verwaltung. Es gibt immer eine Person, die verantwortlich ist: das ist entweder ein Beamter oder ein Kabinettsmitglied.

Waren Sie als Kabinettsmitglied verantwortlich für die Durchführung dieser Arbeit und für die Fertigstellung dieses Ergebnisses?

**Hans-Georg Kramer:** Es kommt immer darauf an, in welchem Zusammenhang. Kollege Wallner war dafür verantwortlich, dass das Redaktionelle erledigt wird mit dem Parlament. Kollege Lejsek hat das inhaltlich gecheckt. Und ich war im Kabinett dafür verantwortlich, so die Arbeit zu erledigen, wie man es von mir erwartet hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hatte die Gesamtverantwortung innerhalb dieser Dreier-Gruppe?

**Hans-Georg Kramer:** Es hat niemand eine Gesamtverantwortung gehabt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt **überall** eine Gesamtverantwortung. Und Sie können mir eines mit Sicherheit nicht erzählen, nämlich dass ein Beamter wie Herr Wallner die Verantwortung und damit auch eine Anweisungsbefugnis gegenüber einem Kabinettsmitglied hat.

Wenn ein Kabinettsmitglied mit Beamten zusammenarbeitet, dann trägt im Regelfall, wenn es sich um eine gemeinsame Arbeit handelt, das Kabinettsmitglied für den Minister die Gesamtverantwortlichkeit, weil es auch dem Minister gegenüber berichtet. War das in Ihrem Fall anders? – Wenn man verantwortlich war, ist es ja keine Schande, wenn man sagt: Okay, ich war verantwortlich! – Also, wer war verantwortlich?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe es Ihnen gerade vorhin gesagt: So, wie es eine Geschäftseinteilung gibt, gibt es genauso klar definierte Verantwortungsbereiche. Und jeder hat seinen Verantwortungsbereich, für den er verantwortlich ist und war, übernommen und trägt dafür auch die Verantwortung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Verstehen Sie den Begriff „Gesamtverantwortung“?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, ich verstehe den Begriff „Gesamtverantwortung“.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat für dieses kleine, überschaubare Team von drei Personen gegenüber dem Minister die Gesamtverantwortung getragen?

**Hans-Georg Kramer:** Es hat jeder für seinen Teil seine Verantwortung getragen, und es ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Gegenüber dem Minister, habe ich gefragt.

**Hans-Georg Kramer:** Ich möchte meine Frage nur kurz fertig beantworten, denn es wäre umgekehrt, wenn ich Ihre Frage jetzt umdrehe, auch logisch gewesen, dass, hätte in einem Teil etwas nicht funktioniert und wären dort Fehler aufgetreten, dann derjenige diese Fehler hätte rechtfertigen müssen, in dessen Verantwortungsbereich sie passiert sind.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wenn Sie es nicht selbst wissen, werde ich Ihnen jetzt nicht das Wesen behördlicher und politischer Verantwortung erklären.

Wer war gegenüber dem Minister verantwortlich? (*Obmann Dr. Fichtenbauer: Herr Kollege Pilz!*) – Ich mache das in aller Ruhe, aber ich mache es so, wie ich es für richtig halte.

Wer war gegenüber dem Minister verantwortlich?

**Hans-Georg Kramer:** Inhaltlich, wenn es um bankaufsichtliche Fragen gegangen ist, Gruppenleiter Lejsek, und wenn es um die redaktionellen Dinge gegangen ist, wie Übermittlung an das Parlament et cetera, war es Abteilungsleiter Wallner.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißtt alle außer Ihnen.

**Hans-Georg Kramer:** Entschuldigung, ich bin nicht die Dienstaufsicht über die Beamten bei uns im Haus. Das wissen Sie ganz genau.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich glaube, wir können uns schon über Ihre Tätigkeit auch anhand Ihrer Aussagen und der Art und Weise, wie Sie das darstellen, ein ausreichendes Bild machen. Das ist kein Problem, deswegen stelle ich ja auch meine Fragen. (*Hans-Georg Kramer: Ja!*)

Wer hat diese ganzen Berichtsentwürfe für diese Arbeit eingesammelt, an wen wurden sie gemailt?

**Hans-Georg Kramer:** Sie meinen jetzt die Antworten auf die Fragen?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, die Antworten von der FMA, von der Nationalbank: An wen wurden die gemailt?

**Hans-Georg Kramer:** Die Finanzmarktaufsicht hat an mich gemailt und die Nationalbank, soweit mir das erinnerlich ist, an die Abteilung I/4; ich bin mir jetzt nicht so sicher.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat den Fragenkatalog und den Antwortkatalog dann mit dem Minister besprochen?

**Hans-Georg Kramer:** Das war sicherlich ich und ... – Das kann ich Ihnen jetzt gar nicht sagen, ob da noch Beamte dabei waren oder nicht. Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Aber ich war sicher dabei.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber an sich selbst können Sie sich erinnern? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Gut, das haben wir jetzt einmal.

Also: Sie bekommen das von der FMA, Sie berichten dem Minister. – Wer aus diesem Dreier-Team ist dann in den Rechnungshof-Unterausschuss mitgegangen? (*Hans-Georg Kramer: Ich!*) – Da sind Sie mitgegangen. Gut, das haben wir bei Protokoll, passt. (*Hans-Georg Kramer: Ich wollte jetzt nur überlegen ...*) Haben wir ein drittes Betätigungsfeld in diesem Zusammenhang? Was wollten Sie noch sagen?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe jetzt noch überlegt Unterschied zum Untersuchungsausschuss. Beim Untersuchungsausschuss gibt es die Vertrauensperson und beim Rechnungshof-Unterausschuss weiß ich nicht, ob da

Beamte mitkommen können; bin ich mir jetzt nicht so sicher. (*Ruf: Ja, können!*) – Dann werden welche dabei gewesen sein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** „Dann werden welche“ – wir versuchen, etwas präzisere Antworten zu bekommen. Aber zumindest haben Sie über sich selbst Auskunft geben können.

Drei Bereiche Ihrer Tätigkeit: Sie haben es bekommen, Sie haben es mit dem Minister kommuniziert, Sie haben ihn dazu in den Ausschuss begleitet; das haben wir. Eigentlich sind das – zumindest meiner persönlichen Ansicht nach – die drei wichtigsten Tätigkeiten in diesem Zusammenhang, mit der Ausnahme des persönlichen Redigierens – und da machen wir jetzt weiter.

Nächste Frage: Sie haben gesagt, ein wesentliches Zeichen war nicht nur, die Antworten möglichst sachlich, sondern auch möglichst kurz zu gestalten. Kommen wir einmal zu **kurz**.

Eine der Fragen hat gelautet: Welche Prüfungen hat es zu diesem Zeitpunkt noch gegeben und mit welchem Ergebnis?

FMA-Antwort-Vorschlag:

Der Kreis jener Personen, die in diese Vertuschungen involviert waren, war auf den Vorstand und nahe Mitarbeiter beschränkt. – Zitatende.

Das Kabinett hat das völlig umgeschrieben, wie uns Herr Mag. Klinger mitgeteilt hat, was den ÖGB betrifft, ohne jede sachliche Grundlage. In der Kabinettsfassung heißt es – ich zitiere –:

Der Kreis jener Personen, die in diese Vertuschungen involviert waren, umfasste den Vorstand, zumindest den Aufsichtsratsvorsitzenden Weninger, den Bankprüfer und den Eigentümer ÖGB. – Zitatende.

Wenn Verkürzung, wenn das Kürzen die Absicht war, dann ist das offensichtlich gründlich misslungen.

Können Sie mir sagen, auf welcher sachlichen Grundlage – nachdem Mag. Klinger uns gesagt hat, dass es überhaupt keine Hinweise auf eine Vertuschungstätigkeit des ÖGB gegeben, er das auch nicht hineingeschrieben hat und die FMA das auch nie behauptet hat –, auf welcher sachlichen Grundlage also das dann vom Kabinett, dieser Vorwurf an den ÖGB, vertuscht zu haben, eingefügt worden ist? Was war dafür die sachliche Grundlage?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, ich bitte um Verständnis, aber ich kann Ihnen wirklich beim besten Willen die Antwort nicht geben, wer welche Textpassage in welcher Art und Weise verändert hat. Ich kann mich einfach wirklich nicht ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das habe ich Sie nicht gefragt.

**Hans-Georg Kramer:** Sie haben mich gefragt. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern; es tut mir leid.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Sie nicht gefragt, **wer**. Ich habe Sie gefragt, was den ÖGB und einen sachlich nicht begründeten Vorwurf betrifft, was die sachliche Grundlage für den Vertuschungsvorwurf gegenüber dem ÖGB war, der im Gegensatz zur FMA plötzlich vom Kabinett erhoben wurde? Was war die sachliche Grundlage? Solch einen Vorwurf erhebt man doch nicht leichtfertig, da muss es eine sachliche Begründung geben. – Also welche? (*Abg. Mag. Kukacka: Die Nicht-Information des Aufsichtsrates und aller Entscheidungsorgane! Das ist doch absurd!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich bitte zu beachten, dass die Zeit schon reichlich überzogen ist! (*Abg. Krainer: Herr Vorsitzender, können Sie bitte dafür sorgen, dass Mitglieder nicht ständig stören?!*) – Ich sorge schon dafür und würde bitten, die Querrufe zu unterlassen!

Ich bitte, die Frage zu beantworten.

**Hans-Georg Kramer:** Ich kann mich jetzt wirklich nicht mehr daran erinnern. Es tut mir wirklich leid, ich hätte Ihnen die Frage gerne beantwortet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Davon bin ich überzeugt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Kramer! Vorher habe ich noch eine Frage zu dem E-Mail gestellt, das Ihnen vorgelegt wurde, nämlich:

Liebe Kollegen! Anbei ein erster Entwurf von Fragen, der gestellt werden könnte. Bitte diese durchsehen und heute besprechen. LG HG. – Zitatende.

Liegt Ihnen dieses E-Mail noch vor, oder soll ich es Ihnen wieder vorlegen lassen?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, es liegt noch vor.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Da ist ein Attachment „Fragen-1.doc“, und diese Fragen, das sind wir ja vorher durchgegangen, wo Sie gemeint haben, es gibt nur einen strukturellen, aber keinerlei inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Zielen und den Maßnahmen.

Wieso haben Sie dann die Ziele und die Maßnahmen überhaupt den Fragen vorangestellt?

**Hans-Georg Kramer:** Die Unterlage war – das habe ich Ihnen schon gesagt – für den Herrn Bundesminister für Finanzen. Warum ich das vorne hineingestellt habe – es ist so, und ich weiß es nicht mehr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigung, aber das ist jetzt keine Unterlage für den Herrn Bundesminister. Zumindest auf dem E-Mail-Entwurf sehe ich keinerlei Zusammenhang mit dem Bundesminister, also mit der E-Mail, sondern da steht: Josef.Christl@oenb.at; Verena Boigenfürst; Klinger Matthias; Pribil Kurt. – Ist irgendeiner der vier in einen Zusammenhang mit dem Minister zu bringen? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Diese Unterlage haben Sie also nicht an den Minister verschickt, sondern an die vier.

Deswegen meine Frage noch einmal: Wieso haben Sie diese Ziele und Maßnahmen, die in keinerlei inhaltlichem Zusammenhang stehen zu den Fragen, dieser Fragenliste vorangestellt?

**Hans-Georg Kramer:** Weil das ja die Unterlage für den Bundesminister für Finanzen geworden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber wieso schicken Sie der OeNB und der FMA politische Ziele und Maßnahmen, die in keinem Zusammenhang stehen zu den Fragen?

**Hans-Georg Kramer:** Warum? – Ich habe sie geschickt, und sie haben ja für die FMA und für die OeNB keine Relevanz.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Verschicken Sie immer Unterlagen, die keine Relevanz haben für den Empfänger? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Wieso dann in diesem Fall?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, darüber haben wir uns schon vor einem Jahr unterhalten. Die Ziele sind in der Unterlage drinnen. Und die Unterlage war eine

Unterlage für den damaligen Bundesminister für Finanzen. Das ist eine Unterlage, die dann gewachsen ist mit den eingelangten Antworten. Und zum Schluss, als die letzte Antwort da war und das letzte redaktionelle Tun abgeschlossen war, war diese Unterlage fertig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wir haben vorher geklärt, Ziele und Maßnahmen stehen in keinem inhaltlichen Zusammenhang zueinander. – Stehen die Maßnahmen und die Fragen in einem strukturellen oder inhaltlichen Zusammenhang miteinander?

**Hans-Georg Kramer:** Die Frage habe ich Ihnen schon beantwortet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, die nicht. (*Hans-Georg Kramer: O ja!*) Ich habe vorhin nur nach Zielen und Maßnahmen gefragt und habe die **Fragen** immer weggelassen. Jetzt stelle ich die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen den **Maßnahmen** und den **Fragen** gibt.

**Hans-Georg Kramer:** Nein, die Frage von Ihnen, die nicht beantwortet worden ist, das war die Frage, ob die Ziele und Maßnahmen in einem Zusammenhang stehen. Das habe ich mir nämlich extra mitgeschrieben, damit ich sie Ihnen auch beantworten kann. Die Frage von Ihnen, ob die Maßnahmen mit den Fragen in einem Zusammenhang stehen, war bereits Gegenstand dieser heutigen Befragung. Und ich habe Ihnen gesagt, dass ich mir das so erklären kann, dass das strukturiert ist in Frageblöcken.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, die erste Fragerunde ist schon länger her, aber da habe ich Ihnen immer ein Ziel und die Maßnahmen dazu vorgelesen. Also ist es da um Zusammenhänge zwischen Zielen und Maßnahmen gegangen. Jetzt geht es um die Frage von **Maßnahmen** und **Fragen**. Das ist neu.

Gibt es einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Maßnahmen und den Fragen? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Gibt es keinen.

Wieso sind dann die Maßnahmen immer Überschriften, Zwischenüberschriften zu einzelnen Fragegruppen, wenn es keinen Zusammenhang gibt? Ist das ein Blindtext?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe ja gesagt, dass es keinen Zusammenhang gibt. Wahrscheinlich strukturell bedingt dadurch, dass es in Themenblöcke gefasst ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also es gibt einen strukturellen Zusammenhang zwischen den Maßnahmen und den Fragen. – Gibt es auch einen inhaltlichen Zusammenhang? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Das heißt, das ist ein Blindtext?

**Hans-Georg Kramer:** Wenn Sie das als „Blindtext“ formulieren, ist das ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, ich frage **Sie**: Ist das ein Blindtext – oder steht er in einem inhaltlichen Zusammenhang mit den Fragen?

**Hans-Georg Kramer:** Es steht nicht in einem inhaltlichen Zusammenhang.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, das ist in Wahrheit austauschbar. Man hätte das, was bei 1a steht durch 1b vertauschen können, und es wäre noch immer nur ein struktureller Zusammenhang gewesen, aber noch immer kein inhaltlicher. Das heißt, diese einzelnen Blöcke können wahllos verschoben werden, weil es ohnehin keinen inhaltlichen Zusammenhang zu den Fragen gibt?

**Hans-Georg Kramer:** Ich glaube, dass die Fragen, wie sie dann schlussendlich im Fragenkatalog drinnen sind, sicherlich wahlweise verschoben werden können. Jawohl.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, meine Frage war nicht, ob die Fragen verschiebbar sind, sondern ob die Überschriften zu den einzelnen Frageblöcken, nämlich die Maßnahmen, verschiebbar sind. Das war meine Frage.

**Hans-Georg Kramer:** Ich glaube, Sie können einen Fragenkatalog gestalten, wie Sie wollen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Meine Frage war ganz klar: ob man die einzelnen Maßnahmenblöcke – zum Beispiel 1a gegen 3b – tauschen kann. Wenn es keinerlei inhaltlichen Zusammenhang gibt, muss man die ja vertauschen können.

**Hans-Georg Kramer:** Wahrscheinlich, ja, wird man können. Wie Sie die Struktur in einem Fragenkatalog machen – genauso wie in einer Unterlage, in einer Broschüre oder in einem Buch –, ist Ihnen überlassen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. Das heißt, wenn die Maßnahme 1a lautet: Gebarung der Aufsicht – zwischen Klammern – (BMF, OeNB, WPA und FMA) bei der BAWAG darstellen – das ist die Maßnahme 1a –, und darunter schließen sich Fragen an wie:

Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen, die für die dramatische Entwicklung verantwortlich sind?,

besteht dann ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen der Maßnahme 1a und der Frage, die unter diesem Titel 1a angeführt ist?

**Hans-Georg Kramer:** Wir können jetzt gerne 90 Fragen durchdiskutieren. Ich bitte Sie um Verständnis, ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Oder ist diese Frage genauso unter „Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen“ subsumierbar? Oder ist sie doch eher bei 1a? Gibt es da eine größere Affinität oder Nähe zu 1a, oder ist das beliebig?

**Hans-Georg Kramer:** Dann wird es wohl ein struktureller Zusammenhang sein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Auch ein inhaltlicher muss es ja dann sein. Struktur heißt ja nur 1a, 1b, 1c, aber die Wörter danach, die Sätze, die Überschriften selbst, das ist ja dann ein inhaltlicher Zusammenhang. – Herr Kramer, ich bitte um die Antwort!

**Hans-Georg Kramer:** Ja, eine Frage. Das war keine konkrete Frage, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist diese Frage: Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen, die für die dramatische Entwicklung verantwortlich sind?, beliebig jeder Maßnahme zuordenbar oder eigentlich in einem inhaltlichen Zusammenhang mit der Maßnahme 1a? – Das ist eine ganz einfache Frage. (Abg. Mag. Kukacka: *Die hätten Sie stellen sollen in der Partei! Die hätten Sie rechtzeitig beantworten müssen, dann hätte es den BAWAG-Skandal nicht gegeben!* – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich bitte um Ruhe!

**Hans-Georg Kramer:** Die Struktur ist so, wie die Struktur ist. Strukturen kann man verändern, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich habe nicht nach der Struktur gefragt. Ich habe gefragt, ob diese Frage jeder x-beliebigen Maßnahme inhaltlich zuordenbar ist oder eigentlich nur dieser, wo die Überschrift auch dort ist?

**Hans-Georg Kramer:** Ich glaube, das kann man anordnen, wie man möchte. Das ist doch dem Verfasser frei ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sind der Verfasser!

**Hans-Georg Kramer:** Ja, unter anderen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigung, diese Datei ist auf Ihrem Computer erstellt worden, und als Autor scheint Hans-Georg Kramer auf.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, wenn Sie das österreichische Stabilitätsprogramm auf Ihrem Computer abgespeichert haben, sind auch nicht Sie der Verfasser. Ich bin der Mitverfasser dieser Unterlage. Ja, das ist korrekt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, in der elektronischen Datei gehen Sie als Verfasser hervor, als Verfasser!

**Hans-Georg Kramer:** Verfassen kann ich ein E-Mail.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Eine Word-Datei kann man auch verfassen.

(*Hans-Georg Kramer: Ja, das ist ...*) Und wenn Sie das als Attachment verschicken, dann wird mitgeschickt, wer der Autor ist und alle Veränderungsschritte. Mir liegt diese Datei elektronisch vor.

**Hans-Georg Kramer:** Ich weiß, dass sie Ihnen vorliegt. Das habe ich vor einem Jahr schon gewusst, dass Ihnen die Datei vorliegt.

Noch einmal: Es ist ein Unterschied, ob ich der Verfasser eines E-Mails bin oder ob ich der Verfasser einer Unterlage bin. (*Abg. Mag. Kukacka – in Richtung des Abg. Krainer –: Ist das auch gestohlen? Wo haben Sie denn diese Datei her?*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sind ja der Verfasser dieser Word-Datei. Sie haben ja diese Datei erstellt.

**Hans-Georg Kramer:** Ja, ich habe diese Unterlage auf meinem PC und ich habe sie auch erstellt – aber noch einmal weise ich darauf hin, dass das Ausdruck der Arbeit vieler oder mehrerer Personen war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Die erste Frage, die hier steht, ist:

Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen, die für die dramatische Entwicklung verantwortlich sind? – Zitatende.

Ich frage Sie – Sie haben es ja vorliegen –: Ist das jeder x-beliebigen dieser neun Maßnahmen zuordenbar oder eigentlich nur einer dieser Maßnahmen zuordenbar? Beziehungsweise in weiterer Folge natürlich: Ist das einem x-beliebigen Ziel oder genau einem Ziel zuordenbar, diese Frage?

**Hans-Georg Kramer:** Das ist überhaupt gar keinem Ziel zuordenbar. Und das habe ich jetzt wirklich schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass die Ziele wirklich nicht im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage zu sehen sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also die Frage: Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen, die für die dramatische Entwicklung verantwortlich sind, ist nicht in Zusammenhang zu bringen mit einen der drei Ziele, keine Verfehlungen der Behörden und den beiden anderen. – Ist das jetzt Ihre Meinung? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Das heißt, inhaltlich ist das nicht in Zusammenhang zu bringen, keine Verfehlungen der Behörden mit der Frage: Können Sie Verfehlungen der Behörden ausschließen? Da gibt es keinerlei inhaltlichen Zusammenhang? (*Abg. Mag. Kukacka: Was soll denn das?*)

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter! Bei allem gebührenden Respekt ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Die Zeit ist um!

**Hans-Georg Kramer:** Nein, Herr Vorsitzender, ich nehme mir das jetzt schon heraus! Ich bin voriges Jahr 2½ Stunden hier gesessen und habe die Fragen nach Punkt und Beistrich und wirklich wahrheitsgetreu wiedergegeben. Ich habe sie heute hier schon mehrfach beantwortet. Und ich bin vom Büro für Interne Angelegenheiten ebenso in Bezug auf diesen Fragenkatalog einvernommen worden.

Es ist mir persönlich ein sehr großes Anliegen, hier noch einmal unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, dass diese Ziele Ausdruck der **politischen Kommunikation** des Finanzministers waren und dass diese Ziele auf die Behörden keinen Einfluss genommen haben, und das habe ich selbst in der Besprechung, in der Vorbereitungsbesprechung auch gesagt. Das wurde unmissverständlich klar zum Ausdruck gebracht, und ich bitte wirklich, das hier jetzt zur Kenntnis zu nehmen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gäbe noch etliche Differenzen zwischen dem Antwortentwurf zwischen FMA und dem gemeinsamen Endprodukt im Kabinett zu besprechen, aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich daran im Detail nicht mehr erinnern können, und verzichte auf weitere Fragen dazu. Das bringt nichts. Das haben wir ohnehin in den Unterlagen, und Mag. Klinger hat sich zur Verantwortung des Kabinetts deutlich genug geäußert.

Was mich jetzt noch interessiert, sind nur mehr zwei Punkte. Der eine ist: Können Sie sich erinnern an einen Bericht der Österreichischen Nationalbank vom 25. Oktober 2006 mit dem Titel „Direkte und indirekte Eigentümer des ÖGB“?

**Hans-Georg Kramer:** Konkret kann ich mich daran nicht erinnern. – Könnten Sie mir das kurz vorlegen, damit ich das sehen kann?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Er steht dem Ausschuss nicht zur Verfügung. Das ist eine der Unterlagen, die fehlt. Das ist vom Finanzministerium nicht übermittelt worden. Das ist eindeutig Teil des Beweisbeschlusses, weil das ein wesentlicher Untersuchungsbericht der Nationalbank zum ganzen Kapitel BAWAG/ÖGB war und weil außerdem ein Exemplar dem „profil“ zugespielt und dort ebenfalls gegen die SPÖ eingesetzt worden ist. Das war eine große Geschichte im „profil“ unter dem Titel „Viel Rauch um viel“.

Ich gehe davon aus, Sie können sich möglicherweise daran erinnern. – Kennen Sie diesen Bericht? (**Hans-Georg Kramer:** Ja!)

(*Abg. Mag. Kukacka – in Richtung des Abg. Dr. Pilz –: Woher haben Sie das E-Mail?*)

Ist das E-Mail im Aktenbestand?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, das ist kein E-Mail.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Bezug genommen auf einen „profil“-Artikel! (*Abg. Mag. Kukacka: Sicher hat er das gesagt!*)

Wenn ein ÖVP-Abgeordneter etwas gehört hat, ist das ein relativ sicherer Hinweis, dass ich etwas anderes gesagt habe. Ich kann es aber gerne wiederholen. (*Abg. Mag. Kukacka: Das können wir ohnehin im Protokoll nachlesen!*) Wenn Sie in der Lage sind, Sinn erfassend zu lesen, werden Sie das im Protokoll nachlesen können.

Es handelt sich um das „profil“ Nr. 50 vom 11. Dezember 2006, damit auch der ÖVP-Presse Dienst das besorgen kann. Sie kennen es aber ohnehin. Es ist ohnehin ein Vorteil der Befragung, dass Sie nicht vom Wissensstand der ÖVP-Abgeordneten aus antworten.

Sie können sich also an diesen Nationalbank-Bericht erinnern? Ist das richtig? Sie haben ohnehin schon Ja gesagt. (**Kramer:** Bitte?) Sie haben ohnehin schon Ja gesagt. Ich wiederhole es nur, damit wir dort mit der Fragestellung forsetzen können.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter! Ich habe nicht Ja gesagt, sondern ich erinnere mich, dass im „profil“ – ich bin mir ziemlich sicher, aber nicht hundertprozentig, ich glaube, es war dieses „profil“, das Sie zitiert haben – ein OeNB-Bericht veröffentlicht worden ist, und ich kann Ihnen dazu auch insofern noch eine Wahrnehmung mitteilen, als dass ich damals, wenn das dieses „profil“ ist, vom Bundesminister angerufen und gefragt worden bin, warum er nicht informiert worden ist, dass wir schon wieder einen OeNB-Bericht bekommen haben, und er das dem „profil“ entnehmen muss.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, Bundesminister Grasser hat Ihnen mitgeteilt, dass er über diesen Bericht nicht verfügt. – Ist das richtig?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, das ist richtig. Ich habe damals, wie das so schön heißt, eine „Rüge“ bekommen beziehungsweise mir wurden unangenehme Fragen gestellt, wie es möglich sein kann, dass das „profil“ einen OeNB-Bericht veröffentlicht und er darüber von mir noch nicht informiert worden ist, dass wir wieder einen OeNB-Bericht bekommen haben, weil diese Berichte in meinem Büro gelandet sind. Und mir war dieser Bericht auch nicht bekannt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, dieser Bericht hätte zuerst zu Ihnen kommen müssen, und Sie hätten als zuständiges Kabinettsmitglied dann diesen Bericht dem Minister vorgelegt, wenn er gekommen wäre. – Ist das richtig?

**Hans-Georg Kramer:** Er ist natürlich an den Bundesminister für Finanzen adressiert worden und ist dann gemäß der Aufgabenverteilung mir zugeteilt worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist dieser Bericht dann jemals zu Ihnen gekommen?

**Hans-Georg Kramer:** Wenn das dieser Bericht ist, den ich glaube, zu meinen, und der im „profil“ vorab abgedruckt worden ist, ohne dass ich ihn gekannt habe, dann wird das dieser Bericht sein. Jawohl.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Er ist nicht vorab abgedruckt worden, sondern der Bericht stammt ja aus der dritten Oktoberwoche und der „profil“-Artikel datiert vom 12. Dezember. Es war also nicht vorab, sondern **nachdem** dieser Bericht bereits verteilt war. Wichtig ist aber, dass Sie ganz offensichtlich, so wie Sie es sagen, vor Erscheinen des „profil“ weder selbst diesen Bericht gehabt noch diesen Bericht an den Minister weitergeleitet haben, und der Minister Ihnen gesagt hat ... Ich möchte jetzt nicht Ihre Worte wiederholen, wir haben das ohnehin im Protokoll.

Haben Sie den Bericht dann später bekommen?

**Hans-Georg Kramer:** Wenn das der Bericht ist. – Sie haben jetzt gesagt, der OeNB-Bericht ist im Oktober erstellt worden und im Dezember ist der Artikel im „profil“ erschienen. – Habe ich das jetzt richtig verstanden?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja. Ich kann ja auch nur vom „profil“ ausgehen. Ich sage Ihnen, das Motiv war ganz einfach. Wir untersuchen – das ist eindeutig Untersuchungsgegenstand –, wie vertrauliche, interne Informationen, was auch immer, an Medien gelangen konnten. Das ist ein OeNB-Prüfbericht, und Sie haben da eine Kopie des „profil“-Artikels vom Dezember 2006: „Viel Rauch um viel.“ Das ist der Titel. Da wird eben ständig Bezug genommen und auch zitiert aus dieser OeNB-Untersuchung „Direkte und indirekte Eigentümer des ÖGB“. Uns liegt diese Studie ja nicht vor.

Meine Frage jetzt, da wir offensichtlich von derselben Studie reden: Ist Sie Ihnen dann später, nach Erscheinen des „profil“-Artikels von der OeNB zugeleitet worden?

**Hans-Georg Kramer:** Ich gehe davon aus, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie noch, wie lang nach der Veröffentlichung dieses Artikels das war?

**Hans-Georg Kramer:** Wenn das wirklich dieser berühmte „profil“-Artikel war, in dem ein OeNB-Prüfbericht vorab abgedruckt worden ist, bevor er dem Finanzministerium zugestellt worden ist, dann glaube ich, dass dieser dann sicherlich in den nächsten Tagen dem Finanzministerium übermittelt worden ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also kurz nach Erscheinen des „profil“?

**Hans-Georg Kramer:** Das wäre möglich, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Ich möchte Sie nur zu einem technischen Detail fragen. Wenn so ein OeNB-Prüfbericht kommt, der wird ja nicht irgendwo in den Postkasten geworfen, nehme ich an, sondern da gibt es schon ein etwas sichereres Übergabeverfahren.

Können Sie sagen, wie Ihnen von der OeNB Einzelexemplare von durchaus sensiblen Prüfberichten übergeben wurden?

**Hans-Georg Kramer:** Die Prüfberichte, soweit ich mich daran erinnern kann, wurden mittels Boten im Finanzministerium abgegeben oder zum Teil sogar persönlich.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das lässt sich sicherlich nachvollziehen anhand von Übergabe- beziehungsweise Übernahmebestätigungen, also das wird sicherlich ein nachvollziehbarer Weg sein. – Haben Sie da eine Übernahmebestätigung ausgefüllt? (*Hans-Georg Kramer: Ich nicht!*) – Wer macht das?

**Hans-Georg Kramer:** Das wird wahrscheinlich die zuständige Assistentin gewesen sein, die diesen Bericht entgegengenommen hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, wir werden nachvollziehen können, wer wann bei Ihnen diesen Bericht entgegengenommen hat? (*Hans-Georg Kramer: Selbstverständlich!*) – Okay, danke.

Jetzt hätte ich beinahe die Firma **Manpower** vergessen. Ich wollte Sie nämlich noch eine Kleinigkeit zur Firma Manpower fragen, weil das zumindest einen Teil des Ausschusses brennend interessiert. Sagen Sie: Wie und über wen sind Sie zur Firma Manpower gekommen? (*Abg. Mag. Kukacka: Das ist doch durch den Beweisbeschluss nicht gedeckt!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich frage einfach, ob Sie das freiweg beantworten wollen oder ob Sie das nicht beantworten.

**Hans-Georg Kramer:** Ich bin nicht auf die Firma Manpower gekommen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie sich beworben, dass Sie bei der Firma Manpower angestellt werden – oder hat Sie wer anderer dorthin vermittelt? Mich interessiert es einfach: Wie wird man ein Manpower-Kabinettsmitglied?

**Hans-Georg Kramer:** Schauen Sie, Herr Abgeordneter, ich möchte Ihnen gegenüber noch einmal zum Ausdruck bringen, dass ich wirklich bemüht bin, sämtliche Fragen zu beantworten, auch wenn Sie nicht durch den Beweisbeschluss gedeckt sind. Ich halte für mich persönlich fest, dass diese Fragen bezüglich der Gestaltung eines Arbeitsverhältnisses private Fragen sind, ich bin aber dennoch bereit, sie zu beantworten.

Ich war, bevor ich im Kabinett tätig war, Mitarbeiter bei GE Finance und habe dort mein aufrechtes Arbeitsverhältnis beendet, als ich mich persönlich dafür entschieden habe, dass ich die Tätigkeit im Kabinett übernehme. Es hätten folgende Möglichkeiten bestanden: Entweder ich werde von der Firma GE Finance verleast oder ich nehme die Tätigkeit in Form einer Arbeitsleihe über die Firma Manpower auf. Und ich habe mich dann dafür entschieden beziehungsweise geschah das natürlich in Absprache mit dem Bundesministerium für Finanzen, dass das über die Firma Manpower abgewickelt wurde.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie mir nur eine einzige Frage dazu beantworten: Warum sind Sie nicht auf die Idee gekommen, dass Sie einfach im Bundesministerium für Finanzen ein Dienstverhältnis eingehen?

**Hans-Georg Kramer:** Weil mich das nicht interessiert hat. (*Abg. Dr. Pilz: Warum nicht?*) – Ich sage Ihnen das ganz ehrlich, Herr Abgeordneter – ich finde das aber jetzt schon wirklich höchst persönlich –, es war nie meine Intention, in den öffentlichen Dienst als Vertragsbediensteter einzutreten.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Jetzt wäre die Zeit um. Wir haben ohnehin alles beantwortet, oder?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist eine in jeder Hinsicht etwas andere Arbeitswelt, als die, die mir bekannt ist. Lassen wir es ruhig dabei.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, ich frage Sie ja auch nicht, warum Sie Abgeordneter sind, oder? (*Abg. Mag. Kukacka: Das ist abgeschlossen!*)

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Die Frage ist beantwortet, okay danke. (*Abg. Krainer meldet sich zu Wort.*) – Entschuldigung, nein! Wir haben in der Fraktionsführerbesprechung entschieden, dass heute, trotz aller zeitlichen Zwänge, Dr. Christl noch drangenommen wird. Daher ist es nicht möglich, jetzt die Befragung des Herrn Kramer noch fortzusetzen. Wir werden in einer Fraktionsführerbesprechung zu entscheiden haben, ob Herr Kramer zum Zwecke ergänzender Weiterbefragung noch einmal geladen wird, weil dann ist ... (*Abg. Mag. Kukacka: Wenn es noch Fragen gibt!*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können wir noch zu klären versuchen. – Kollege Fichtenbauer, wir haben es bis jetzt immer so gemacht, dass wir an dem Punkt einmal kurz schauen, wie lange es noch dauern könnte, weil es ja sinnlos wäre, Herrn Kramer möglicherweise wegen 10 Minuten extra noch einmal zu laden. Das ist ja auch ihm ein bisschen schwer zumutbar.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich habe von der Fraktionsführung der SPÖ signalisiert bekommen, dass Kollege Krainer noch 90 Fragen hat, oder was weiß ich. Das können wir heute sicher zeitlich nicht mehr unterbringen. (*Abg. Mag. Kukacka: Die soll er privat an ihn stellen!*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dürfen wir dann wenigstens eine ganz kurze Fraktionsführerbesprechung machen? Klären wir das jetzt einmal.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich **unterbreche** die Sitzung für eine kurze Fraktionsführerbesprechung.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 16.15 Uhr **unterbrochen** und um 16.21 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

\*\*\*\*\*

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni nimmt** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt mit, dass in der Fraktionsführerbesprechung Einigung darüber erzielt wurde, die Befragung von Hans-Georg Kramer weiterzuführen und Dr. Christl zu einem anderen Zeitpunkt zu laden.

Die laufende Sitzung soll pünktlich 5 Minuten vor 18 Uhr geschlossen werden.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Kramer! Herr Mag. Klinger hat uns mitgeteilt, dass es kein Einzelfall war, für Herrn Bundesminister Grasser entsprechende Unterlagen, wie etwa den Fragebogen, auszuarbeiten. Das war offenbar Usus in speziellen Fällen, dass man das machte.

Können Sie mir sagen, auf welcher Rechtsgrundlage FMA oder Österreichische Nationalbank zu solchen Hilfsdienstleistungen eingeladen wurden?

**Hans-Georg Kramer:** Das war ein ganz normales Ansuchen an die Behörde. Man muss da unterscheiden: Dient das jetzt einer Informationsbeschaffung, um dem Wunsch des Parlamentes Rechnung zu tragen, wie es zur Einsetzung des Rechnungshof-Unterausschusses der Fall war, dient es dazu, dass man im Rahmen eines Finanzausschusses über gewisse Materien, die eine der beiden Institutionen betrifft, Auskunft geben muss, oder stützt sich das ganz konkret auf das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, wenn es um die Informationen von systemrelevanten Kreditinstituten geht.

Also ich meine, dass es da eine breite Palette von Möglichkeiten gibt. In der Regel ist das gelebte Praxis, dass diese Behörden natürlich im Rahmen der wahrzunehmenden Kontrolle die für diese Kontrolle entsprechenden Informationen zur Verfügung stellen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Aber eine konkrete rechtliche Grundlage ist Ihnen nicht geläufig, worauf sich tatsächlich diese Hilfeleistung bezieht?

**Hans-Georg Kramer:** Wie gesagt, Herr Abgeordneter, es kommt darauf an. Ich habe vorhin zitiert im Zusammenhang mit § 1 Postsparkassengesetz Abs. 2 § 16 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz. Man könnte vielleicht sogar den § 70, § 80 BWG herannehmen. Also es gibt eine Reihe von gesetzlichen Möglichkeiten, die als Rechtsgrundbasis für den Informationsaustausch zwischen Finanzministerium, FMA und/oder OeNB dienen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Gut. – Sagen wir so: Ich glaube Ihnen das jetzt. Wir können es ja in der Schnelle nicht nachprüfen, was in diesen Paragraphen, die Sie jetzt zitiert haben, steht.

Frage dazu noch betreffend Unterlagen, die entsprechend angefordert wurden. Sie haben gesagt, dass ist ja bei anderen Gelegenheiten auch der Fall gewesen, dass über Anforderung des Herrn Bundesministers Unterlagen, Redekonzepte, Informationen, die er vielleicht in den Reden gebraucht hat, und so weiter angefordert wurden.

Gibt es andere Institutionen, die auch um solche Hilfestellungen ersucht wurden – neben der FMA und der OeNB?

**Hans-Georg Kramer:** Ja selbstverständlich, Herr Abgeordneter. Wenn ich die Frage noch ergänzen und beispielhaft erwähnen darf: die ÖIAG, die Wiener Börse, das Büro des Kapitalmarktbeauftragten, die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, um beispielhaft Institutionen zu nennen, aber natürlich auch das WIFO, das IHS und ähnliche Institutionen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Sie sagen, auch diese Institutionen unterliegen diesen Rechtsgrundlagen, die Sie zuerst zitiert haben?

**Hans-Georg Kramer:** Nein. Diese Institutionen unterliegen natürlich **nicht** diesen Rechtsgrundlagen, sondern es war ein höfliches Ersuchen, wer auch immer das dann gemacht hat. Das wird ja nicht immer nur aus dem Kabinett geschehen, sondern es geschieht genauso etwa auf Beamtenebene, dass man sich Informationen holt, dass man anruft und sagt: Geh, könnt uns nicht bei dieser und dieser Fragestellung behilflich sein! –egal, worum es jetzt geht, oder auch wenn es um die Vorbereitung eines Redekonzeptes – so wie Sie es formuliert haben – für den Bundesminister geht.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ich möchte jetzt noch auf einen Ablauf zurückkommen, der die Organisation anlangt. – Ist Ihnen eine entsprechende Kanzlei- oder Büroordnung des Hauses bekannt?

**Hans-Georg Kramer:** Dass es so etwas gibt? Ja, das ist mir bekannt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Der Inhalt dieser Ordnung auch? (**Hans-Georg Kramer: Zum Teill!**) – Das heißt, Sie wissen also, was in etwa anhand dieser Kanzlei- und Büroordnung geregelt wird?

**Hans-Georg Kramer:** Abläufe, jawohl.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Welche Form von Abläufen?

**Hans-Georg Kramer:** Die typischen täglichen Abläufe, wie sie eben in einem Ministerium vonstatten gehen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Auch die entsprechenden Aktenläufe, wie sie von der Einreichung bis zum, sage ich jetzt einmal, Expediatur oder zur Veraktung zu erfolgen haben, auch? (**Hans-Georg Kramer: Ja freilich!**) – Das heißt, das ist bekannt.

Gab es zu dieser Haus- und Büroordnung, Kanzleiordnung, wie man sie auch nennen mag, zusätzliche Erlässe bei Ihnen im BMF, um manche Dinge Zuständigkeitshalber noch zu vertiefen?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, es mag sein, dass es solche Erlässe gibt. Bitte um Verständnis, das ist ein Themenbereich, mit dem ich mich eigentlich im Finanzministerium nicht so sehr beschäftige. Das wäre die Zuständigkeit eines Kollegen von mir, der sich mit dem Präsidium und mit den Angelegenheiten des Präsidiums auseinandersetzt, aber ich kann es nicht ausschließen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Können Sie mir sagen, wer im BMF im Kabinett dafür namentlich verantwortlich sein könnte – oder den Sie zumindest jetzt namhaft machen können?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Mag. Helmut Brandl.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Danke. – Herr Mag. Klinger hat unter anderem heute hier gesagt – ich habe mitgeschrieben, ich versuche das halbwegs richtig wiederzugeben –, er geht davon aus, dass Aktenläufe im BMF vom Eingang her registriert und gegebenenfalls auch verakten werden und wurden. Und zwar hat er noch angeführt: durch den Herrn Mag. Wallner.

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie eine Wahrnehmung davon, inwieweit dieser Vorgang tatsächlich im BMF vonstatten ging? Und: Was kann man sich darunter vorstellen? Gab es so etwas wie eine Einlaufstelle, eine Eingangsstelle? Wurden hier Aktenstücke registriert? Bekamen sie einen Eingangs-, Einlaufstempel? Bekamen sie eine Veraktionsnummer? Was ist geschehen mit eingegangenen E-Mails zum Beispiel? Wie hat sich das dann verhalten? Vielleicht können Sie uns das ein bisschen erklären.

**Hans-Georg Kramer:** Ganz einfach. Die Post kommt in die Posteinlaufstelle und wird in der Posteinlaufstelle zugeteilt an die entsprechenden Abteilungen, und in den entsprechenden Abteilungen beziehungsweise Sektionen wird das Ganze wieder „heruntergebröselt“ – unter Anführungszeichen.

Mit Akten verhält es sich völlig gleich. Akten, die wir von externer Seite bekommen – sei es zur Bewilligung, sei es zur Freigabe –, bekommen wir natürlich schon mit einer Aktenkennzahl. Neue Akten, die wir erstellen, werden natürlich bei uns mit einer Geschäftszahl versehen und ordnungsgemäß veraktet.

E-Mails, sofern sie für einen vorhanden Akt von Relevanz sind, werden natürlich dem Akt beigelegt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wer ist verantwortlich für die Einstufung, ob ein eingehendes E-Mail relevant ist oder nicht?

**Hans-Georg Kramer:** Ich gehe davon aus, dass das im Eigenverantwortungsbereich des jeweiligen Sachbearbeiters ist, ob er dieses E-Mail jetzt dem Akt beigibt oder nicht.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Das heißt, gibt es so etwas wie eine zentrale Einrichtung für E-Mails, auch wenn das an einen Sachbearbeiter gerichtet ist, dass es trotzdem im Sekretariat einläuft?

**Hans-Georg Kramer:** Selbstverständlich. Jeder Mitarbeiter hat natürlich seinen höchstpersönlichen E-Mail-Account, und daneben gibt es natürlich auch eine Poststelle. Also wir haben eine Hauspoststelle, aber es hat auch jede eigene Abteilung eine eigene Poststelle. Also Sie könnten – nur als Beispiel – an die Abteilung II/5 in deren Postkorb ein E-Mail versenden, und im Hintergrund besteht diese Abteilung aus 12 Mitarbeitern zum Beispiel, und jeder hat natürlich zusätzlich auch noch seinen eigenen E-Mail-Account. Das heißt, es gibt mehrere Posteinlaufstellen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Haben Sie eine Kenntnis davon, wie lange solche E-Mails, nachdem sie als relevant oder nicht relevant eingestuft wurden, aufgehoben werden mussten? (*Hans-Georg Kramer: Nein, habe ich nicht!*) – Haben Sie nicht?

**Hans-Georg Kramer:** Na ja, es kommt darauf an, wie die Skalierungsfrist ist. Das ist unterschiedlich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Zunächst, damit wir nicht alle E-Mails im Detail durchgehen, aber doch ein paar. Die ersten haben wir geklärt mit den Erstentwurf, dann am gleichen Tag am Abend haben Sie dann verschickt:

Anbei den Letzтstand der Fragen und unsere PPT aus einer PK zum Thema BAWAG und Wi-Prüfer. – Ich nehme an, Sie meinen hier Wirtschaftsprüfer. Ich darf es Ihnen trotzdem vorlegen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

**PPT** wird wohl PowerPoint-Presentation heißen. (*Hans-Georg Kramer: Jawohl!!*) – Wieso schicken Sie die mit? Ist das wieder so ein nutzloser Ballast, den keiner braucht? Wozu schicken Sie das mit?

**Hans-Georg Kramer:** Die PowerPoint-Präsentation wurde verwendet bei einer Pressekonferenz im März 2006, glaube ich. Das waren öffentlich zugängliche Unterlagen. Die sind zur freien Verfügung gestanden, die haben sich auch die Journalisten mitgenommen, und ich habe sie wahrscheinlich zur allgemeinen Information an die Adressaten versendet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Im Zusammenhang mit dem Fragebogen?

**Hans-Georg Kramer:** Na ja, weil dort drinnen ja auch Inhalte verpackt sind, die für die Beantwortung dieser Frage Verwendung finden hätten können – und auch verwendet worden sind wahrscheinlich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Glauben Sie, dass in dieser PowerPoint-Präsentation Inhalte waren, die den Behörden nicht bekannt waren? Hat der Bundesminister Grasser über Informationen verfügt, die der FMA und der OeNB nicht bekannt waren?

**Hans-Georg Kramer:** Das glaube ich nicht, aber die PowerPoint-Präsentation hat sich ja insofern maßgeblich davon unterschieden, dass in dieser PowerPoint-Präsentation sehr kompakt und komprimiert sehr wesentliche Aussagen festgehalten sind, die aus Unterlagen – ich glaube, ich kann mich erinnern, das waren ungefähr 5 000 Seiten – herausgefiltert worden sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was soll der Nutzen für das FMA und für die OeNB im Zusammenhang mit einer Fragebogenbeantwortung sein? Auch nur theoretischer Natur? Erklären Sie mir das bitte! Wieso hängen Sie diese Datei an? Ich meine, es ist ja klar, Sie wollen doch in überhaupt keiner Art und Weise die Beantwortung beeinflussen, davon gehen wir einmal aus – oder? (*Hans-Georg Kramer: Selbstverständlich!*) – Das ist einmal gestrichen.

Wenn es nicht um die Beeinflussung der Fragen geht, dann muss es ja irgendeinem Informationszweck dienen, nämlich einer Behörde eine Information zu geben, die sie offensichtlich nicht hat.

Jetzt stellt sich nur die Frage: Was für eine Information kann der Bundesminister Grasser zur Frage BAWAG, ÖGB und so weiter haben, die die Behörden nicht haben? Wie sollten diese Informationen, die da drin sind, in irgendeiner Art und Weise hilfreich sein bei der Beantwortung des Fragebogens?

**Hans-Georg Kramer:** Es hätte ja sein können, dass sie hilfreich sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber inwiefern? Auch nur theoretisch?

**Hans-Georg Kramer:** Weil sie sehr komprimiert einen Inhalt wiedergeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Eine Kommunikation gibt es wieder, wohl weniger Inhalte, das ist wohl in erster Linie eine Kommunikation. Eine Pressekonferenz dient vor allem der Kommunikation und nicht dem Inhalt – oder?

**Hans-Georg Kramer:** Meiner Meinung nach dient eine Pressekonferenz zur Wiedergabe eines Inhaltes, und zur Wiedergabe dieses Inhaltes verwendet man eben eine Pressekonferenz. Die ist ja die Art der Kommunikation. Wesentlich ist der Inhalt einer Pressekonferenz, und das ist ein großer Unterschied.

Diese Unterlage zur Pressekonferenz hat wesentliche Inhalte, nämlich die Darstellung des Wirtschaftsprüfers über die tatsächliche Lage der BAWAG.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, in dieser Pressekonferenz wurden Informationen des Wirtschaftsprüfers, die der Minister vom Wirtschaftsprüfer hatte, der Öffentlichkeit kommuniziert? Versteh ich das richtig?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, das ist korrekt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Woher hatte denn der Bundesminister die Information?

**Hans-Georg Kramer:** Aus dem bankaufsichtlichen Prüfbericht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und wem ist dieser bankaufsichtliche Prüfbericht zugestellt worden? (*Hans-Georg Kramer: Der Behörde!*) – Also der FMA?

**Hans-Georg Kramer:** Der FMA. Und dieser bankaufsichtliche Prüfbericht, aus dem in den Unterlagen zur Pressekonferenz zitiert worden ist, wurde dem Finanzministerium zugestellt, denn das ist der bankaufsichtliche Prüfbericht aus dem Jahr 2001.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Diese Unterlage ist doch an die FMA übergeben worden – oder?

**Hans-Georg Kramer:** Nein. Im Jahr 2001 hat es die FMA noch nicht gegeben, und die Unterlagen, wie etwa der bankaufsichtliche Prüfbericht der KPMG aus dem Jahr 2001, wurden ja dann nach § 25 FMABG an die Finanzmarktaufsicht übergeben. Wir haben dann im Zuge der Aufklärung dieser ganzen Causa wieder Unterlagen bekommen, damit wir uns ein Bild über die Sache machen können, und da war auch dieser bankaufsichtliche Prüfbericht aus dem Jahr 2001 dabei, und Inhalt dieser Pressekonferenzunterlage waren Zitate aus diesem bankaufsichtlichen Prüfbericht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aha! Diese Pressekonferenz war Ende März? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage hat die FMA Ihnen diese Daten übermittelt?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe das gerade vorhin ausgeführt: § 16 Postsparkassengesetz, BWG. Also ich glaube, die gesetzliche Basis ist breit gefächert.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das Postsparkassengesetz?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, Postsparkassengesetz § 1 Abs. 2: Gewährträgerhaftung der Republik Österreich gegenüber der Postsparkasse im Ausmaß von 5,5 Millionen €. Und im Zusammenhang mit Artikel 22 B-VG verpflichtet sich die Finanzmarktaufsichtsbehörde gegenüber den Finanzministerium, sämtliche aufsichtsbehördlichen Maßnahmen, die relevant sind, umgehend mitzuteilen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wenn es hier um einen Prüfbericht von 2001 geht, kann ja „umgehend“ nicht mehr ganz zutreffend sein.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, da bin ich vollkommen anderer Meinung! Denn wenn man sich die Entwicklung des BAWAG-Prozesses ansieht, dann wird man feststellen, dass die wesentlichsten Unterlagen und die wesentlichsten Informationen betreffend diese ganze Geschichte in der Vergangenheit liegen. Genau so ist es mit dem „berühmten“ Jahr 2001.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie ist diese Informationsbeschaffung der FMA vonstatten gegangen: Haben Sie dort angerufen und gesagt, wir brauchen jetzt alle Informationen zur BAWAG?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, die Informationsbeschaffung – wie Sie es ausgedrückt haben – ist insofern vor sich gegangen, dass in erster Linie das Finanzministerium massiv unter Druck gestanden ist, nämlich unter politischem Druck, auf der einen Seite, weil wir damit konfrontiert worden sind, dass das Finanzministerium unter anderem – ich kann mich jetzt zwar nicht mehr genau daran erinnern, aber so quasi – mit schuld wäre an der Entwicklung, wie sie sich eben ergeben hat.

Das war auch mit ein Grund dafür – neben den Bemühungen zur Aufklärung und zur Sanierung des Unternehmens –, dass wir uns natürlich einen Überblick über die Historie verschaffen mussten: Was ist tatsächlich passiert? Wie ist eigentlich der ganze Aktenlauf gewesen? Welche Unterlagen hat die damalige Bankenaufsicht, als sie noch im Finanzministerium beheimatet war, bekommen?

Zum Zweck der Beantwortung dieser Fragen – und es war ja auch so, Herr Abgeordneter, dass es eine Reihe von Anfragen an den Minister und an das Ressort gegeben hat – haben wir uns dann diese Unterlagen geholt. (*Abg. Krainer: Wer ist „wir“?*) – Ich habe angerufen und habe gesagt: Wir brauchen diese Unterlagen!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wer hat sie dann geholt? Sie persönlich?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, die sind uns von der Finanzmarktaufsicht zugestellt worden in einem ... (*Abg. Krainer: Wer ist „uns“?*) – Dem Finanzministerium. Ich habe sie persönlich übernommen, sie sind mir in einem Karton übergeben worden. Das waren ungefähr – der Karton hatte die Größe eines Kartons, in dem Kopierpapier drinnen ist, und dieser Karton war ungefähr so hoch – 5 000 Seiten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Diesen Karton haben Sie als Kabinettsmitglied bekommen?

**Hans-Georg Kramer:** Mir ist das übergeben worden, jawohl.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wann ungefähr ist Ihnen das übergeben worden?

**Hans-Georg Kramer:** Die Pressekonferenz war im März, glaube ich. Die Unterlagen sind uns ein paar Tage vorher, wenn nicht überhaupt einen oder zwei Tage vorher ... – Ich glaube, sie sind uns einen Tag vorher übergeben worden, am späteren Nachmittag.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben dann über Nacht (*Obmann-Stellvertreter Parnigoni gibt das Glockenzeichen*) diese 5 000 Seiten durchgearbeitet (*Hans-Georg Kramer: Das ist richtig!*) und diese PowerPoint-Präsentation erstellt?

**Hans-Georg Kramer:** Das ist vollkommen korrekt. Nicht nur ich, sondern auch Kollegen von unserem Haus haben die ganze Nacht diese Unterlagen durchgearbeitet, inklusive der Assistentinnen, und der Minister hat das dann – ich glaube, dass es am nächsten Tag war – in Form einer PowerPoint-Präsentation präsentiert. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Kann ich jetzt weiterfragen, oder?

**Obmann-Stellvertreter Rudolf Parnigoni:** Die 10 Minuten sind um.

Die nächste Partei ist die ÖVP. – Keine Fragen.

Grüne? – Bitte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Kramer, wir kommen jetzt von der anderen Seite dieses E-Mail-Verkehrs und sind damit wieder am 6. 6. angelangt. Der Bericht war das Attachment, und Sie schreiben:

„Liebe Kollegen,

anbei die korrigierte Endversion des Fragen und Antwort Paketes.“

Und jetzt kommt's:

„Bitte NUR dieses verwenden“.

Sie erinnern sich an den Vorgang? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Was ist mit „Bitte NUR dieses verwenden“ gemeint?

**Hans-Georg Kramer:** Das ist Ausdruck dessen, dass das die Finale Version ist. So wie wahrscheinlich üblich, wenn Sie von Ihren Mitarbeitern eine Rede bekommen, die dann korrigiert wird und die Sie danach als Endversion bekommen; haben Sie eine finale Version. Genauso war dies auch hier der Fall, das war die finale Version.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber wieso „verwenden“? Wer sollte das nur so „verwenden“?

**Hans-Georg Kramer:** Ich weiß nicht, was die Behörden damit machen – ablegen, speichern; keine Ahnung.

Ich kann Ihnen nur aus meiner eigenen Praxis sagen, dass es immer mühsam ist, wenn man mehrere Versionen hat, die dann überarbeitet und korrigiert werden. Sie haben mir ja selbst vorgehalten, dass ich mich nicht mehr daran erinnern kann, wer welche Änderungen einer Textpassage vorgenommen hat. Genau für so einen Fall ist es der Zweck, dass man sagt: **Das** ist jetzt die Endversion!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, in der Tat. Sie haben dieses E-Mail an Dr. Traumüller, an Dr. Pribil und an Josef Christl geschrieben. Wieso sollten Traumüller, Pribil und Christl, die ja ihrerseits an maßgeblicher Position von unabhängigen Behörden sind, nur genau dieses verwenden?

Das Finanzministerium hat ja zur Beantwortung der Fragen eingeladen. Dann wird ein Bericht verfasst, der endkorrigiert wird, der an maßgeblichen Stellen abweicht – und dann richtet plötzlich das Ministerium den unabhängigen Behörden aus, was sie zu verwenden haben. – Wie erklären Sie diesen Vorgang?

**Hans-Georg Kramer:** Ich brauche den Vorgang überhaupt nicht zu erklären, weil ich den Behörden überhaupt nichts ausgerichtet habe, was sie zu tun haben und was sie nicht zu tun haben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** In welcher Funktion haben Sie denn Dr. Traumüller angeschrieben?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe Herrn Dr. Traumüller in seiner Funktion als Vorstand der Finanzmarktaufsicht angeschrieben, genauso wie ich Herrn Kurt Pribil in seiner Funktion als Vorstand angeschrieben habe, als ich ihm die Fragen geschickt habe, Herr Abgeordneter. (*Obmann Dr. Fichtenbauer übernimmt wieder den Vorsitz.*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ja, Sie schreiben Fragen aus, bekommen Antworten, es wird korrigiert, und dann sollen das die unabhängigen Behörden verwenden. Ich glaube, auch da brauchen wir nicht mehr weiterzufragen, genauso wenig wie bei dem Punkt, dass das, was Sie als Ziel vorgegeben haben, letztlich 1 : 1 den ganzen Bericht samt Überschriften ausmacht.

Ich möchte jetzt, weil wir die Chance haben wollen, bis 18 Uhr möglichst weit zu kommen, dem Kollegen Krainer wieder die Möglichkeit geben, weiterzufragen, und behalte mir selbst andere Fragen vor. (*Abg. Mag. Kukacka: Vielleicht keine Wiederholungen, wenn es geht!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Als Nächste: die FPÖ. – Bitte.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ich hätte noch eine abschließende Frage zu dem Themenkomplex, den ich zuerst erörtert habe. Sie haben gesagt, es gibt oder es gab relevante und nicht relevante Aktenteile, und die wurden dann eben entsprechend eingestuft und als solche bewertet.

**Hans-Georg Kramer:** Nein, das habe ich nicht gesagt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Können Sie das noch einmal erklären? – Vielleicht habe ich das einfach anders aufgefasst.

**Hans-Georg Kramer:** Wir unterscheiden bei Akten überhaupt nicht, ob sie relevant oder irrelevant sind. Akt ist Akt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Gut, wenn also Akt Akt ist, dann müsste ja eigentlich über jeden Eingang auch ein entsprechender Vermerk vorliegen, ein Eingangsvermerk oder was auch immer, und in weiterer Folge auch eine Veraktung vorgenommen werden. – Oder hat das nicht unbedingt diese Folge?

**Hans-Georg Kramer:** Das wird alles protokolliert, selbstverständlich! Jeder Brief, der zu uns kommt, wird registriert.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Gibt es oder gab es also zum Beispiel über diesen Fragebogen einen Akt? Gab es eine Veraktung?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, der ist nicht veraktet worden.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Das ist aber merkwürdig. Wenn Sie mir sagen, jeder Teil ist ein Akt ...

**Hans-Georg Kramer:** Nein, das habe ich nicht gesagt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Sie haben gesagt, jedes Stück, das eingeht, stellt einen Akt ...

**Hans-Georg Kramer:** Wird **registriert**, habe ich gesagt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ist also der Vorgang dieses Fragebogens registriert worden?

**Hans-Georg Kramer:** Na ja, es war abgespeichert. Jedes Schriftstück, das kommt, bekommt einen Einlaufstempel, jedes E-Mail wird abgespeichert, und jeder Akt hat eine Geschäftszahlnummer.

Dieser Fragenkatalog war aber kein Akt, er war auch kein Bestandteil eines Aktes, sondern er war eine Vorbereitung für eine Redeunterlage, wenn Sie so wollen. Genauso, wie jede Rede für den Bundesminister auch nicht veraktet worden ist, sondern die ist eben ganz normal abgespeichert, ohne Akt.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Stand diese Vorgehensweise im Einklang mit der Haus- und Kanzleiordnung? (*Abg. Mag. Kukacka: Natürlich!*)

**Hans-Georg Kramer:** Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht beurteilen.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ich habe nur festgestellt, dass ich mich erstaunt zeige, dass Herr Mag. Kukacka offenbar sogar die Haus- und Kanzleiordnung kennt. (*Abg. Mag. Kukacka: Weil ich einmal bei einem SPÖ-Minister als Staatssekretär gearbeitet habe!*)

Ich glaube, ich bin am Wort. (*Abg. Mag. Kukacka: Ich weiß, wie es dort zugeht!*) Herr Kollege, ich weiß, dass ich am Wort bin. Sie können sich dann gerne zu Wort melden. (*Abg. Mag. Kukacka: Nur zu meinem Zwischenruf!*) Können Sie mir den tatsächlichen Grund nennen, warum dieser relativ intensive Aktenverlauf, der sich ja immerhin an die FMA richtete, mit dem man die Nationalbank um Unterstützung ersuchte, der oft mehrfach mit Korrekturen hin und her ging, nicht veraktet wurde? Was war tatsächlich der Grund dafür?

**Hans-Georg Kramer:** Weil es einfach nicht notwendig war, diese Schreiben zu verakten. Es gibt viele E-Mails, die hin und her gehen – wie Sie das jetzt ausgedrückt haben – und oft nicht Bestandteil eines Aktes sind.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Wer hat entschieden, ob das veraktet wird oder nicht? Sie?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, ich habe das überhaupt nicht entschieden, sondern wenn, dann wird so etwas von unserem Präsidium entschieden. Aber so, wie ich meine Kollegen kenne, die im Präsidium tätig sind, legen sie größten Wert auf ordnungsgemäße Vollziehung sämtlicher Erlässe und Dienstanweisungen. Ich gehe davon aus, dass sie das nach bestem Wissen und Gewissen so entschieden haben, wie sie es eben entschieden haben.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ja, das ist auch kein Problem. Wir wollen nur wissen, wie die Aktenabläufe insgesamt waren.

Können Sie mir sagen – weil das für mich jetzt in dieser Befragung neu ist –, was das Präsidium ist und aus welchen Personen es sich rekrutiert hat?

**Hans-Georg Kramer:** Das Präsidium ist die Sektion I. In der Sektion I werden hauptsächlich jene – was heißt „hauptsächlich“, es werden schwerpunktmäßig jene Tätigkeiten vollführt, die im unmittelbaren organisatorischen Zusammenhang mit dem Finanzministerium als solchem stehen.

Das Finanzministerium verfügt ja nicht nur in der Zentralstelle über 900 Mitarbeiter, sondern österreichweit über zirka 11 000 oder 12 000. Das heißt, wir haben eine Personalabteilung, wir haben eine Personalentwicklung, wir haben eine Controlling-Abteilung, wir haben eben eine Abteilung wie die bereits sehr oft erwähnte Abteilung des Kollegen Wallner, die sich mit der parlamentarischen Korrespondenz beschäftigt. Es gibt eine Abteilung, die unser Beteiligungsmanagement macht.

All diese Abteilungen repräsentieren die Sektion I, in der auch das Präsidium beheimatet ist.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Können Sie mir jetzt noch sagen, wer damals aktuell im Präsidium saß?

**Hans-Georg Kramer:** „Saß“? – Herr Mag. Wallner war und ist der aktuelle Abteilungsleiter.

**Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ):** Ja, aber ein Präsidium besteht ja nicht nur aus Herrn Wallner. Ein Präsidium, wie Sie es jetzt geschildert haben, muss sich ja aus mehreren Personen zusammensetzen.

**Hans-Georg Kramer:** Aber **die** zuständige Fachabteilung ist die Fachabteilung I/4 mit dem Abteilungsleiter Wallner; die entscheiden das. Die Mitarbeiter dieser Abteilung sind jene Personen, die da die absoluten Experten sind.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Als Nächste: SPÖ. – Bitte, Herr Kollege.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben das also in der Nacht ausgearbeitet, das war irgendwann im März, und haben dann Ende Mai, also zirka zwei Monate später, diesen Fragenkatalog verschickt. Sie hatten eine Besprechung im Finanzministerium, bevor Sie das letzte E-Mail, das Ihnen vorgelegt worden ist, verschickt haben. War da auch diese PowerPoint-Präsentation ein Thema? (**Hans-Georg Kramer: Welche Besprechung?**) – Die Besprechung, in der die Fragen abgeklärt wurden. In der Früh schicken Sie an OeNB und FMA den Fragebogen und sagen quasi: Heute durchschauen, bei der Besprechung werden wir das besprechen. Es findet irgendwann des Nachmittags oder frühen Abends eine Besprechung statt, und dann ...

**Hans-Georg Kramer:** Ich kann nicht ausschließen, dass diese Unterlage Gegenstand in dieser Besprechung war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das können Sie nicht ausschließen. Aber Sie wissen es einfach nicht mehr? (*Die Auskunftsperson schüttelt verneinend den Kopf.*)

Können Sie mir jetzt, zumindest theoretisch, irgendwie darlegen, was für einen Nutzen OeNB oder FMA bei der Beantwortung des Fragebogens aus dieser PowerPoint-Präsentation hätten ziehen können?

**Hans-Georg Kramer:** Ob die Finanzmarktaufsicht oder die OeNB daraus einen Vorteil gehabt haben oder nicht – ich glaube, sie werden wahrscheinlich keinen Vorteil gehabt haben. Aber es **war** eine komprimierte Unterlage, es war eine Unterlage aus der Pressekonferenz, und ich habe diese den von Ihnen zitierten Behörden übermittelt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wieso haben Sie das eigentlich nicht gleich im März übermittelt, wenn das eine so spannende, wichtige Unterlage ist, wenn so viel Arbeit drinsteckt und man eben auf diese Arbeit stolz ist? Wieso übermitteln Sie es dann nicht gleich im März, sondern zwei Monate später im Zusammenhang mit einem Fragebogen, von dem Sie selbst sagen, Ihnen fällt nicht einmal theoretisch ein, welchen Nutzen das hätte haben können – sofern wir natürlich die Beeinflussung ausklammern, was wir ja hier tun. (*Hans-Georg Kramer: Frage?*) – Wieso schicken Sie es ihnen nicht im März?

**Hans-Georg Kramer:** Das kann ich nicht ausschließen. Vielleicht habe ich es im März auch geschickt. Keine Ahnung, ich weiß es nicht. (*Abg. Mag. Kukacka: Kollege Parnigoni, du kannst doch jetzt nicht heimgehen!*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, das wissen Sie nicht. (*Abg. Mag. Kukacka: Parnigoni geht einfach heim! Wird ihm auch schon zu viel!*)

Dann bekommen Sie am nächsten Tag in der Früh ein E-Mail, das Ihnen von Matthias Klinger vorgelegt wird und in dem er Ihnen schreibt:

„anbei schick ich Dir eine erste Ausarbeitung unserer Beantwortung. Da diese eine mehr als Rohfassung ist – die ich gestern schnell vor unserem Termin herunter geklopft habe – ist sicherlich noch einiges auszubessern.“

Endfassung morgen Mittag. Zusammen mit ein paar positiven Fragen – Antworten.

LG

Matthias“

Das hat Klinger anscheinend geschrieben, bevor er die richtungweisende, zwei Monate alte PowerPoint-Präsentation bekommen hat, in der es vor allem um Wirtschaftsprüfer geht.

Sie schreiben innerhalb einer halben Stunde zurück:

„Ich habe sie mir durchgesehen“ – also die Antworten.

„Bitte bei den Antworten die 3 Instanzen angeben, es kann sie jeder gestellt bekommen“.

Was bedeutet das?

**Hans-Georg Kramer:** Soweit ich mich erinnern kann, haben wir uns auch im Banken-Untersuchungsausschuss schon einmal über dieses E-Mail unterhalten.

Die drei Instanzen kann ich mir nur so erklären, dass wir hier die Beantwortung dieser Fragen aufgeteilt haben, sodass noch einmal klar war, wer welche Fragen beantwortet, damit es da keine Doppelgleisigkeiten gibt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was heißt das jetzt? Wo ist dazuzuschreiben: die drei Instanzen?

„Bitte bei den Antworten die 3 Instanzen angeben“ – also die FMA schickt Ihnen Antworten.

Was für Instanzen hätten sie dort bei ihren Antworten angeben sollen?

**Hans-Georg Kramer:** Das ist eine mögliche Erklärung, die ich mir darüber denke, was damit gemeint war. Ich meine, das E-Mail ist über ein Jahr alt, daher bitte ich um Verständnis dafür, dass ich Ihnen nicht mehr hundertprozentig genau sagen kann, was ich mit jedem Punkt und Beistrich ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das E-Mail ist über zwei Jahre alt.

**Hans-Georg Kramer:** Danke. Dann ist es zwei Jahre alt, dann erinnere ich mich noch schwerer.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, schwieriger – schwerer geht es nicht.

Aber was ist jetzt die Handlungsanleitung? Klinger bekommt das, und was soll er machen? Soll er bei seinen Fragen „FMA“ dazuschreiben? Oder was soll er tun?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe Ihnen gerade vorhin gesagt, das E-Mail ist zwei Jahre alt, ich bitte um Verständnis, dass ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie können es also nicht mehr sagen? (*Hans-Georg Kramer: Richtig!*) – Gut.

„Wenn möglich oder vorhanden einbauen dass die Vorstände in den Managementgesprächen nicht nur keine Hinweise auf die Situation machten sondern sogar von einer sehr guten Lage der Bank sprachen...wie werden unseren Plan übertreffen“ – ich nehme an, das soll heißen: „wir werden unseren Plan übertreffen“ – „...usw“.

Was bedeutet das?

**Hans-Georg Kramer:** Danke vielmals für diesen Hinweis! Denn jetzt kann ich mich wieder nahezu grenzenlos daran erinnern. Das war doch ein E-Mail, das Herr Kollege Stadler, den es ja in diesem Haus nicht mehr gibt ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gibt es noch immer in diesem Haus!

**Hans-Georg Kramer:** Ah, den gibt es noch immer! Schade, dass er heute nicht hier ist.

Das haben wir ja sehr intensiv miteinander besprochen. Nämlich: Bei „wie“ handelt es sich um einen Tippfehler – das können Sie alles in Ihrem Protokoll vom Vorjahr nachlesen –, dabei handelt es sich um einen Tippfehler, und das ist ein Zitat, das zum Ausdruck bringt, dass das Management gegenüber Dritten immer wieder suggeriert hat: Wir, also das Unternehmen BAWAG/P.S.K., werden unsere Erwartungen – Klammer auf: in Bezug auf die Geschäftsentwicklung, Klammer zu – entwickeln.

Das ist ein Zitat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Woher haben Sie dieses Zitat?

**Hans-Georg Kramer:** Dieses Zitat ist, soweit ich mich jetzt erinnern kann, aus einem Schreiben des Managements der BAWAG an die Österreichische Nationalbank aus dem Jahr 2000 oder 2001.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. – Das heißt, Sie haben sich quasi die Antwort durchgelesen und haben erstens einmal gemeint: drei Instanzen angeben. Sie wissen nicht mehr, was Sie damit gemeint haben, aber irgend etwas.

Als Nächstes sagen Sie: Da gibt es ein Zitat, bitte dieses Zitat bei der Beantwortung dieser Frage einbauen! – Verstehe ich das richtig? (**Hans-Georg Kramer:** Ja!) – Gut.

Das Nächste ist: Die Verantwortung WP – ich nehme an, das soll Wirtschaftsprüfer heißen – mehr herausheben – beziehungsweise herausgeben, aber egal: herausgeben oder herausheben – ... Redepflicht gegenüber FMA.

Das heißt, auch das ist ein Hinweis von Ihnen: Bitte betont mir das bei der Beantwortung stärker, oder schreibt es noch stärker hinein, oder schreibt es überhaupt erst hinein!, verstehe ich das richtig?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe an Kollegen Klinger geschrieben: mehr herausheben, und damit war mehr herausheben gemeint, nicht mehr und nicht weniger.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also das gehört mehr herausgehoben? (**Kramer:** Ja!) – Hat er das dann getan?

**Hans-Georg Kramer:** Ich nehme an.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also Sie nehmen an, dass er diesen Wünschen nachgekommen ist.

Dann gibt es ein Mail von ihm, das schickt er Ihnen am nächsten Tag um 14 Uhr, das verkürzt so lautet:

Lieber Hans-Georg! Anbei unsere Antworten; es fehlt leider noch etwas, das dauert bis zum späten Nachmittag. Danke, Matthias.

Und dann kommt das berühmte „Adelheid, es ist so weit!“ – Das heißt, das ist der endgültige Text, der wurde ihnen bereits vorgehalten.

Dann schicken Sie das nächste E-Mail am Vormittag des 7. Juni um 10.45 Uhr aus ... Entschuldigung, Sie schicken das nicht am 7. Juni, sondern am 1. Juni um 18.42 Uhr aus, also unmittelbar nachdem Sie das „Adelheid, es ist so weit!“ bekommen.

Liebe Kollegen! Anbei die Fassung der Fragen mit Stand 1.6.06, 18.30 Uhr.

Das heißt, Sie waren quasi die Stelle, die das alles gesammelt hat.

**Hans-Georg Kramer:** Nein, ich war nicht die Stelle, die das gesammelt hat!

Ich habe das heute schon dargelegt: Die Finanzmarktaufsicht hat die Beantwortung der Fragen an mich gemalt und die Oesterreichische Nationalbank hat die Beantwortung der Fragen direkt in die Abteilung geschickt. Dort ist das Ganze dann „verwurstet“ und endredaktionell behandelt worden.

Dann es ist mir geschickt worden, und ich habe es weitergeleitet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das kann ich mir kaum vorstellen, was Sie jetzt gerade sagen, weil „Adelheid, es ist so weit!“ ist um 17.53 Uhr an Sie gemalt worden, und Sie verschicken um 18.42 Uhr die geänderte Version. – Da wird wohl nicht mehr viel redaktionell verwurstet worden sein.

**Hans-Georg Kramer:** Bei allem gebührendem Respekt: Nur weil Sie sich das nicht vorstellen können, heißt das nicht, dass wir nicht effizient arbeiten, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich sage Ihnen auch wieso: weil nämlich das nächste Mail – mit der Endfassung – dann erst am 7. Juni kommt. **Da** glaube ich gerne, dass das in der Zwischenzeit redaktionell genau „durchgewurstelt“ und bis auf jeden Beistrich kontrolliert wurde.

**Hans-Georg Kramer:** Wieso? – Herr Abgeordneter, Sie zitieren aus einer E-Mail von mir, wo ich unmissverständlich hineinschreibe: die Fassung der Fragen, Stand 1.6.06, 18.30 Uhr. – Ich weiß nicht, wo da der Widerspruch sein soll.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie auch das von jemandem bekommen, oder haben Sie das selbst zusammengetragen?

**Hans-Georg Kramer:** Was habe ich von wem? Was meinen Sie?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben ja etwas von der FMA, von Herrn Klinger bekommen. (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Was haben Sie damit gemacht? Haben Sie das an Herrn Wallner weitergeschickt?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, ich sage es Ihnen gerne noch einmal: Ich habe dieses E-Mail von Herrn Mag. Klinger bekommen – Herr Mag. Klinger hat Ihnen heute zweifellos auch erklärt, wie das vor sich gegangen ist –, und ich habe dann dieses E-Mail sicherlich an Kollegen Wallner, an Kollegen Maerschalk und an Kollegen Lejsek weitergeleitet. Und die OeNB – wie ich es Ihnen jetzt, glaube ich, schon zehnmal gesagt habe – hat diese Unterlage direkt in die Abteilung I/4 geschickt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. – Die müssen Ihnen dann aber auch etwas geschickt haben! Das heißt, Sie haben dann von Kollegem Wallner oder von Kollegem Lejsek oder von Kollegem Maerschalk ein E-Mail bekommen mit: Fassung, Stand 1.6.06, 18.30 Uhr.

**Hans-Georg Kramer:** Wahrscheinlich, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und das haben Sie dann weitervermailt.

Wer hat denn die Endredaktion, die Freigabe durchgeführt? Wer hat das Dokument für den Minister freigegeben? (*Hans-Georg Kramer: Ich!*) – Sie. Das heißt, Sie sind am Schluss noch einmal alles durchgegangen und haben quasi gesagt: Jetzt gilt es! (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Okay.

Und das haben Sie dann, wenn ich Ihnen das nächste E-Mail vorhalten darf, am 7. Juni um 10.47 Uhr verschickt.

Liebe Kollegen! Anbei die korrigierte Endversion des Fragen- und Antwortpaketes. Bitte NUR – „nur“ groß geschrieben – dieses verwenden. – Zitatende.

Haben Sie vorher gesagt, dass das sozusagen nur zur Info ist, während das jetzt das Endgültige ist? Welchen Verwendungszweck hätten Heinrich Traumüller, Matthias Klinger und Josef Christl dafür haben sollen? Welchen Verwendungszweck?

**Hans-Georg Kramer:** Ja – die Fragestellung ist der von Herrn Abgeordnetem Kogler ähnlich –, nämlich der sichere Hinweis, dass das jetzt die „last version“ ist, wie es so schön heißt: Das ist die letzte Version – endredaktionell bearbeitet und die letzte Version.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und welchen Verwendungszweck sollte die haben?

**Hans-Georg Kramer:** Ich weiß nicht, was sie damit gemacht haben: gespeichert, weggeschmissen? – Keine Ahnung!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sagen ja: NUR dieses verwenden, mit groß geschriebenem „nur“, das heißt, auf gar keinen Fall eine andere Version verwenden!

**Hans-Georg Kramer:** Na selbstverständlich! Wenn Sie heute einen Redebeitrag schreiben, und dieser wird mehrfach textlich überarbeitet, dann werden auch Sie großen Wert darauf legen, dass dann in der Print-Version die „last version“ abgedruckt

wird, oder? – Und genauso war es auch bei diesem Konvolut, als wir gesagt haben: Das ist jetzt die letzte Version.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben FMA und OeNB das irgendwo abgedruckt? Weil Sie von der letzten Druckversion sprechen?

**Hans-Georg Kramer:** Ich habe nicht von der letzten Druckversion gesprochen; ich habe gesagt, das war die „last version“.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja, aber wozu sollen sie sie verwenden?

**Hans-Georg Kramer:** Entschuldigung, sie haben uns ja dabei unterstützt, dass wir diese Unterlage haben erstellen können. Nennen Sie es **Service**, dass wir der Finanzmarktaufsicht und der OeNB präsentiert haben, was wir daraus gemacht haben!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Dann hätten Sie aber „zur Info“ oder „zur Kenntnisnahme“ oder „zur Information“ geschrieben, aber doch nicht „zur Verwendung“. (*Zwischenrufe bei der ÖVP sowie des Abg. Mag. Darmann.*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Entschuldigung! Die Antwort ist gegeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich habe jetzt eine neue Frage gestellt, darauf habe ich noch keine Antwort.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Es ist so geschrieben worden, wie es geschrieben worden ist. Das war keine Frage. – Bitte eine Frage zu stellen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Doch! Ich habe schon eine Frage gestellt. Wieso haben Sie dann nicht geschrieben: „Zur Information“ oder: „Zur Information, anbei die korrigierte Endversion“? – Dann wäre es klar!

**Hans-Georg Kramer:** Weil ich es so geschrieben habe, Herr Abgeordneter. – Ende.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie können es aber nicht plausibel darlegen?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Auch das ist keine Frage, das ist eine Interpretation des Textes. – Für die Auskunftsperson war es offensichtlich plausibel, es so zu schreiben.

Ich bitte, Fragen im Rahmen des Beweisbeschlusses zu stellen!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich darf Ihnen jetzt diese letzte Version vorhalten.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Wenn Sie das anschauen, gleich einmal auf der Inhaltsseite: Können Sie mir bitte erklären, ob es ein Kapitel 1 gibt und welche Überschrift es trägt? – Ich habe es nämlich nur einmal und deswegen sehe ich es selbst nicht.

**Hans-Georg Kramer:** Keine Verfehlungen der Behörden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und gibt es da ein Kapitel 2?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, das gibt es auch; es gibt sogar ein Kapitel 3!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aha. – Und welchen Titel trägt das Kapitel 2?

**Hans-Georg Kramer:** Netzwerk der SPÖ verantwortlich für Schaden in der BAWAG und im ÖGB.

Und der Titel des Kapitel 3 lautet – um die Frage vorweg zu beantworten –: ÖVP/BZÖ rettet die BAWAG vor der Pleite.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Jetzt habe ich noch eine Frage dazu: Gibt es bei Kapitel 1 Unterkapitel oder Zwischenkapitel?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, die gibt es auch.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Welche Titel tragen diese?

**Hans-Georg Kramer:** Die Unterkapitel des Kapitel 1 lauten: Gebarung der Aufsicht bei der BAWAG darstellen, ... – Machen wir jetzt eigentlich einen Lesewettbewerb?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das reicht mir schon! – Meine Frage dazu: Entspricht das der Struktur von Zielen, Maßnahmen und Fragen? Ist diese Struktur dann im gesamten Text übernommen worden?

**Hans-Georg Kramer:** Können Sie Ihre Frage bitte wiederholen?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, im Prinzip bilden die Ziele die Kapitelüberschriften, die Maßnahmen bilden die Zwischenüberschriften und die Fragen vor den Antworten – jeweils zugeordnet – die einzelnen Überschriften.

**Hans-Georg Kramer:** Das ist keine Frage, Herr Abgeordneter. – Wenn Sie das so interpretieren, ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Das ist ja evident aus dem Dokument zu entnehmen. Das ist so, wie es ist. – Und jetzt bitte ich eine Frage zu stellen, wenn noch Fragen offen sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben hier die Endredaktion gemacht. – Das heißt, obwohl es gar keinen inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Zielen und den Maßnahmen gibt, finden sie sich da wieder. Obwohl die Ziele hier einfach nur vorangestellt sind – ohne jeden Zusammenhang mit den Maßnahmen und mit den Fragen – finden sie sich jetzt plötzlich da als Kapitelüberschriften?

**Hans-Georg Kramer:** Es war ja auch eine Unterlage für den Bundesminister für Finanzen, wie ich schon mehrfach ausgeführt habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber Sie haben ja gesagt, es gibt überhaupt keinen inhaltlichen Zusammenhang! Sie haben nur zufällig eine ähnliche Nummerierung.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, Sie verdrehen mir jetzt das Wort im Mund – und das weise ich auf das Schärfste zurück! (*Abg. Krainer: Ich ...!*) – Ich bin bei der Beantwortung einer Frage, und ich sage Ihnen hier noch einmal: Es hat von den Zielen keine Beeinflussung und keine Vorgaben gegeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

**Hans-Georg Kramer:** Das macht ja nichts, ich wiederhole das sehr gerne: Ich habe Ihnen gesagt, dass es keine Beeinflussung und keine Vorgaben auf die Beantwortung der Fragen gegeben hat. – Und dieses Dokument, das Sie mir jetzt vorgelegt haben, ist die Unterlage für den Bundesminister für Finanzen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und wieso vermailen Sie die dann an Traumüller, Pribil, Klinger und Christl, wenn sie nur für den Bundesminister ist?

**Hans-Georg Kramer:** Das habe ich Ihnen gerade vor fünf Minuten beantwortet, aber ich beantworte es Ihnen gerne noch einmal.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das ist ja, glaube ich, eine Redeunterlage, eine Art Speaking Note für den Rechnungshof-Unterausschuss, oder? Habe ich das richtig in Erinnerung?

**Hans-Georg Kramer:** Das war eine Unterlage für den Rechnungshof-Unterausschuss, das ist korrekt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Waren dort die anderen Herren – Traumüller, Pribil und Christl – auch geladen?

**Hans-Georg Kramer:** Ich nehme an, dass sie geladen waren, ja. (*Abg. Krainer: Zum selben Thema?*) – Wahrscheinlich! Aber zum selben Thema werden sie nicht geladen gewesen sein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Kann es sein – oder ist das jetzt eine vollkommene Fehlinterpretation? –, dass sich dieses: „Bitte NUR dieses verwenden“, auf die Speaking Notes für den Rechnungshof-Unterausschuss bezogen hat, im Sinne von: als Speaking Notes nur **diese** Version verwenden und nicht frühere? Ist es vermessen, diese Interpretation anzustellen, oder könnte sie durchaus der Wahrheit entsprechen?

**Hans-Georg Kramer:** Diese Unterlage – noch einmal – ist für den Bundesminister für Finanzen erstellt worden. Das war der alleinige Zweck für die Erstellung dieser Unterlage! Ob Kurt Pribil oder Heinz Traumüller oder Gouverneur Liebscher, sofern auch er im Ausschuss gesessen ist (*Abg. Krainer: Nein, der war nicht da; das war Herr Christl!*) – das weiß ich nicht; dann war eben Herr Christl im Ausschuss! –, diese Unterlage verwendet hat oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Einziges Ziel zur Erstellung dieser Unterlage war, eine Unterlage für den Bundesminister für Finanzen auszuarbeiten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das war jetzt nicht meine Frage. – Meine Frage bezog sich auf ein E-Mail, das Sie verschickt haben, und lautet, ob die Interpretation zulässig ist, dass mit diesem: „Bitte NUR dieses verwenden“, in der E-Mail gemeint war, dass diese Speaking Notes nicht nur für den Minister, sondern auch quasi die Guidelines für Traumüller, Pribil und Christl sind, und dass sie bitte nur diese Version als Speaking Notes verwenden sollen, und nicht frühere.

Sie können ja gerne sagen: Nein, so war das E-Mail nicht gemeint! – Es ist einfach eine Frage.

**Hans-Georg Kramer:** Schauen Sie, Herr Abgeordneter, ich interpretiere hier keine E-Mails! Und schon gar nicht interpretiere ich meine eigenen E-Mails, sondern ich sage Ihnen, was damit gemeint war und was damit nicht gemeint war, was ihr Zweck war und wofür sie verwendet worden sind. – Und ich habe Ihnen jetzt schon mehrfach gesagt, wofür dieses E-Mail und wofür dieser Dateianhang verwendet worden ist. Und was andere Dritte damit gemacht haben, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigung, aber dieses E-Mail geht nicht an Mag. Karl-Heinz Grasser, also kann es nicht dem Zwecke dienen, dass er seine Speaking Notes bekommt! Sie werden mir doch nicht erzählen, dass Sie, wo Sie mit ihm im Büro sitzen, dem Minister über den Umweg von FMA oder OeNB Speaking Notes zukommen lassen?!

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, gut, dass Sie das jetzt anschneiden, weil nämlich genau über diesen Themenkomplex haben wir uns vor einem Jahr sehr intensiv unterhalten, als Sie mich gefragt haben, wie ich dem Herrn Bundesminister diesen Komplex übergeben, gemailt und so weiter habe – das können Sie gerne nachlesen.

Fakt ist – und jetzt wiederhole ich, was ich voriges Jahr gesagt habe –, dass ich diese Datei ausgedruckt und dem Bundesminister für Finanzen in die Hand gegeben habe. – So war es und nicht anders.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, also dieses E-Mail diente nicht der Information des Bundesministers. (*Hans-Georg Kramer: Nein, Sie haben mir...!*) – Das ist schon okay, das habe ich sowieso gesagt. Da sind wir einer Meinung! (*Hans-Georg Kramer: Nein, sie haben mir unter...!*) – Ich sage, dieses E-Mail diente ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Entschuldigung! Ich bitte nicht in scharf attackierender Art – so hört es sich an – miteinander umzugehen, sondern in aller Ruhe zu fragen und in aller Ruhe zu antworten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich mache Ihnen einen Vorhalt: Ich sage Ihnen, dieses E-Mail diente dazu, dass Heinrich Traumüller, Kurt Pribil – der übrigens die Unterlage wahrscheinlich niemals bekommen hat; zumindest schreibt er sich anders, und ich gehe davon aus, dass Sie eine Fehlermeldung bekommen haben – und Josef Christl darüber informieren wollten, was der Minister sagt, dass sie selber diese Speaking Notes haben und dass sie bitte bei ihrer eigenen Aussage nur diese Version verwenden und nicht frühere Versionen, das heißt, dass es in Wahrheit einem Streamlining der Aussagen dieser verschiedenen Personen gedient hat. – Ich mache Ihnen diesen Vorhalt und möchte gerne wissen, was Sie dazu sagen.

**Hans-Georg Kramer:** Das war keine Frage, Herr Abgeordneter – erster Punkt.

Zweiter Punkt: Herr Abgeordneter, ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Die Frage lautet – ich ziehe das jetzt an mich –: Sollte dieses E-Mail neben der von Ihnen dargestellten Informationserteilung an den Bundesminister auch zur Informationserteilung an die anderen Empfänger laut diesem E-Mail dienen, oder sollte es eine Gesprächs- oder Handlungsanweisung sein, soweit Sie selbst aus eigener Wahrnehmung und aus eigenem Wissen darüber Auskunft geben können.

**Hans-Georg Kramer:** Nein! Es war einzig und allein eine Information für den Bundesminister für Finanzen. – Punkt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Dieses E-Mail kann keine Information für den Bundesminister für Finanzen darstellen: Er ist nicht Adressat davon! – Das haben wir schon geklärt.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter Krainer, ich habe Verständnis dafür, dass Sie die Realität, so wie sich die Realität eben darstellt, schwer umgehen können, und dass Sie meinen Ausführungen, so wie ich sie hier unter Wahrheitspflicht mache – das merke ich noch an –, wenig Glauben schenken, weil sie Ihnen ganz einfach nicht passen. Aber ich sage Ihnen das hier jetzt noch einmal in aller Deutlichkeit, so wie ich das voriges Jahr schon gemacht habe: Das ist die reine Wahrheit, und ich bin der Wahrheit verpflichtet, die ich hiemit kundtue!

Noch einmal: Diese Unterlage war eine Redeunterlage oder eine Informationsunterlage für den Bundesminister für Finanzen. – Punkt. Ich habe diese Unterlage der Finanzmarktaufsicht und der Österreichische Nationalbank per E-Mail übermittelt. Na, und warum habe ich sie übermittelt? – Weil sie daran mitgearbeitet haben – egal, ob Sie das jetzt verstehen wollen oder nicht!

Der Grund, warum diese Unterlage erstellt worden ist, war einzig und allein, dass sich der Herr Finanzminister hier hersetzen kann und die Fragen, die Sie ihm stellen, beantworten kann, nicht mehr und nicht weniger. – Da können Sie jetzt hineingehheimnissen, was Sie wollen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich habe dem Finanzminister hier keine einzige Frage gestellt – das nur zu Ihrer Information. (**Obmann Dr. Fichtenbauer:** Die

*Frage ist beantwortet! – Hans-Georg Kramer: Ihre Fraktion!*) – Die gehört auch nicht mir, ich gehöre einer an. – Aber wie dem auch sei.

Nächster Vorhalt: Ich halte Ihnen vor, dass dieses RH-UA BAWAG, also diese Unterlage, die Ihnen vorgehalten wurde betreffend den Rechnungshof-Unterausschuss BAWAG mit den Zielen, mit den Maßnahmen und Fragen, dergestalt hergestellt wurde, dass zunächst die Ziele definiert wurden – die kommunikationspolitischen Ziele des Ministers –, dass daraus die Maßnahmen zur Unterstützung dieser politischen Ziele abgeleitet wurden und diese damit in einem direkten inhaltlichen und auch strukturellen Zusammenhang stehen und – davon abgeleitet – die Fragen zu den einzelnen Maßnahmen entwickelt wurden, wodurch sie in einem direkten inhaltlichen Zusammenhang mit den Zielen und den Maßnahmen stehen.

Das ist ein Vorhalt, den ich mache, und ich würde gerne Ihre Stellungnahme dazu hören. (*Mag. Kukacka: Das ist kein Vorhalt, das ist eine Unterstellung!*)

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, meine Stellungnahme zu Ihrem Vorhalt ist, ganz sachlich und ganz offen gesagt: Ich weise das wirklich auf das Schärfste zurück! Auf das Allerallerschärfste weise ich das zurück! Nehmen Sie das bitte endlich zur Kenntnis!

Ich habe Ihnen das heute, glaube ich, schon zwanzigmal gesagt, und ich habe es Ihnen vor einem Jahr ebenso in dieser Deutlichkeit und in dieser Schärfe gesagt – ich lasse da überhaupt nichts daran vermissen! Ich weise das auf das Schärfste zurück, ich möchte das damit noch einmal unterstreichen!

Diese Fragen, die Sie da drinnen finden, sind Fragen, die in der parlamentarischen Diskussion gestellt worden sind, und spiegeln ganz einfach die Meinung und die Fragen wider, die sich damals Parlamentarier, aber auch die Bevölkerung in Österreich gestellt hat – egal, ob Ihnen das jetzt passt oder nicht. Das waren Fragen, die zum Teil – sogar zum Großteil! – aus diesem Haus kommen, und wir haben nichts anderes gemacht, als diese Fragen zu sammeln.

Ich habe überhaupt niemandem gegenüber Vorgaben gemacht, wie das zu beantworten ist, geschweige denn, dass wir versucht haben, das Ganze in irgendeine Richtung zu lenken. – Mehr kann ich dazu leider nicht sagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer.(SPÖ):** Nächste Frage: Sind Sie imstande, mir darzulegen, in welcher parlamentarischen Anfrage die Frage vorkam: Welchen Vorteil haben die Kunden der BAWAG und ihre Mitarbeiter?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Das ist **nicht** Teil des Beweisbeschlusses. Diese Frage ist **nicht** zuzulassen. Es ist nicht Teil des Beweisbeschlusses, welche parlamentarische Anfragen es historisch gegeben hat oder nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigung, aber wenn mir Herr Kramer sagt, alle diese Fragen seien aus parlamentarischen Anfragen herausgesammelt worden ...

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, das ist nicht korrekt. Bitte geben Sie meine Aussagen korrekt wieder! Ich habe nicht gesagt, dass **alle** Fragen aus parlamentarischen Anfragen stammen. Wenn Sie mich zitieren, dann zitieren Sie mich bitte korrekt!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das haben Sie gerade gesagt, wir können es alle im Protokoll nachlesen. Sie können gerne Ihre vorhergehende Aussage erweitern. Das heißt, die Fragen stammen nicht nur aus parlamentarischen Anfragen. – Woher noch?

**Hans-Georg Kramer:** Ich wiederhole mich gerne. (*Abg. Krainer: Waren das Fragen, die sich die Bevölkerung gestellt hat?*) Es gab parlamentarische Anfragen, es gab schriftliche parlamentarische Anfragen, Dringliche Anfragen ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sind alle schriftlich?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, es sind nicht alle schriftlich, Herr Abgeordneter. Es ist nämlich ein Unterschied, ob es eine schriftliche parlamentarische Anfrage gibt oder eine, die der Bundesminister für Finanzen in Form eines Plenums um 15 Uhr beantworten muss. Außerdem ist es ein Unterschied, ob ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sind beide schriftlich!

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, es gibt weiters noch eine Fragestunde und eine Fülle an Quellen, in denen diese Fragen zusammengetragen wurden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie alle diese Fragen aus dem Parlament zusammengetragen – oder sind Ihnen auch selbst einige eingefallen?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, ich habe nicht alle aus dem Parlament zusammengetragen. (*Abg. Krainer: Sondern woher noch?*) – Das habe ich Ihnen gerade vorher gesagt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aus der Bevölkerung, sprich: was die Bevölkerung sich denkt? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Sondern? (*Hans-Georg Kramer: Herr Vorsitzender!*) – Sie haben jetzt von parlamentarischen schriftlichen Anfragen, von Dringlichen Anfragen und von Fragen aus der Fragestunde gesprochen.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Das ist **nicht** Teil des Beweisbeschlusses. Diese Frage wird **nicht** zugelassen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was wird nicht zugelassen? Er antwortet. Ich werde bei einer Frage wohl noch nachfragen dürfen!

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Fragen, die von historischen parlamentarischen Anfragen handeln, sind **nicht** Teil des Beweisbeschlusses. Teil des Beweisbeschlusses: 1.1 bis 1.3, 1.5, ...

Man kann die vollkommene Ausreizung erreichen. Das wird jetzt geduldet, weil sich keine Fraktion mehr gemeldet hat, sonst wären wir in 10 Minuten ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Die Grünen haben sich schon vor einer halben Stunde gemeldet.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zum Kern des Problems. Die Frage war doch immer auch – und das entspricht dem Untersuchungsgegenstand hier –, ob und inwieweit hier beeinflusst wurde, ob ein allfälliger Machtbrauch vorliegt und so weiter.

Wenn die Ziele dieser Angelegenheit lauten, keine Verfehlungen der Behörden, dann wäre – erstens – schon da ein Vertuschungsakt gegeben, wenn etwas weggelassen würde. Zweitens ist es umso opportuner, das zweite Ziel damit zu unterstützen, dass ohnehin die anderen, nämlich die Roten, schuld seien.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie: Ist Ihnen der Vorgang mit dem kritischen Notenbankbericht von 2001 bekannt, der sozusagen Eingang in die Diktion gefunden hat, zumindest seit eineinhalb Jahren?

**Hans-Georg Kramer:** Selbstverständlich. (*Zwischenruf des Abg. Hornek.*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das hat Herr Klinger beantwortet, nicht Herr Kramer! – Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Warum

wurde das Ihrer Meinung nach nicht in dieser Form gewürdigt in diesem Dossier, das dann letztlich von Ihrem Account weggegangen ist?

**Hans-Georg Kramer:** Warum ist **was** und **wie** nicht gewürdigt worden?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich meine, dass dieser kritische Notenbankbericht vorlag und dass daraufhin keine weiteren Prüfhandlungen veranlasst wurden.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Sprechen Sie von dem Bericht aus dem Jahre 2001?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** So ist es. Das haben wir gerade vorher gemeinsam festgestellt. Wir sprechen von **dem** Notenbankbericht.

**Hans-Georg Kramer:** Ich war im Jahr 2001 nicht im Finanzministerium tätig. (*Abg. Mag. Kukacka: Das genügt schon!*) Es fällt mir daher schwer, zu beurteilen, warum Entscheidungen getroffen wurden beziehungsweise wie sie getroffen wurden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist schon richtig. Die Frage hat aber gelautet, ob Ihnen dieser Vorgang bekannt war! (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Dann haben Sie die Lektüre dieses Dossiers – wenn schon nicht alles von Ihnen verfasst wurde – gelesen, und dann wurde das hier im Dossier nicht gewürdigt.

Kennen Sie Herrn Dr. Traumüller? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Hatten Sie gemeinsame Zeiten im Kabinett? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Ist Ihnen bekannt, dass es Herr Dr. Traumüller als Fehler betrachtet, dass nach diesem Bericht von 2001 keine fortgesetzten Prüfhandlungen gemacht wurden? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Das ist Ihnen nicht bekannt.

Die Staatskommissäre hatten wir vorher bei diesem Vorhalt, der dann verändert wurde. Da konnten Sie sich nicht erinnern.

Ist Ihnen bekannt, dass die Staatskommissäre, Ihren Pflichten entsprechend, über den Zustand der BAWAG sehr wohl in zweiter Linie und in der FMA berichtet haben – und damals historisch in erster Linie dem Bundesministerium für Finanzen?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, selbstverständlich. Das war ein üblicher Vorgang für einen Staatskommissär in der damaligen Gesetzeslage.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Genau. Warum ist in diesem Bericht nicht vermerkt, dass die Staatskommissäre auch durchaus etwas Kritisches berichtet hatten, gleichwohl dann keine weiteren Prüfhandlungen veranlasst wurden? Wissen Sie etwas dazu?

**Hans-Georg Kramer:** Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, meinen Sie, warum das in diesem Fragenkomplex nicht enthalten ist. Oder wie?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, im Antwortbereich. Das Ganze steht doch immer unter dem gleichen Eindruck: Das Ziel beziehungsweise die Vorgabe lautete: keine Verfehlungen der Behörden. Es hat aber durchaus Meinungen und Stimmen gegeben, dass die Behörden sehr wohl Verfehlungen begangen hatten. Der ganze Bericht liest sich aber so, als ob konsequent immer alles richtig gemacht worden wäre – jetzt wiederholen wir uns wirklich.

Warum findet sich darin keine einzige kritische Bemerkung über das Vorgehen der Behörden? – Das ist die Frage. (*Zwischenruf des Abg. Hornek.*) – Sie haben keine Ahnung, also halten Sie sich da heraus! (*Abg. Hornek: Ich weiß zu viel, das ist das Problem! Das war nämlich vorher!*) – Im Jahr 2001 war Herr Mag. Grasser

Bundesminister. Der Bericht wurde 2001 vorgelegt, aber es wurden keine Veranlassungen getroffen.

Aber warum gibt es überhaupt keine kritischen Bemerkungen in diesem Konvolut?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Moment! Im Jahr 2001 war die Auskunftsperson nicht im Kabinett, kann daher von sich aus nichts machen.

Jetzt sind wir im Jahr 2003. – Ist ab dem Jahr 2003 eine Befassung Ihrerseits vorgelegen? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Was Herr Abgeordneter Kogler meint, steht – wenn ich es richtig verstanden habe – im Zusammenhang mit der als „Speaking Notes“ bezeichneten Dokumentation oder mit der Vorbereitung für den Rechnungshof-Unterausschuss. – Habe ich Sie richtig verstanden?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja. Herr Vorsitzender, es geht aber nicht darum, ob Herr Kramer 2001 dabei war, sondern darum, dass im Jahr 2006 unter verschiedenen Mitarbeitern des Bundesministeriums für Finanzen – die dann zum Teil auch in die FMA weitergewandert sind – ein klares Wissen und eine Einschätzung darüber bestanden hat, dass ein kritischer Notenbankbericht vorgelegen hat, und dass die Einschätzungen darüber auseinander gingen, ob man weiter strengere Prüfhandlungen veranlassen sollte oder nicht.

Meine Frage war und bleibt: Warum findet sich dazu nichts Entsprechendes in dieser Aufstellung beziehungsweise in diesem Dossier? – Das ist doch nicht so schwierig! Was ist Ihre Antwort?

**Hans-Georg Kramer:** Tut mir leid, ich weiß nicht, wie viel Hundert Seiten dieser beantwortete Text hat – und von 90 Fragen –, warum das darin nicht vorkommt oder Ihrer Meinung nach zu wenig zum Ausdruck kommt.

Es gab auch dazu Äußerungen des damaligen Finanzministers, weil es im Zusammenhang mit diesem Themenkomplex massive Vorwürfe gab. Wahrscheinlich ist das so beantwortet oder es findet sich deshalb nichts darin, weil der ehemalige Finanzminister die Meinung, die Sie gerade vertreten haben – sofern ich das jetzt wiedergeben kann –, nicht in dieser Art und Weise vertreten hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, eben, darum geht es ja. Diese Meinung sollte genau mit der Vorgangsweise abgestützt werden.

Ist Ihnen bekannt, dass dieser Notenbankbericht im Jahr 2001 in das Bundesministerium für Finanzen eingegangen ist? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Dann gab es eine Aktennotiz, eine Aktennummer und einen Aktenmantel dazu. (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) Aber der eigentliche Inhalt – nämlich sozusagen der Kern des Aktes, die Materie, der Prüfbericht der Notenbank – ist im Finanzministerium in Verstoß geraten.

Ist Ihnen zu diesem Vorgang irgend etwas bekannt? (*Abg. Hornek: Fürs Protokoll: Herr Kramer war nicht der Herr Bundesminister!*) – Ich frage ihn ob ihm zu diesem Vorgang etwas bekannt ist! (*Hans-Georg Kramer: Ja, selbstverständlich!*) – Na, sehen Sie?!

**Hans-Georg Kramer:** Mir ist der Vorgang – natürlich mit Blickwinkel aus dem Jahr 2006 – bekannt. Da Sie erwähnt haben, dass dieser Bericht im Finanzministerium „in Verstoß geraten ist“. Ich glaube, dass das nicht der Fall war. Der Akt ist im Finanzministerium **nicht** in Verstoß geraten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Er ist **nicht** in Verstoß geraten?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, das kann nicht sein. Sämtliche Unterlagen wurden im Jahr 2002 an die Finanzmarktaufsicht übergeben. Wäre dieser Prüfbericht „in Verstoß geraten“, wie Sie das formuliert haben, hätte ihn mir die Finanzmarktaufsicht dann gar nicht geben können.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Vielleicht ist „in Verstoß geraten“ der falsche Ausdruck. Dann frage ich Sie so: Ist Ihnen bekannt, dass er jahrelang nicht zur Verfügung stand und erst 2006 wieder aufgefunden wurde?

**Hans-Georg Kramer:** Was zwischen dem Jahr 2001 und dem Jahr 2006 mit dem Akt war, weiß ich nicht. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe damals – wie ich es hier schon ausgeführt habe – verlangt, dass uns sämtliche Unterlagen betreffend das Jahr 2001 übermittelt werden. Das waren sehr umfangreiche Unterlagen. Unter diesen Unterlagen war auch dieser Prüfbericht. Er wurde uns umgehend, ohne besondere Aufforderung übermittelt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist Ihnen irgend etwas darüber bekannt, wem dieser Fragenkatalog – samt den Antworten, sprich: in der Endversion – außer den vier genannten Personen, denen Sie das vermailt haben, und dem Herrn Bundesminister noch zugegangen ist? Wir haben also Traumüller, Pribil, Klinger, Christl und den Herrn Bundesminister. – Ist Ihnen da irgend etwas bekannt?

**Hans-Georg Kramer:** Dass ihn der Bundesminister bekommen hat? Na selbstverständlich!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein. Ich meine, ob das in dieser Zeit über diesen Personenkreis hinaus – das sind jetzt zusammengezählt fünf Leute – noch andere Personen bekommen haben könnten? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Sie waren ja dabei im Unterausschuss – wozu das Ganze ja gedient haben soll? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Ist Ihnen aufgefallen, dass Abgeordnete der ÖVP die Fragen ziemlich genau so formuliert hatten, wie sie in diesem Dossier formuliert waren? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Ist Ihnen aufgefallen, dass Herr Dr. Traumüller die Antworten ebenfalls relativ nahe an dem gab, was dieser Bericht hergab? Waren Sie dabei, als Herr Dr. Traumüller im ...? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Sie waren nicht dabei. – Dann ist das eine falsche Fragestellung. (*Zwischenruf des Abg. Krainer.*) – Ja, da waren mehrere dabei, das können wir überprüfen. Wenn er „nein“ sagt, dann will ich da nicht insistieren, das würde aus *meiner* Sicht zu weit führen. Wenn er die Vorstellung hat, dass er nicht dabei war, dann war er nicht dabei.

**Hans-Georg Kramer:** Was ich Ihnen 100-prozentig sicher sagen kann, ist, dass ich mit dem Bundesminister für Finanzen hier gesessen bin, nämlich bei der Befragung im Rahmen des Rechnungshof-Unterausschusses. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass gemäß den Gepflogenheiten dieses Hauses, der Hierarchie nach, zuerst der Bundesminister für Finanzen befragt wird und in weiterer Folge der Vorstand der Finanzmarktaufsicht und das Direktoriumsmitglied der OeNB. Wie ich Herrn Bundesminister außer Dienst Grasser einschätze, hat er sicherlich nicht mehr der Beantwortung der Fragen durch den Vorstand ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber nach dem Bundesminister habe ich gar nicht gefragt. Wenn Sie sich nicht daran erinnern können, dass Sie bei der Auskunftserteilung ...

**Hans-Georg Kramer:** Das lässt sich sicher alles feststellen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sowieso. Es erübrigts sich deshalb, weil beim Studium dieser Unterausschuss-Protokolle klipp und klar – und so ist mir das auch in Erinnerung – erkennbar war, dass hier die Antworten ziemlich gleichlautend

waren – auch von Herrn Dr. Traumüller –, und dass die Fragestellungen der Kollegen der ÖVP ganz ähnlich geklungen haben.

Jetzt stelle ich Ihnen eine Frage zu einem ganz anderen Vorgang. (*Abg. Mag. Kukacka: Das ist eine politische Auseinandersetzung!*) – Stimmt. Aber das ist ja in Ordnung. Es ist nur auffällig, wenn eine völlig gleiche Diktion verwendet wird. Das ist uns auch aus anderen Ausschüssen bekannt. Das ist kein Vorhalt an Herrn Kramer, weil er sich nicht erinnern kann, dass er dabei war. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Dr. Karl und Hornek.*)

Kann man auf dieser Seite dieses dauernde Keppeln einstellen? Immer wenn es eng wird, gibt es diese Stör-Manöver der ÖVP. (*Abg. Krainer: Immer dasselbe!*) Das kennen wir schon vom Eurofighter-Untersuchungsausschuss und vom Banken-Untersuchungsausschuss. Sie sollten sich einmal selber hören. Solange Kollege Neubauer oder ich hier Fragen stellen, ist da in einer Tour ein Zwischengenörgel. Herr Hornek, das ist doch Ihre Kernkompetenz, es tut mir leid!

Letzter Bereich: Wir haben heute auch schon einen anderen Notenbank-Bericht besprochen, nämlich den vom Herbst/Winter 2006. Ich glaube, das war im Dezember, ich meine jenen, in dem es um die Vermögensverhältnisse der BAWAG ging. Dazu haben Sie schon eine Frage des Kollegen Pilz beantwortet, aber mich würde noch Folgendes interessieren:

Haben Sie selbst ein Exemplar – sprich: eine Kopie – dieses Notenbankberichtes über die Vermögenslage des ÖGB bekommen? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Wissen Sie, ob andere im Haus, also im Finanzministerium ... (*Hans-Georg Kramer: Nein ...*) – Können Sie darüber keine Angaben machen?

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, Sie müssen mich ausreden lassen: Nein, wir haben **nur ein** Exemplar bekommen, und es hat niemand sonst eine Kopie erhalten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Niemand sonst als wer – der Herr Bundesminister? (*Abg. Krainer: Man konnte ja vom Bundesminister eine Kopie bekommen!*)

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter, schauen Sie: Das Finanzministerium hat Personen. Und der Herr Bundesminister für Finanzen hat von der Österreichischen Nationalbank Zwischenberichte über die verschiedensten Themenkomplexe, um die es ging, **in einfacher Ausfertigung**, erhalten. Es hat sonst niemand parallel zu dieser Übergabe – ich kann das ausschließen – eine Kopie von der Österreichischen Nationalbank erhalten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Es gab ein Exemplar von der OeNB. Wurde es kopiert? (*Hans-Georg Kramer: Jawohl!*) – Für wen wurde es kopiert? Für Sie ein Exemplar?

**Hans-Georg Kramer:** Das Original war natürlich beim Minister. Es wurde für mich kopiert, der Generalsekretär hat eine Kopie bekommen, Kollege Wallner hat eine Kopie bekommen – um diese zu verakten –, und Kollege Maerschalk hat eine Kopie bekommen. – Nein, **Kollege Lejsek**, Entschuldigung!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Jeweils **eine** Kopie? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Aber das war **nachdem** der „profil“-Artikel erschienen ist. – Habe ich das richtig in Erinnerung?

**Hans-Georg Kramer:** Richtig, ja! (*Abg. Krainer: Und nicht vorher?*)

Ich sage Ihnen auch, warum. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern. Ich habe das schon einmal ausgeführt. Das ist richtig, weil ich in diesem Zusammenhang – ich

will nicht sagen „gemaßregelt“, aber zumindest, wie man das salopp sagt – „eine auf den Deckel gekriegt habe“ und vom Herrn Bundesminister für Finanzen außer Dienst sehr scharf gefragt wurde, warum ich ihn nicht darüber informiert habe, dass wir wieder einen OeNB-Prüfbericht haben und warum er das aus dem „profil“ erfahren musste, dass es diesen gibt und was darin alles steht. (*Abg. Krainer: Das haben wir heute alles schon gehört!*)

Darauf habe ich ihm gesagt: Ich kenne a) diesen Prüfbericht nicht, b) habe ich auch keinen bekommen und c) kann ich mir das überhaupt nicht erklären. In weiterer Folge habe ich sofort bei uns im Präsidium angerufen und mich dort erkundigt, ob bei uns in der Vorwoche, sprich: am Freitag, vielleicht noch am Abend, dieser Prüfbericht eingegangen sei. – Das war nicht der Fall.

Es gab damals diesbezüglich sehr intensive Auseinandersetzungen, nämlich zwischen der Österreichischen Nationalbank und dem Finanzministerium, weil es mehrere Fälle gab, in denen Prüfberichte – aus welchen Gründen auch immer – veröffentlicht wurden, weshalb man immer wieder dem Finanzministerium vorhielt, dass das Finanzministerium vielleicht eine undichte Stelle wäre. – Das war der beste Beweis, dass das nicht der Fall ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay. Das heißt, Ihnen ist vollkommen entgangen, dass dieser Bericht auch schon in anderen Zeitungen Wochen davor zitiert war? Es war ja nicht zuerst im „profil“, dass der öffentlich erörtert wurde. Das war ja schon vorher in „NEWS“.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter Krainer, ich tue mir jetzt wirklich schwer, denn das wird jetzt ein bisschen Zeit in Anspruch nehmen, dass ich hier meinen Diskurs mit Herrn Abgeordneten Pilz wiederhole. (*Abg. Mag. Kukacka: Das haben wir heute doch schon alles geklärt!*) Herr Abgeordneter Pilz hat mir diesbezüglich eine Frage gestellt, und ich habe Herrn Abgeordnetem Pilz gesagt, dass mir dieser Vorgang erinnerlich ist, wenn es sich um diesen Prüfbericht handelt. Wenn Sie mir jetzt sagen, dass im „profil“ vielleicht im Dezember ein OeNB-Prüfbericht abgedruckt worden ist, der in Wirklichkeit vom Mai ist oder von welchem Monat auch immer (*Abg. Krainer: Oktober!*), dann reden wir nicht vom gleichen Paar Schuhe.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich bitte um präzise Vorhalte und insbesondere auch darum, dass sie im Zusammenhang mit dem Beweisbeschluss stehen! Irgendwelche Artikel, die irgendwann vorgekommen sind in irgendwelchen Zeitungen, das geht ja nicht, da kann man ja keinen Vorhalt machen.

**Hans-Georg Kramer:** Ich kann Ihnen nur sagen, meiner Wahrnehmung nach – das ist eine Tatsache – ist im „profil“ ein Prüfbericht veröffentlicht worden, der, als er im „profil“ veröffentlicht worden ist, dem Finanzministerium – und das Finanzministerium war der einzige Adressat dieser Prüfberichte – nicht bekannt war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das stimmt nicht!

**Hans-Georg Kramer:** Herr Abgeordneter Krainer, Sie haben weder den Prüfauftrag verfasst, noch haben Sie mit der Österreichischen Nationalbank über die Abwicklung der Prüfungstätigkeiten geredet! Sie können da nicht den Kopf schütteln und sagen, dass das Finanzministerium *nicht* der einzige Adressat der Prüfberichte war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das kann ich sehr wohl, weil es hier um den Prüfbericht des ÖGB geht, und da hat der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ein eigenes Exemplar bekommen und war Adressat dieses Prüfberichtes. (*Abg. Mag. Kukacka: Na und?*)

Deswegen kann ich den Kopf schütteln bei Ihrer Antwort, weil ich weiß, dass das, was Sie sagen, **nicht** der Realität entspricht.

**Hans-Georg Kramer:** Ich weise das natürlich auf das Schärfste zurück, Herr Abgeordneter! Ich lasse mir von Ihnen überhaupt nicht unterstellen, ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich darf schon bitten, dass wir im Rahmen der Verfahrensordnung bleiben und keine unterstellenden Behauptungen machen. Wenn es einen Beweis dafür gibt, dass es ungeachtet der Äußerungen des Herrn Kramer anders gewesen wäre, dann bitte ich, das offenzulegen, aber mit dunklen Andeutungen kann man nichts anfangen. (*Abg. Mag. Kukacka: Herr Krainer diskreditiert sich moralisch selbst mit seiner Vorgangsweise!*)

Es muss also schon auf die Sauberkeit des Verfahrens Wert gelegt werden. Außerdem sehe ich, was einen ÖGB-Bericht betrifft, kein Wort davon im Beweisbeschluss.

Wenn es noch konkrete Fragen gibt, dann bitte ich Sie, diese zu stellen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist doch das Thema 1.2, Weiterleitung an die Medien. Das ist ja genau der Punkt.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Nein, nein Entschuldigung! Aufklärung, ob das Kabinett des Bundesministers im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der BAWAG-Affäre vor der Nationalratswahl 2006 gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ vom Bundeskriminalamt und anderen Dienststellen anforderte. Das hat mit dem ÖGB gar nichts zu tun. Der ÖGB ist bekanntermaßen eine überparteiliche Organisation.

**Hans-Georg Kramer:** Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, möchte ich trotzdem noch, um hier nicht den Eindruck zu erwecken, dass ich mich verstecke, versuchen, eine Frage, die Sie, Herr Abgeordneter Krainer, zwar nicht gestellt haben, zu beantworten. – Wir haben, oder ich habe diesen Bericht nicht weitergegeben.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Haben wir noch Fragen zum Beweisbeschluss?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, Herr Vorsitzender! Ich darf trotzdem festhalten, dass der Bericht zum ÖGB nicht nur dem Finanzminister übergeben wurde, sondern auch dem Präsidenten des ÖGB. Wenn ich diese Information habe, dann darf ich sie hier auch mit dem Ausschuss teilen.

Das kann natürlich die Auskunftsperson hier auf das Schärfste zurückweisen, dass es so gewesen wäre. Es ändert ja nichts an der Realität.

**Hans-Georg Kramer:** Nein, es ändert an der Realität insofern schon etwas, weil es einen Unterschied macht ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldige, Herr Vorsitzender! Bin ich am Wort, oder habe ich schon eine Frage gestellt? Nur damit ich es weiß. Anscheinend weiß ich ja nicht, was ich tue.

**Hans-Georg Kramer:** Nein, es sind permanent Unterstellungen, die gestreut werden, und ich ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ich würde bitten, Fragen zum Beweisbeschluss zu stellen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also, ich bin jetzt am Wort. Sehe ich das richtig?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Wir haben ja ohnehin vereinbart, dass um Punkt 18 Uhr Schluss ist. Bis dahin können Sie alle Fragenden noch die verbleibende Zeit aufteilen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Dann übergebe ich einstweilen an Kollegen Kogler, der noch eine Frage hat. (*Abg. Mag. Kukacka: Eine Doppelconférence!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich wollte nur hier für das Protokoll festhalten, dass aus den Einladungen des Unterausschusses des Rechnungshofausschusses hervorgeht und auch aus den Aufzeichnungen, dass der Herr Bundesminister für Finanzen und Dr. Traumüller – auch andere, aber jedenfalls die beiden – gemeinsam Rede und Antwort standen. Wenn Sie sich nicht mehr erinnern können, ist das eine andere Sache, aber wir haben das einmal hier vorliegen.

Herr Vorsitzender! Die andere Geschichte war, ob da alle vom Gleichen reden? Der ÖGB-Bericht der Notenbank hat deshalb unmittelbar mit dem Vorgang zu tun, weil die Notenbank den ÖGB-Bericht deshalb im Auftrage des Finanzministeriums angefertigt hat – darauf rekurriert ja die ÖVP immer so –, weil ja die Republik diese Haftung übernommen hat. Damit war zwingend verbunden, dass sich der ÖGB dieser Prüfung überhaupt unterwirft. Das ist alles ein Vorgang gewesen.

Jetzt geht dieser Bericht an das Finanzministerium und darauf haben sich die Fragen bezogen.

Ich bin ja auch schon von dieser Verwirrung angesteckt gewesen. Daher frage ich Sie noch einmal: Wie viele Exemplare sind dann letztlich im Finanzministerium Ihrer Einschätzung nach in Kopie vorhanden gewesen?

**Hans-Georg Kramer:** Also fünf, maximal vielleicht sechs Exemplare. Ich habe jemanden vergessen, der es, glaube ich, auch noch bekommen hat, nämlich die Finanzprokuratur. (*Abg. Mag. Kogler: Die Prokuratur?*) – Ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer in der Prokuratur hat ihn bekommen?

**Hans-Georg Kramer:** Der Präsident der Prokuratur.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Dazwischen würde mir die Frage einfallen, ob die Kopien kopiergeschützt angefertigt worden sind, sodass man wie hier in unserem Ausschuss identifizieren kann, wer eine Kopie in der Hand hat.

**Hans-Georg Kramer:** Ich glaube, dass wir die Kopien mit einem Kopierschutz versehen haben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Bei der endgültigen Version, die verschickt wurde ... (*Hans-Georg Kramer: Wovon?*) Von dieser Unterlage für den Bundesminister für den Rechnungshof-Unterausschuss, wo dann die Ziele zu Kapitelüberschrift mutieren. Sehen Sie da einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Überschriften und dem Unteren, den, so sage ich einmal, Zwischenkapitelüberschriften, sprich Maßnahmen? Oder besteht da auch kein inhaltlicher Zusammenhang?

**Hans-Georg Kramer:** Für mich gibt es zwischen den Zielen und den Antworten keinen inhaltlichen Zusammenhang. (*Abg. Mag. Kukacka: Das ist doch alles schon erklärt!*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, entschuldige, warten Sie! Ich rede jetzt vom Endbericht. Ich rede jetzt vom E-Mail vom 7. Juni.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Herr Verfahrensanwalt, darf ich die Frage stellen, ob die gestellten Fragen schon beantwortet sind oder nicht, denn die mehrfache Beantwortung würde gegen die Verfahrensordnung verstößen.

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Soweit ich Herrn Abgeordneten Krainer verstanden habe, hat er diese Fragen schon mehrmals gestellt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Darf ich zur Aufklärung ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ist es zulässig oder ein Verfahrensverstoß, schon beantwortete Fragen zu wiederholen?

**Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser:** Ich kann mich an eine Auskunftsperson im Eurofighter-Ausschuss erinnern, die in einer ähnlichen Situation gemeint hat: Jetzt fragen Sie mich so lange, bis ich mir irgendwann einmal widerspreche. An sich entspricht es nicht der Verfahrensordnung, Fragen, die eindeutig beantwortet wurden, wiederholt zu stellen, außer man hat zusätzliche Erkenntnisse gewonnen, die die neuerliche Stellung einer solchen Frage rechtfertigen.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Herr Kollege Krainer, haben Sie zusätzliche Erkenntnisse gewonnen, die die schon beantworteten Fragen ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, nein. Entschuldige, es stimmt: Ich habe mehrfach gefragt zum Fragebogen „Ziele, Maßnahmen und Fragen“. (*Obmann Dr. Fichtenbauer: Ja, das haben wir gehört!*) Die letzte Frage bezieht sich nicht darauf, sondern ist bezogen auf den Bericht, der am 7. Juni vermailt wurde, nämlich die endgültige Form, die der Auskunftsperson auch vorgelegt wurde, in der nicht mehr von Zielen und Maßnahmen die Rede ist. Dieses Papier ist ganz anders aufgebaut. Das ist ein anderes Papier.

Es stimmt schon, dass es quasi auf dem aufbauend ist im weitesten Sinn, aber auch wenn man es sich anschaut, schaut es ganz anders aus. Zu diesem Papier habe ich ein paar Fragen. Das ist ein anderes Papier!

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Kennen Sie das, Herr Kramer?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, das kenne ich.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Ist das redaktionell verändert worden und durch wen?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Die Fragen wegen der redaktionellen Veränderungen sind schon alle gestellt worden. Da hat er gesagt, dass er für die redaktionelle Veränderung zuständig war, für die inhaltliche war Herr Lejsek zuständig und Herr Wallner war für die Übermittlung ans Parlament zuständig. – Habe ich das richtig in Erinnerung? (*Hans-Georg Kramer: Nicht ganz!*)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Welche Frage schließt sich jetzt daran an?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Für mich war die Frage: Inwiefern gab es hier ... – Zum Beispiel eine Nachfrage: Wurde dieses Papier dem Parlament übermittelt?

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Wann sollte es übermittelt werden?

**Hans-Georg Kramer:** Nein. Nein, das wurde nicht dem Parlament übermittelt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben gesagt, Herr Wallner war für die Übermittlung an das Parlament zuständig.

**Hans-Georg Kramer:** Ja, das ist richtig, aber Herr Wallner hat ja in seiner beruflichen Tätigkeit nicht nur und ausschließlich Unterlagen an das Parlament übermittelt, sondern er hat andere Tätigkeiten auch noch ausgeübt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das weiß ich schon, aber im Zusammenhang mit diesem Papier haben Sie das gesagt.

**Hans-Georg Kramer:** Nein, in dem Zusammenhang habe ich das nicht gesagt. Sie verdrehen mir schon wieder das Wort ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, das können wir alles im Protokoll nachlesen. (*Hans-Georg Kramer: Gott sei Dank!*) – Was war dann seine Aufgabe in diesem Team? Sie haben von einem **Team** gesprochen, bestehend aus drei Personen. (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) Sie haben gesagt, Sie sind für das Redaktionelle zuständig ...

**Hans-Georg Kramer:** Das habe ich **nicht** gesagt! Die Aufgabe des Herrn Mag. Wallner in dieser Sache war, die, wenn Sie so wollen, Endredaktion, also dass das dann in einer Mappe ist, dass das der Herr Bundesminister bekommt mit dem Verlangen und, und, und. Das ist zum Schluss die Aufgabe von Herrn Mag. Wallner gewesen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben ja gesagt, Sie haben es selbst ausgedruckt und ihm in die Hand gedrückt.

**Hans-Georg Kramer:** Ja, das habe ich auch.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Jetzt sagen Sie mir, das war die Aufgabe von Herrn Wallner, dass er das in einer Mappe bekommt.

**Hans-Georg Kramer:** Ja, glauben Sie, dass der Herr Bundesminister für Finanzen in einen Ausschuss geht und dann ist das Einzige, was er in der Hand hat, diese Unterlage? Da gibt es meistens eine Tagesordnung, da gibt es eine Übersicht, wer dabei ist, in welchem Zimmer das stattfindet, um wie viel Uhr, wie lange das dauert und, und, und, und. Das sind zusätzliche Unterlagen, die vorbereitet werden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und da ist Herr Wallner zuständig für diese Fragen?

**Hans-Georg Kramer:** Unter anderem, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Für die inhaltlichen Korrekturen oder für die inhaltliche Redaktion war Herr Lejsek verantwortlich. Habe ich das richtig verstanden?

**Hans-Georg Kramer:** Ja, auch.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und für die redaktionellen Fragen waren Sie zuständig. – Habe ich das richtig verstanden von der Arbeitsaufteilung her?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, ich war nicht für die redaktionellen Fragen verantwortlich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wer war dann für die redaktionellen Fragen verantwortlich?

**Hans-Georg Kramer:** Was verstehen Sie unter redaktionellen Fragen? Bitte, präzisieren Sie Ihre ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wording, Redefluss ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Sprechen wir Deutsch! Wer hat die inhaltliche Gestaltung übergehabt?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, das ist etwas anderes. Inhalt und Form sind zwei verschiedene Sachen!

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Entschuldigen Sie, Herr Kollege, ich darf fragen – und ich bitte Sie auch, mich nicht zu unterbrechen!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ach so, das Fragerecht geht jetzt an Sie über? Ist in Ordnung. Das wollte ich nur wissen.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Wer hat die Endfassung inhaltlich gemacht? – Das ist eine sehr klare Frage.

**Hans-Georg Kramer:** Kollege Lejsek, Kollege Wallner und ich.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Damit sind die Fragen beantwortet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also, das heißt, sie alle drei haben hier inhaltlich gearbeitet an dem Dokument?

**Hans-Georg Kramer:** Nein, Sie haben nach **redaktioneller Bearbeitung** gefragt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja. Das heißt, Sie drei haben hier ... – Schauen Sie, wir haben hier ein Zwischenergebnis, ja, nämlich das was die FMA und die OeNB übermitteln, und dann haben wir hier ein Endergebnis. Jetzt brauchen Sie mir nicht im Detail zu sagen, wer welchen Absatz verändert hat, das ist nicht meine Frage, sondern wer hier überhaupt Veränderungen vorgenommen hat. Alle drei, Wallner, Lejsek und Sie?

**Hans-Georg Kramer:** Richtig, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und haben Sie da alle auf einem Dokument gearbeitet oder hat einmal einer etwas gemacht, das dem anderen geschickt, der ist dann drübergegangen ...

**Hans-Georg Kramer:** Nein, wir haben alle auf einem Dokument gearbeitet. Das ist technisch möglich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das weiß ich, dass das technisch möglich ist, aber trotzdem erhebt sich die Frage, wie Sie verfahren sind. Das heißt, sie haben alle auf einem Dokument herumgearbeitet? (**Hans-Georg Kramer:** Richtig!) Und haben Sie einander dann gegenseitig immer wieder korrigiert oder ...? (**Hans-Georg Kramer:** Bitte?)

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Entschuldigung! Das ist nicht mehr Teil des Beweisbeschlusses. Sicher **nicht!** Das Dokument ist offenkundig im Rahmen des Kabinetts erarbeitet und versendet worden. Sonst ist die Frage beantwortet?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Vorsitzender! Die Auskunftsperson sagt gerade etwas anderes, die Auskunftsperson sagt, dass es ...

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer (das Glockenzeichen gebend):** Entschuldigung! Wer unter den dreien mehr oder weniger redaktionelles Gewicht hatte, ist **nicht** Teil des Beweisbeschlusses.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigung, Herr Vorsitzender! Er sagt gerade, dass es außerhalb des Kabinetts verändert wurde und nicht innerhalb des Kabinetts.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Herr Kramer! Habe ich das überhört – oder ist das richtig? Ist es außerhalb des ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, Herr Lejsek und Herr Wallner sind nicht Teil des Kabinetts, sie sind außerhalb des Kabinetts.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Würden Sie die Freundlichkeit besitzen, mich nicht zu unterbrechen! – Ist das außerhalb des Kabinetts erarbeitet worden, um es sozusagen (**Hans-Georg Kramer:** Richtig!) oder innerhalb? Und wer hat es außerhalb des Kabinetts fertiggestellt?

**Hans-Georg Kramer:** Unter anderem Kollege Lejsek und Kollege Wallner.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, wenn wir wissen wollen, wer welche Änderung durchgeführt hat, müssen wir Herrn Kollegen Wallner und Herrn Kollegen Lejsek befragen?

**Hans-Georg Kramer:** Ich glaube nicht, dass dieses Dokument noch in der Form abgespeichert ist, dass man nachvollziehen kann, wer welche Änderungen durchgeführt hat, aber wenn Sie ... – Fragen Sie sie! Vielleicht können sie sich erinnern. Ich kann mich nicht daran erinnern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Es haben aber alle drei, also auch die zwei inhaltliche Änderungen vorgenommen. War das irgendwie aufgeteilt, wer welches Kapitel macht oder dergleichen?

**Hans-Georg Kramer:** Wahrscheinlich wird es aufgeteilt gewesen sein. Ich meine, Kollege Wallner hat – das werde ich sicherlich ausschließen können – keine inhaltlichen Änderungen durchgeführt, weil Kollege Wallner inhaltlich kein Experte ist, sondern Kollege Wallner wird sich in erster Linie um die Art, um die Form, um das Layout, wenn Sie so wollen, gekümmert haben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. Dann ist es wunderbar, denn zum Layout haben wir keine Fragen. Da brauche ich Herrn Wallner dazu also nicht zu befragen. Das heißt, inhaltlich haben nur Lejsek und Sie hier noch Änderungen angebracht im Vergleich zu den Vor-Versionen?

**Hans-Georg Kramer:** Ob auch Mitarbeiter von Herrn Gruppenleiter Lejsek mitgearbeitet haben oder nicht, kann ich weder ausschließen noch bestätigen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, aber das wir Herr Lejsek sagen können. (*Hans-Georg Kramer: Wahrscheinlich!*) – Selbst haben Sie keinerlei Ahnung mehr, wie die Arbeitsaufteilung zwischen Ihnen und Lejsek war? (*Hans-Georg Kramer: Nein!*) – Und sie haben beide auf diesem einen Dokument gearbeitet?

**Hans-Georg Kramer:** Ja. (*Abg. Krainer: Okay!*) Sonst hätte ich ja nicht der Finanzmarktaufsicht einmal ein E-Mail geschrieben, das Sie mir ja vorgehalten haben, in dem ich Anregungen getätigkt habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Da ist es noch nicht am Server gelegen. Da haben Sie ...

**Hans-Georg Kramer:** Stimmt, da haben Sie recht, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das hat jetzt keinen Zusammenhang damit, glaube ich, denn da haben Sie ein E-Mail bekommen von Herrn Klinger (*Hans-Georg Kramer: Ja, ja, passt schon wieder, ja!*) mit der Rohversion und haben die Änderungswünsche zurückgeschrieben. (*Hans-Georg Kramer: Genau!*) – Die Endentscheidung, wann das Papier fertig ist, lag aber bei Ihnen? (*Hans-Georg Kramer: Ja!*) – Und in dieser Endversion gibt es diese Überschriften: Keine Verfehlungen der Behörden, und die Zwischenüberschriften: Gebarung der Aufsicht bei der BAWAG darstellen – 1.1; 1.2 – Verbesserungen seit 2000 betreffend die Aufsicht auflisten; 1.3 – Funktionsweise der Aufsicht darstellen. Da gibt es dann schon einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen den Überschriften, den Zwischenüberschriften und den Unterüberschriften?

**Hans-Georg Kramer:** Schauen Sie, die Struktur dieser Endunterlage, wie Sie sie jetzt da vorliegen haben, habe nicht ich gemacht, sondern die hat Kollege Wallner gemacht. Ich habe das dann nicht so in diese Kapitel eingeteilt und so durchnummieriert, wie es durchnummieriert worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, das hat Kollege Wallner gemacht?  
(*Hans-Georg Kramer: Jawohl!*) – Okay. Ich habe im Moment keine Fragen.

**Obmann Dr. Peter Fichtenbauer:** Danke. Die Befragung ist ***beendet***.

\*\*\*\*\*

Die ***nächste*** Sitzung findet am 17. Juni statt.

**Schluss der Sitzung: 17.58 Uhr**